

Streckung der Arbeitszeit in den Arbeitslosenprozess wieder einzurufen.

Dies sind in der Tat die entscheidenden Fragen. Die Sozialdemokratie verflucht sich der Erkenntnis nicht, daß angesichts der Finanznot das Wichtigste die Erhaltung der Sozialleistungen und ihre Behauptung über die Zeit der Wirtschaftskrise hinaus ist. Um so mehr muß sie auf der Forderung bestehen, daß der Schlichtungsapparat nicht in einer Weise gehandhabt werde, der die Kaufkraft des Arbeitslohnes noch weiter vermindert. Und nicht minder wichtig ist es, daß von dem Angebot der Arbeiterschaft, zugunsten ihrer arbeitslosen Klassengenossen in eine Verkürzung der Arbeitszeit einzuwilligen, umfassender Gebrauch gemacht wird.

Von dem Reichsarbeitsminister wird man in erster Linie verlangen müssen, daß er es nicht bei seinen Erklärungen beläßt, sondern durch seine Handlungen zeigt, daß er auf dem angedeuteten Wege wirklich zur Milderung der schlimmsten Folgen der Krise beitragen will.

Sozialdemokratischer Parteiausschuß.

Vorbereitung des Parteitagcs. — Politische Diskussion.

Am Donnerstag vormittag tagte der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei. Er beauftragte den Parteivorstand, dem schwer erkrankten Vorsitzenden Hermann Müller die besten Wünsche für seine baldige Genesung zu übermitteln.

Der Parteiausschuß stimmte sodann den Vorschlägen des Parteivorstandes für die Tagesordnung des Leipziger Parteitages zu. Danach soll Genosse Larnow über „Die kapitalistische Wirtschaftsanarchie und die Arbeiterklasse“, Genosse Breitscheid über den „Faschismus und seine Ueberwindung“, Genosse Dillenburger über „Die Partei und die Jugend“ sprechen.

Diesen Referaten soll der Bericht der Reichstagsfraktion folgen. Der Berichterstatter wird von der Reichstagsfraktion noch bestimmt werden. Den Kassenbericht und den Bericht über die Organisation werden die Genossen Ludwig und Westphal erstatten.

Der Parteiausschuß nahm schließlich einen Bericht des Genossen Breitscheid über die politische Lage entgegen, an den sich eine längere Diskussion anknüpfte. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Otto Braun und die Landarbeiter.

Sakentreu-Dummheit.

Es schwebt augenblicklich ein Strafverfahren gegen einen Landarbeiter Jungbluth, der in einer öffentlichen Sakentreuversammlung folgende Äußerung getan hat:

„Die Minister Braun, Severing und Erzseinstl hätten alle nicht die erforderliche Vorbildung und gehörten ins Gefängnis.“ Alle drei Minister haben in der Tat ihre Eignung zum Regieren nicht dadurch erwiesen, daß sie in einem feudalen Corps studiert und die juristische Staatsprüfung abgelegt haben. Vielmehr haben sie in jahrzehntelanger Hingebungsarbeit von früher Jugend an für die Rechte der Arbeiterklasse gekämpft. Hätte der Landarbeiter Jungbluth seine „Vorbildung“ zum Politisieren nicht in den Agitationslokalen der Nazis geholt, sondern durch das Studium der den sozialdemokratischen Arbeitern wohlbekannten Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, so müßte er, daß Otto Braun es war, der sofort nach seinem Amtsantritt als Volksbeauftragter in Preußen den Landarbeitern das Wahlrecht gegeben hat und sie dadurch von den drückenden Fesseln politischer Unwissenheit und beruflicher Verflämung befreit hat. Vor dieser Tat des Genossen Braun, die Hunderttausenden deutscher Landarbeiter erst die elementarsten politischen und beruflichen Menschenrechte verschafft hat, hätte weder Jungbluth noch ein anderer Landarbeiter es wagen dürfen, sich in einer politischen Partei zu betätigen oder nur öffentliche Reden zu halten, ohne sofort mit Schimpf und Schande aus dem Dienst gejagt und auf die schwarze Liste gesetzt zu werden!

Severing zum Polizeietat.

Wer Zellen bildet, wird entfernt.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtags sprach Innenminister Severing zum Polizeietat.

Der Hunger sei jetzt der größte Feind. Er ist auch Ursache für die Vermehrung der politischen Zusammenstöße. Die Steigerung der Erzesse infolge der politischen Verwirrung mache eine sorgfältige Ausbildung nicht nur der Schutzpolizei, sondern auch der Kriminalpolizei zur Pflicht. Nach seinem Amtsantritt im Oktober vorigen Jahres habe seine erste Besprechung den Fragen der Ausrüstung und Transportfähigkeit der Polizei gegolten, da bei der Gefahr bewaffneter Zusammenstöße die Polizei auch für diese Fälle vollkommen gerüstet sein müsse. Er könne mit gutem Grunde die Versicherung abgeben, daß auch bei größeren bewaffneten Auseinandersetzungen, die hoffentlich nie eintreten werden, die Polizei allen Anforderungen gewachsen sein werde.

Es sei jetzt nicht die Zeit, Experimente oder Versuche in der polizeilichen Organisation zu beginnen, da diese nur eine gewisse Unflexibilität mit sich bringen würden. Die Zuverlässigkeit der Polizei stehe außer Frage. Sicher befänden sich unter den Polizeibeamten hier einige Kommunisten, dort auch Nationalsozialisten. Aber das bedeute keine Verletzung oder Gefährdung der Schlagkraft der Polizei.

Er treibe keine Gefinnungsaussäuferei, aber selbstverständlich müsse und werde er gegen einzelne Personen vorgehen, die durch Zellenbildung politischer Art das Instrument der Staatsgewalt zu gefährden suchen.

Bei der großen Anzahl von Aufgaben, die die Polizei zu erfüllen habe, können natürlich nie und da Mißgriffe vor, denn auch die Polizeibeamten seien nicht lauter Engel. Wer allerdings wehrlose Gefangene, die unter polizeilichem Schutz sogar stünden, als Polizeibeamter mißhandelt, der sei nicht wert, in der Polizei zu bleiben. Im Schluß seiner Ausführungen stellte der Minister fest, daß allgemein bei der Beratung des Polizeietats zum Ausdruck gekommen ist, daß wesentliche Abtriebe am Polizeietat nicht gemacht wurden. Das begrüße er, denn es sei ihm ein Beweis dafür, daß die polizeiliche Arbeit seines Ministeriums sich auf dem richtigen Wege befinde. Eine gute Polizei sei eine Voraussetzung für ungefährdete Arbeit am Aufbau und Aufstieg unseres Vaterlandes.

Wirtschaftsnot und Rationalisierung

Sozialpolitische Reichstagsdebatte

Der Reichstag hat am gestrigen Donnerstagmorgen die zweite Haushaltsberatung beim Reichsarbeitsministerium fortgesetzt. Ueber die Ausschussverhandlungen berichtete

Abg. Aufhäuser (Soz.) besonders über die starke Kürzung der Ausgaben aus Ersparnisgründen, namentlich beim Versorgungs- wesen, wo Personal entlassen, Beweiserhebungen eingeschränkt und dadurch die ganze Amtsführung verlangsamt und verflüchtigt wird.

Minister Stegerwald:

Das Schlichtungswesen hat zum ersten Male seine Probe in einer schweren Krisenzeit zu bestehen. Gegen 2 Millionen Arbeiter, die vor dem Kriege unter Tarifverträgen standen, sind es heute ein Vielfaches davon. Tarifverträge sollen — praktisch gesprochen — Gewerbebetriebe sein; viele davon sind nicht organisch gewachsen und haben darum gewisse Mängel. Der Minister zählt die Verschlechterungen im Tarifvertragswesen auf. Mit Starrheit ist das amtliche Schlichtungswesen nicht über die Krise hinwegzubringen. In einer Zeit von 5 000 000 Arbeitslosen und einigen Millionen Kurzarbeitern sind die Stundenlöhne der Arbeitenden nicht maßgebend, sondern nur der Jahresarbeitsverdienst. Es ist unlogisch von den Unternehmern, Lohnfreiheit zu verlangen, selbst aber durch Kartelle und Trusts die Preise zu binden. (Sehr richtig!) Die verschieden hohe Spanne der Lohnsätze zwischen Zeitlohn und Akkordlohn haben zu verschiedenen großen Akkordlohnkürzungen geführt.

Das Institut für Konjunkturforschung berechnet gegenüber einer Einkommenskürzung von 10 Proz. eine Preissteigerung um 7½ Proz. Die Regierung hat die Kohlen- und Eisenpreise vor der Lohnsenkung und Kürzer als diese war, gesenkt; sie will gar keine Verringerung der Reallohn. Mit den Verbindlichkeits- erklärungen ist Zurückhaltung zu üben.

In laufende Tarifverträge greift die Regierung nicht ein, denn das wäre dann auch tausenden Privatverträgen billig. (Zuruf links: Und die Arbeitszeitverkürzung?) Die kommt meistens einverständlich zustande, wenn die Arbeiter vor der Wahl stehen: Entlassungen oder kürzere Arbeitszeit. Ich sehe für die nächste Zukunft ein viel stärkeres Zusammenarbeiten zwischen Unternehmern und Gewerkschaften.

Was die immer mehr umstrebte Arbeitszeit- verkürzung anlangt, so betone ich nochmals, daß die Regierung, falls ein durchgreifender Erfolg den freiwilligen Bemühungen um eine wesentliche Verminderung des Arbeitslosenheeres nicht beschieden ist, gesetzgeberische Vorschriften über Arbeits- streckung durch Arbeitszeitverkürzung erlassen muß.

Wir stehen geistig, gesellschaftlich und ökonomisch zwischen dem bolschewistischen Rußland und dem hochkapitalistischen Westen; ein solches Schlichtungswesen wie wir hat kein anderes Land.

Jetzt ist die Hauptfrage: Wie schaffen wir Arbeit, damit nicht 3½ Millionen Menschen selbst im Sommer untätig sind. Die fünf- tagewoche kann man nicht systematisch einführen, aber 300 000 bis 500 000 Arbeiter könnten durch sie wieder eingestellt werden. Wie hat man sich als Lohnratsminister verhalten! (Zuruf der Kommunisten: Ist auch wahr! Viel zu milde!)

Ich hätte einmal sehen wollen, wie die Löhne unter einem kommunistischen Regime wären! Beschimpft hat man mich auch wegen der Erhöhung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung. Aber das war der einzige Weg zur Sanierung der Arbeitslosen- versicherung.

Wir können unsere Arbeitslosen nicht ohne Unterstützung lassen, wie in Amerika. Kein Mensch hätte mich bestimmen können, die Staats- maschinerte zum Wahnbrud zu gebrauchen (Gelächter der Komm.), wenn irgendein anderer Weg da wäre. Jeder Christliche muß zugeben, daß unsere Wirtschaft mit Steuern, Beiträgen und Abgaben höher belastet ist, als in irgendeinem anderen Lande. Man kann sie nicht höher belasten. (Rufe der Komm.: Millionärsteuer!) Wenn es damit zu machen wäre, hätte der Finanzminister keine schlaflosen Nächte mehr. Beträme ich langfristige Kredite von 1 bis 1½ Mil- liarden zu etraglichem Zinsfuß, so würde ich ein Arbeitsbeschaffungs- programm aufstellen mit der Reichsbahn im Mittelpunkt, so daß 300 000 bis 400 000 Arbeiter Beschäftigung fänden.

Nur durch das in der Geschichte beispiellose Opfer des Volkes und der deutschen Arbeiterschaft ist es möglich geworden, 5 Millionen Arbeitslose über diesen Winter zu bringen. Wir haben auch noch weiter mit der großen Krise zu rechnen.

Die Wohnungspolitik dieses Jahres hängt hauptsächlich davon ab, ob wieder privates Kapital für zweifelhafte Hypotheken gewonnen werden kann.

Die öffentlichen Bauten werden 1931 stark zurückgehen, und für gewerbliche Bauten fehlt meist der Bedarf.

Der Wohnungsbau ist in vielen Gemeinden bereits stark vorfinanziert. Die Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau müßten stark ver- ringert werden. Dafür hätte ich mich nicht eingekauft, wenn das Reich frei über die Hauszinssteuermittel hätte verfügen können. Es geschah, um jene Gemeinden zu entlasten, deren Realsteuern über dem Reichsdurchschnitt liegen. Da aber eine Einigung in der Realsteuer- frage mit den Ländern kaum erzielt werden wird, hat man die Realsteuern schematisch gesenkt, was für den Wohnungsbau nicht unbedenklich ist.

Das Reich ist gewillt, für zweifelhafte Hypotheken Bürgschaften zu übernehmen und sie mit einem Zinsicherungsfonds zu unter- mauern.

Für den Mieter kann es an sich gleichgültig sein, ob seine Jahres- miete um 250 bis 300 Mark durch Gewährung 3000 bis 4000 Mark wesentlich verbilligter Hauszinssteuervorgaben herabgesetzt wird, oder ob er für die erst- und zweifelhafte Hypotheken der normalen Zins- fuß bezahlt und 250 bis 300 Mark Mietzuschuß erhält. Das letztere hat allerdings den Vorteil, daß dafür weniger öffentliche Mittel be- nötigt werden, als für Wohnungen, die mit Hauszinssteuermitteln errichtet werden. An absehbarer Zeit ist jedoch eine wesentliche Zins- senkung für langfristige Anleihen zu erhoffen, wodurch sich die Miet- zuschüsse aus öffentlichen Mitteln automatisch verringern. Es ist in den letzten Jahren vielfach zu groß und zu teuer gebaut worden. Eine Durchschnittswohnung dort heute nicht mehr als 6500 bis 7000 Mark kosten. In der nächsten Zeit werden vorzugsweise Klein- wohnungen zu bauen sein. Aber auch auf die Wohnungsbedürfnisse der Kinderreichen ist ausreichend Rücksicht zu nehmen. Dem länd- lichen Wohnungswesen sowie der Vorstadtbevölkerung ist die größte Sorgfalt zuzuwenden. (Beifall.)

Abg. Grafmann (Soz.):

Wenn die Arbeitslosigkeit auch im Kalibergbau gestiegen ist, weil der Absatz zurückgegangen ist, so muß man daraus den Schluß ziehen, daß die Subventionen, die man der Landwirtschaft zum Ankauf von Kalidünger gegeben hat, für andere Zwecke verwendet worden sind. (Sehr richtig! links.) Es werden viele falsche Rezepte zur Ver- minderung der Arbeitslosigkeit ausgegeben. Unter anderem auch die Steigerung des Exports und die Herabsetzung der Exportwarenpreise als Heilmittel genannt. Aber

entscheidend für den Absatz der deutschen Industrie ist und bleibt der innere Markt. Und dieser kann nie und nimmer durch Lohn- senkung gebessert werden.

(Sehr wahr! links.) Worauf es den Unternehmern wirklich an- kommt, hat sich soeben in Bayern gezeigt. Dort waren sie mit einem

Schiedspruch, der eine 6prozentige Lohnsenkung bestimmte, nicht zu- frieden und haben 40 000 Metallarbeiter ausgepickert. (Hört, hört! links.) Der Lohnabbau wird weit über das sozialgenetisch fest- gelegte Maß getrieben, schürt aber auch dann nicht vor Stilllegung. So haben die Arbeiter eines Wertes im südlichen Westfalen nicht nur 1927 auf die Lohnherabsetzung verzichtet, um die angedrohte Stilllegung abzuwenden, sondern seither Lohnherabsetzungen bis 25 Proz. auf sich genommen. Noch vor kurzem haben sie, um der Stilllegung zu entgehen, eine freiwillige Lohnherabsetzung angeboten. Trotzdem ist

die Stilllegung erfolgt, obwohl die Arbeiter drei Jahre lang zu außerordentlich niedrigem Lohn gearbeitet haben.

Wie wenig Lohnsenkungen auf die Preisgestaltung einwirken, ist leicht nachzuweisen. In der Schuhindustrie gibt es Arbeiter, die seit fünf Jahren fortwährend arbeitslos sind; nur ein Bruchteil der Arbeiterschaft ist voll beschäftigt. Trotz des Lohnabbaues ist die Zahl der Arbeitslosen fortgesetzt gestiegen, und zwar gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres von 22,1 auf 32,1 Proz. und bei den Kurz- arbeitslosen von 47,7 auf 55,2 Proz. Das gilt für den Januar d. J. Eine der ersten deutschen Schuhfabriken zahlt für Schuhe des Ver- kaufspreises von 12,50 Mark bis 24 Mark einen Lohn von 2,27 Mark.

Im Durchschnitt beträgt der Arbeitslohn für ein Paar Schuhe zwischen 1,26 und 2,50 Mark.

Wer aber glaubt, daß infolge der Lohnsenkung auch die Schuhpreise gesenkt werden, und daß eine Preissteigerung von 25 oder 30 Pt. den Absatz steigert, noch dazu wo die Kaufkraft so zurückgegangen ist?

In der Beurteilung der Lage und des als notwendig Erachteten besteht kein Unterschied unter den Arbeitern der verschiedensten politischen und konfessionellen Auffassungen. Alle sind einig darin, daß der Reallohn erhalten bleiben, und daß keine Verschlechterung der Bezüge der Arbeitslosen eintreten darf.

Der gewerbliche Mittelstand hat das allergrößte Interesse, die Kaufkraft der Massen zu erhalten, deren Einnahmen nicht auf die hohe Kante gelegt werden, auch nicht ins Ausland gehen, sondern sofort, unmittelbar und vollständig der Wirtschaft zufließen.

und zwar in der Hauptsache dem kleinen gewerblichen Mittelstand. (Lebhafte Zustimmung links.) Was für Summen dagegen freieren durch falsche Spekulationen der Industriefinanciers und sogenannten Wirtschaftsführer ein? Kann man da noch von einer Ration (Ver- nunft) in der Wirtschaft sprechen? (Sehr gut! links.) Da hat z. B. unsere Eisenindustrie mit einem schwedischen Eisenerzkonzern einen langfristigen Vertrag abgeschlossen, gemäß dessen Deutschland die gleiche Menge schwedischen Eisenerzes mit einer ganz niedrigen Preisreduktion und etwas hinausgeschobenen Lieferungsstermin ab- nehmen muß, obwohl in absehbarer Zeit keine Abzähmlichkeit be- steht. Der schwedische Konzern aber kann 12 Proz. Dividende weiter- zahlen. (Hört, hört! links.)

Die Enquetekommission des Reichswirtschaftsrates hat vor einigen Monaten festgestellt, daß

auch in der stärksten Konjunktur der deutsche industrielle Apparat nur zu 70 Proz. ausgenutzt worden ist.

In der Textilindustrie wurde vor dem Kriege ein langwieriger Kampf darum geführt, ob der Arbeiter einen oder mehrere Stühle zu be- dienen hat. Eine Verordnung im Kriege bestimmte, daß an jedem Webstuhl ein Mann oder eine Frau sitzen muß.

Heute bedient bei einer Weberei in Langenbissau ein Weber 52 Webstühle. (Hört, hört! links.) Bei derselben Firma leistet eine Gabelndrehmaschine dieselbe Arbeit, die früher 24 Arbeiter in 48 Stunden erledigten, mit zwei Arbeitern in einer Viertelstunde!

Wir haben uns nicht gegen die Rationalisierung gewandt, weil wir ihren Kerngedanken für richtig halten; wir haben die Rationalisierung nur gebührt, weil eine Mehrproduktion zur Mehrbeschäftigung und zur Preissteigerung führen sollte. Die gegenwärtige Wirtschaftsform aber macht das gesamte arbeitende Volk zum Opfer der Rationalisierung —

das können wir auf die Dauer nicht dulden und nicht ertragen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Mit der Forderung der Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 40 Stunden in der Woche haben die Gewerkschaften ein Beispiel gegeben, dem der Minister sein Lob im Superlativ spenden mußte. Die 40-Stunden-Woche markiert. Entsprechende Anträge von uns sind im Haushaltsausschuß angenommen worden. Wenn im vorigen Herbst die 40-Stunden-Woche als eine Notmaßnahme gedacht war, so ist sie heute eine unabwendbare Notwendigkeit, und zwar für die Dauer.

Die technische Apparatur ist in der ganzen Welt so leistungsfähig, daß der Achtstundentag heute weit überholt ist.

Unsere Brüder im amerikanischen Gewerkschaftsbund vertreten die gleiche Forderung, der I.O.B. hat alle angeschlossenen Landeszentralen und ihre Mitglieder verpflichtet, dafür einzutreten. Wir sind uns bewußt, welchem Widerstand diese Forderung begegnet. Aber im Gegensatz zur früheren individualistischen Beurteilung muß man sich daran gewöhnen, in Zukunft kollektivistisch zu denken. Der Eigen- nutz des einzelnen muß zurücktreten hinter dem Allgemeinwohl. Mag vielleicht auch die Initiative des Unternehmers in normalen Zeiten zur Leistung selbst ganzer Industriegruppen ausgereicht haben — heute und in absehbarer Zukunft, bei der ungeheuren Art der ganzen Welt, ist daran nicht mehr zu denken.

Heute hat der Staat, hat die Allgemeinheit die Pflicht, die Massen der Bürger vor dem Untergang zu bewahren. Was unsere Fraktion dazu tun kann, wird geschehen. Es ist unsere Aufgabe, eine Wirtschaft herbeizuführen, die das Leben auch für den Arbeiter wieder zur Freude macht. (Lebhafte Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Brauns (S.) hebt die Notwendigkeit der Fortführung der Sozialpolitik hervor. Die Arbeitslosenversicherung ist auch eine Versicherung der Unternehmer gegen die Schwankungen der Kon- junktur. Größere Mittel müssen für produktive Erwerbslosenfürsorge ausgegeben werden. Es ist ganz falsch, die Sozialpolitik als Ursache aller Wirtschaftsnot hinzustellen. Die Parole „Wirtschaftsfreiheit gegen Wirtschaftsnot“ läuft auf die Proklamierung des Rechtes des Stärkeren hinaus und auf die Herabwürdigung der Mehrheit der Menschen zum Produktionsfaktor minderen Rechtes.

Das heutige Wirtschaftssystem wird sich nur halten lassen, wenn die Verantwortlichen sich ihrer Pflicht stets bewußt sind. Daran fehlt es bei nicht wenigen.

und man erkennt es, wenn die Erörterung zu wichtigen Einzelfragen kommt, wie z. B. zur Beseitigung der Schuldenschnittkluft zwischen den Ländern, oder zur Aufstellung der Goldhöhe. Erst danach können wir zu internationaler Sozialpolitik kommen. (Beifall.)

Zwischendurch werden nun die Abstimmungen über das Gesetz betreffend Entschädigung der privaten Stellenermittler vorge- nommen. Im Himmelsprung wird mit 166 Stimmen der Sozial- demokraten und der Kommunisten gegen 147 Stimmen die Aus- schußvorlage dahin abgeändert, daß alle privaten Stellenermittlungen sofort gegen Entschädigung aufgehoben werden. — Vizepräsident C. E. erklärt nach Beendigung dieser Abstimmungen, das Gesetz sei nunmehr so verändert, daß die dritte Lesung aufgehoben werden müsse. (Zustimmung.)

Bei der zweiten Lesung des Kraftwagensteuergesetzes

greift ein Kommunist die sozialdemokratische Fraktion an. Ihm erwidert

Abg. Reißner (Soz.):

Die Vorlage bringt nicht die notwendige Reform dieser Steuer, sondern nur ihre Erhöhung. Deshalb haben wir Befreiung des Gesetzes beantragt. Im Ausschuss haben wir das Nähere zu dem Gesetz schon gesagt. Der Vorredner behauptete, die Kraftwagensteuer werde auf die Massen abgewälzt. Das kann man von jeder Steuer sagen. Immerhin ist eine Steuer, die den Autobesitzer trifft, für die Massen doch noch erträglicher, als manche andere.

Die Kommunisten haben im Ausschuss beantragt, das Kraftwagensteuergesetz von 1927 insgesamt aufzuheben, was auch die Luxuswagen von der Steuer befreien würde.

(Hört, hört! bei den Soz. — Widerspruch der Komm.) Wenn die Kommunisten behaupten, die Kosten der Luxuswagen gingen auf das Geschäftskontingente, so frage ich sie, auf welches Konto dann die Luxuswagen der Hitler und Goebbels gehören? (Sehr gut! links.)

Wenn die Regierungsvorlage auch die Besteuerung der Kraftwagen erhöht, so ist das bei der starken Abnutzung der Straßen durch diese schweren Wagen gerechtfertigt.

Die Finanznot des Reiches ermöglicht es leider noch nicht, den gesamten Steuerertrag für den Straßenbau zu verwenden; immerhin werden dadurch die Straßenbaukosten der Gemeinden und Kreise herabgesetzt. Die kommunistischen Vertreter in den Gemeinde- und Kreisparlamenten werden über diese Haltung ihrer Reichstagsfraktion kaum entzückt sein. Im Interesse der Gemeinden stimmen wir der Vorlage zu. (Beifall der Soz.)

Die Vorlage wird schließlich gegen die Wirtschaftspartei und die Kommunisten verabschiedet. Dazu werden Entschlüsse angenommen gegen eine Verschärfung des Beimischungszwanges und für Senkung der Autosteuer.

Nach einer Rede des Abg. Balleusch (Volkspartei) zum Haushalt des Arbeitsministeriums verläßt das Haus um 17 Uhr die Weiterberatung auf heute, Freitag, 15. Uhr.

Der Hafenkreuzschütze stellt sich Er behauptet in Notwehr gehandelt zu haben.

Die Hafenkreuzblutkat in Schöneberg steht kurz vor der Aufklärung. Der Nationalsozialist, der den Schuß auf den 17jährigen Lehrling Nathan abfeuerte, hat sich gestern selbst gestellt. Es ist ein 27jähriger Georg Kunze aus Schöneberg.

Der Täter erschien gestern in Begleitung eines Anwaltes bei der zuständigen Staatsanwaltschaft und erklärte, er habe in der Notwehr auf seine Gegner geschossen. Inwiefern seine Angaben zutreffen, werden die weiteren Vernehmungen und Gegenüberstellungen ergeben.

Der schiefelstige Hafenkreuzer ist zunächst der Abteilung I A im Polizeipräsidium zugeführt und in Gewahrsam gebracht worden. Im Laufe des heutigen Vormittags hofft die politische Polizei die Blutkat restlos klären zu können. Die fünf Hafenkreuzer, die unter dringendem Tatverdacht festgenommen wurden, dürfen alsdann aus der Haft wieder entlassen werden.

Noch ein „rauber Kämpfer“.

Essen, 12. März. (Eigenbericht.)

In Essen haben sich 46 Nationalsozialisten zu einer Ortsgruppe der Revolutionären NSDAP (Richtung Otto Straßer) zusammengeschlossen. Mehrere Zeitungen haben die Begründung mit dem Bemerkten mitgeteilt, sie „bei eventuellen Pressepolemiken nicht mit der korruptierten Ortsgruppe Essen der NSDAP in einen Topf zu werfen“.

Die Führer der Gruppe hatten vor einiger Zeit, angeleitet durch dauernde Zechgelage und moralische Vergehen des Ortsgruppenführers der NSDAP Zilkens eine Untersuchung gegen diesen Nationalsozialisten verlangt, die aber von der NSDAP-Bürokratie unterdrückt wurde. Ein nachmaliges Verlangen nach Reinigung wurde mit dem Ausschluß der Fragesteller beantwortet. Sie warfen dem Nazi-Führer Zilkens u. a. Unterschleife von Versammlungsgeldern, Zechschulden usw. vor.

Ein Amtsvorsteher aus Hinterpommern Er verbietet Landarbeitervorträge.

In Hinterpommern gibt es noch immer Amtsvorsteher, die gegen alles, was nach Arbeiterbewegung schmeckt, mit Entschiedenheit eingegriffen sind. Ein solcher Amtsvorsteher ist der Amtsvorsteherstellvertreter Rittergutsbesitzer Haeger in Mandelag, Kreis Belgard.

Der Angestellte des Deutschen Landarbeiterverbandes in Belgard veranstaltete kürzlich in Burglaff einen Lichtbildervortrag. Der Vortrag betitelt sich: „Was ist und was will der Deutsche Landarbeiterverband?“ Es werden darin in der Hauptsache Bilder aus dem Landarbeiterleben und aus der Arbeit des Deutschen Landarbeiterverbandes gezeigt. Der Vortrag ist bereits in Tausenden von Landarbeiterorten gehalten worden, ohne daß bisher irgendeine Behörde Einspruch erhoben hat.

Unter den Versammlungsteilnehmern in Burglaff befanden sich auch der Rechnungsführer des Gutes sowie der Lehrer aus Burglaff. Nachdem der erste Teil des Vortrages beendet war, gingen beide zum Wirt. Dieser kam nach kurzer Zeit zum Vorsitzenden und fragte ihn, ob er eine Erlaubnis zum Zeigen der Lichtbilder habe. Als darauf erklärt wurde, daß eine solche nicht notwendig ist, sagte der Wirt: „Dann müssen Sie sofort aufhören.“ Der Vorsitzende bemühte sich jetzt, mit dem Amtsvorsteher in Verbindung zu kommen. Das war nicht möglich, weil er angeblich verreist war. Nun wurde mit dem eingangs genannten Amtsvorsteherstellvertreter Verbindung aufgenommen. Zwischen ihm, dem Vorsitzenden und dem Rechnungsführer entwickelte sich folgendes Gespräch:

Der Vorsitzende: „Der Gastwirt U. sagte, daß ich eine Genehmigung des Amtsvorsteher zur Vorführung der Lichtbilder benötige. Der Vortrag ist schon im ganzen Kreise gehalten worden, und niemand hat eine Erlaubnis angefordert. Ich bitte um Ihre Stellungnahme dazu.“ — Rechnungsführer H. zum Amtsvorsteherstellvertreter, nachdem er sich den Hörer genommen hatte: „Wir sind der Meinung, der Vortrag bedürfe Ihrer Genehmigung, der junge Mann ist sich wohl über die Genehmigung nicht ganz klar, sagen Sie es ihm doch bitte selbst.“ — Der Amtsvorsteher: „Ist es derselbe Vortrag, der in Venzen gegeben wurde?“ — Der Vorsitzende: „Ja.“ — Der Amtsvorsteher: „Dann verbiete ich den Vortrag.“

Es ist also der kuriose Fall zu verzeichnen, daß sich ein Amtsvorsteherstellvertreter ohne weiteres von einem landwirtschaftlichen Angestellten zu gewerkschaftsfeindlichen Bestrebungen mißbrauchen läßt.

Wir erwarten vom Preussischen Innenministerium, daß es sich des Falles annimmt und dem Amtsvorsteherstellvertreter, Rittergutsbesitzer Haeger, mit aller Deutlichkeit zum Bewußtsein bringt, daß er nichts zu verbieten hat.

Flottenpakt vor der Kammer.

Endgültige Tonnagefestsetzung auf der Abrüstungskonferenz.

Paris, 12. März. (Eigenbericht.)

Ueber das zwischen Frankreich und Italien abgeschlossene Flottenabkommen, das hier im allgemeinen eine günstige Aufnahme gefunden hat, gab Marineminister Dumont am Donnerstag vor der Kammer eine recht optimistische Auskunft.

Dumont erklärte, daß die Flottenstärke Frankreichs nach dem Abkommen 628 600, die Italiens dagegen nur 395 000 Tonnen betrage. Die Ueberlegenheit Frankreichs belaufe sich also auf 240 000 Tonnen. In dieser Ziffer sind jedoch 80 000 Tonnen alter, längst überfälliger französischer Kriegsschiffe in Rechnung gestellt, die nach den Bestimmungen des Abkommens von Washington längst hätten abgeworfen werden müssen. In Wirklichkeit beträgt der Vorsprung der französischen vor der italienischen Flotte 143 200 Tonnen, und zwar 46 600 Tonnen für Linienfahrer, 22 100 Tonnen für Flugzeug-Mutterfahrer, 40 000 Tonnen für Kreuzer und Hochseetorpedoboote und 35 500 Tonnen für die U-Boote. Dazu kommt, daß sowohl England wie Amerika und Japan vorläufig zwar auf alle Einsprüche gegen das Abkommen verzichtet haben, aber den ausdrücklichen Vorbehalt machten, daß die

Flotten-tonnage endgültig auf der Abrüstungskonferenz

des Völkerbundes festgesetzt werden müsse. England hat ferner in Paris offiziell erklärt, daß es die französische U-Boottenflotte von 82 000 Tonnen für zu hoch halte.

Freundschaftliche Flottenbegegnung in Algier.

Paris, 12. März. (Eigenbericht.)

Als erster Freundschaftsbesuch nach dem kürzlich unterzeichneten Flottenabkommen zwischen Frankreich und Italien

ist am Donnerstag ein italienisches Geschwader, bestehend aus acht Torpedobooten, im Hafen von Algier eingelaufen. Zu Ehren der italienischen Gäste fand eine Reihe von Festlichkeiten vorgehen.

Hoersch bei Briand.

Paris, 12. März. (Eigenbericht.)

Der deutsche Botschafter in Paris von Hoersch hatte am Donnerstag eine eingehende Unterredung mit dem Außenminister Briand. Der Botschafter berichtete ausführlich über die Eindrücke, die er in der vergangenen Woche während seines Aufenthalts in Berlin gewonnen hat, während Briand ihm einen nicht minder ausführlichen Kommentar über das Flottenabkommen zwischen Frankreich, England und Italien gab.

Die Pariser Europa-Lagung.

Curtius fährt nicht hin.

Von der Studienkommission für die Europäische Union ist bekanntlich im Januar dieses Jahres ein aus 12 Staaten zusammengesetztes Organisationskomitee eingesetzt worden, das am 24. März in Paris zusammentritt. Als deutscher Vertreter wird in dieses Komitee Staatssekretär a. D. von Simson entsandt werden. Vortragender Legationsrat Freiherr von Weizsäcker vom Auswärtigen Amt wird Herrn von Simson für die Lagung beigegeben werden.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, begründet man in politischen Kreisen Berlins das Fernbleiben von Dr. Curtius damit, daß er in Berlin unabhimmlich sei.

Die Schneemänner



„Was machen wir aber, wenn es doch mal Frühling wird und wir noch immer hier draußen stehen?“

Das Genfer Handelsabkommen.

Ratifizierung im Ausschuss beschlossen.

Der Handelspolitische Ausschuss trat gegen Ende des Plenums zur Beratung des Gesetzes über die Ratifizierung des Genfer Handelsabkommens zusammen. Die Bedeutung dieses Gesetzes liegt darin, daß vor Heraushebung von Zöllen eine Verständigung mit den übrigen angeschlossenen Staaten stattzufinden hat und daß vor allem einer Kündigung von Handelsverträgen starke Hemmungen entgegengestellt sind. Es fand eine längere Aussprache statt, bei der sich die Volkstonservativen und Landvolk stark gegen die Ratifizierung wandten, während die Kommunisten zum ersten Male einem solchen Gesetz ihre Zustimmung gaben. Neben der Volkspartei und der Mehrheit des Zentrums setzte sich vor allem die Sozialdemokratie mit Energie für die alsbaldige Ratifizierung ein. Die Vorlage wurde mit 14 gegen 6 Stimmen angenommen.

Das deutsch-polnische Handelsabkommen.

Die Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsabkommens durch den polnischen Sejm ruft in der agrarischen Presse aufs neue den Kampf gegen das Abkommen hervor. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Keinen Vertrag mit Polen!“ Hier reichen sich nationalstiller Chauvinismus und engstirnige agrarische Interessentenpolitik die Hand.

Die Reichsregierung würde auf Grund des Zollermächtigungsgesetzes in der Lage sein, die Ratifikation vorzunehmen. Es ist kein Zweifel, daß die agrarischen Interessenten auf das schärfste auf sie drücken werden, um die Stabilisierung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen zu sabotieren.

Polnische Terroristen verurteilt.

Schmerzensgelder bewilligt.

Rybnik, 12. März.

Im Pohlenbirkener Prozeß verurteilte das Gericht die Angeklagten Poppela und Jambor zu je vier Monaten Gefängnis und zur Tragung der anteiligen Gerichtskosten von je 20 Mark. Die übrigen Angeklagten werden

freigesprochen. Den Geschädigten werden Schmerzensgelder von 100 bis 1000 Mark zugewilligt.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß die Strafe für die beiden Verurteilten deshalb so milde ausgefallen sei, weil ihnen nur eine mittelbare Schuld nachgewiesen werden konnte. Den anderen Angeklagten konnte dagegen nicht einmal eine mittelbare Beteiligung nachgewiesen werden und sie mußten deshalb freigesprochen werden.

Der dritte Verhandlungstag begann mit der Vernehmung von Entlastungszeugen, durchweg Verwandten der Angeklagten oder auch Mitglieder des Aufständischenverbandes, die sichlich bestrebt waren, nach Möglichkeit die Angeklagten zu entlasten. Neue Momente erbrachten diese Vernehmungen nicht. Die Entlastungszeugen mußten zugeben, daß sich am fraglichen Tage tatsächlich eine Anzahl Ortsfremde, wahrscheinlich Aufständische, im Ort befanden und mit den ortsanfässigen Aufständischen in einem Restaurant eine Art Siegesfeier veranstaltet hatten. Nach Beendigung der Zeugenernehmung legte der Rechtsbeistand der Nebenkläger dem Gericht deren ärztliche Atteste und die Schadenserfahrberurteilungen vor. Der Verteidiger der Angeklagten beantragte Hinzuziehung eines Sachverständigen, der ein Gutachten über verschiedene Erfahrungsbedingungen abgeben soll, die übertrieben seien.

Noch ein Reuhöfen-Prozeß.

Danzig, 12. März.

Der blutige Grenzzwischenfall von Reuhöfen im Mai v. J., bei dem der polnische Grenzbeamte Bestkiewicz getötet wurde, während der polnische Grenzkommissar Bjendzynski verhaftet werden konnte, hat ein neues Echo gefunden. Bekanntlich wurde der Reichsdeutsche Jude von den Polen im Zusammenhang mit diesem Zwischenfall zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt. Der verhaftete polnische Grenzkommissar erhielt vom Reichsgericht in Leipzig am 12. Januar d. J. wegen erwiesener Spionage usw. zehn Jahre Zuchthaus. Jetzt hat das Königer Bezirksgericht den deutschen Redakteur Eitel Wersche aus Dirschau wegen eines im Mai v. J. erschienenen Artikels „Spionage in Reuhöfen“ zu drei Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte acht Monate Gefängnis wegen Betrugs militärischer Geheimnisse beantragt! In dem Prozeß, der unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wurde, haben „militärische Sachverständige“ die Hauptrolle gespielt. Wersche hat sofort Berufung eingelegt, so daß die Angelegenheit, die nach dem Pressegesetz bereits verjährt ist, noch einmal zur Verhandlung kommt.

Woldemaras vors Kriegsgericht.

Umsturzvorbereitung und Terrorempfehlung.

Romano, 12. März.

Der ehemalige litauische Ministerpräsident Woldemaras soll wegen Beteiligung an der Vorbereitung eines Umsturzes vor das Kriegsgericht gestellt werden, vor das er selbst so viele Sozialisten und andere Oppositionelle gebracht hat. Die Untersuchung des Anschlags auf den Leiter der litauischen Geheimpolizei, Oberst Rasteka, hat ergeben, daß außer dem Attentäter und 22 verhafteten Verschwörern, darunter fünf Offizieren, auch Woldemaras an der Verschwörung beratend teilgenommen hat. In dem Untersuchungsmaterial wird festgestellt, daß Woldemaras seinen damaligen Anhängern den Terror als politisches Kampfmittel empfohlen habe. Der Prozeß soll Ende April verhandelt werden.

Dasfälscherei.

In Romo ist man darauf gekommen, daß mindestens seit 1924 Ausländern und gerichtlich verfolgten Litauern „legalerweise“ falsche Pässe ausgestellt worden sind, natürlich gegen hohe Zahlung. Ein Polizeigehilfe und drei andere sind bereits verhaftet. Der zurückgetretene Direktor des Selbstverwaltungsdépartements, Jaskulaitis, früher Leiter der Passabteilung, soll mit 300 weiteren hieninverwickelt sein.

Revolveranschlag in Transjordanien. Auf den englischen Direktor des Zentraldepartements von Transjordanien wurden acht Schüsse abgefeuert, als er in seinem Auto von Amman nach Esfolt fuhr. Er wurde leicht verletzt. Kurz vorher hatten Araber bereits den Wagen des früheren Ministerpräsidenten Hassan Abahed Pascha beschossen. Es wurden sofort Polizeieinheiten ausgesandt, die eine große Anzahl von Personen verhafteten.

Moderner Sklavenhandel.

Deutsche Arbeiter an Holland verhöfert / Hapag ersetzt Deutsche durch Chinesen.

Der deutsche Rheinreeder verkauft anstatt seiner Rheinfähre nunmehr deutsche Binnenschiffer in das Ausland, wie folgender Fall aufs neue beweist:

Die Firma Hansen, Neuerburg u. Co. in Duisburg-Ruhrort legt den Befehlungen ihrer Rheinfahrzeuge folgenden Revers zur Unterschrift vor:

„Die Fahrzeuge der Firma Hansen, Neuerburg u. Co. werden ab 1. April 1931 durch ein Abkommen der Raamlozen Binnenschip „Industrie“, Amsterdam, zur Beschäftigung übertragen, welcher Gesellschaft u. a. auch die Regelung der Arbeitsbedingungen obliegt. Ab 1. April 1931 übt die Firma Hansen, Neuerburg u. Co., Duisburg-Ruhrort, bis auf weiteres nur eine Verwaltungstätigkeit aus, die ihr von der N.V. „Industrie“ in Amsterdam für die Dauer des Abkommens übertragen wird.“

Die unterzeichneten Arbeitnehmer haben hiervon Kenntnis genommen und erklären sich durch Unterschrift freiwillig damit einverstanden, ab 1. April 1931 für Rechnung der N.V. „Industrie“, Amsterdam, zu den Löhnen und Bedingungen des holländischen Lohn- und Arbeitsgesetzes vom 1. Januar 1929 weiterzuarbeiten und die sich daraus ergebende geänderte Regelung der sozialen Beiträge anzuerkennen.

Das Arbeitsverhältnis bei der Firma Hansen, Neuerburg u. Co., Duisburg-Ruhrort, gilt mit dem 31. März 1931 als beendet.“

Die Binnenschiffer dieses vor Patriotismus tiefenden Reeders haben nunmehr die Wahl zwischen der deutschen Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung oder den sehr niedrigen holländischen Löhnen unter Verzicht auf die Zugehörigkeit zur deutschen Sozialversicherung! Der deutsche Rheinreeder verdient an diesem Handel pro Matrose etwa 15 Mark pro Woche (siehe Gutachten der Rheinkommission), für Schiffer entsprechend mehr.

Einen Vorschlag an die Rheinreeder: Wäre es nicht einfacher, den ganzen deutschen Rhein nebst Umgebung an Holland zu verkaufen? Dann wären mit einem Schlage alle ihre Wünsche befriedigt. — Das Vaterland spielt ja ohnehin für sie kaum noch eine Rolle, als sie etwa in Geld ausgedrückt werden kann.

„Patriotismus“ bei der Hapag.

Von der großen Arbeitslosigkeit sind auch die deutschen Seeleute nicht verschont geblieben. Allein in Hamburg liegen Tausende von Seeleuten seit Monaten ohne Beschäftigung an Land. Trotzdem besetzt die Hamburg-Amerika-Linie etwa zehn ihrer Dampfer in der Ostasienfahrt mit chinesischem Heizpersonal. Diese chinesischen Heizer sind bedeutend billiger als deutsche. Die Reederei spart erhebliche Lohnsummen, obwohl sie für zwei Deutsche drei Chinesen beschäftigt. Angeblich sollen die deutschen Heizer aus Gesundheitsrücksichten vor der schweren Arbeit vor den Feuer in den Tropen bewahrt werden. Daß dies blühender Unsinn ist, beweisen einige tausend deutsche Seeleute, die mitunter mehr als 30 Jahre ständig in dieser Tropenfahrt beschäftigt waren. Den billigeren Chinesen erleichtert man die Arbeit dadurch, daß man die Befehle um 33 Proz. verstärkt. — Aus Patriotismus!

Ist nun für die Chinesen keine Beschäftigung mehr vorhanden, so muß die Hapag auf ihre Kosten die Leute in ihre Heimat befördern. Wird dann ein Schiff aus der Ostasienfahrt aufgelegt — d. h. stillgelegt —, so hilft sich die Hamburg-Amerika-Linie auf andere Weise, um sich und die Chinesen vor Schäden zu bewahren. In diesem Falle werden die Chinesen auf ein anderes Schiff der Reederei verbracht, das sonst mit deutschem Maschinenpersonal besetzt ist. Das deutsche Personal wird dagegen abgemustert und bezieht nun Arbeitslosenunterstützung! — Aus Patriotismus!

So ist der Dampfer „Lüneburg“ der Hamburg-Amerika-Linie, der in der Japafahrt beschäftigt wird und sonst mit deutschem Personal besetzt war, mit einer solchen freigewordenen Chinesencrew besetzt worden. Das deutsche Personal wurde ab-

mustert und liegt für mindestens ein Jahr arbeitslos an Land. Nach Meinung der Reederei ist das deutsche Personal „gesichert“, da es im Gegensatz zu den Chinesen ja Arbeitslosenunterstützung erhält. Diesen Mannschaftswechsel hat das Reichsarbeitsministerium ausdrücklich gebilligt...!

Generaldirektor der Hapag ist noch immer Herr Cuno, der Reichskanzler der Inflationsperiode von 1923!

Der Fall Ikow.

Erklärung der Auslandsvertretung der russischen Sozialdemokratie.

Die Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands hat am 9. März folgende Erklärung beschlossen:

„Jetzt, nachdem der Fälschungsprozeß der 14 zu Ende gegangen ist, hält es die Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands für möglich und notwendig, zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, daß W. K. Ikow jener einzige Angeklagte ist, der berechtigt war, als Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands aufzutreten, der in der Rede des Genossen Abramowitsch im Sportpalast und in der Erklärung des Genossen Dan beim Presseempfang der Auslandsvertretung erwähnt wurde und den sowohl die offiziellen Erklärungen der Auslandsvertretung als auch die Publikationen ihrer einzelnen Mitglieder im Auge hatten, wenn sie davon sprachen, daß nicht alle, sondern „fast alle“ Angeklagten seit neun, zehn und mehr Jahren aus der Partei ausgeschieden und seither nie in die Partei zurückgekehrt waren. W. K. Ikow, der mit der Politik der Partei bereits 1917/18 starke Differenzen empfunden hatte, hat sich auch damals schon von der Partei getrennt und er hat der Partei bis Mitte 1929 ferngeblieben. Erst zu diesem Zeitpunkt äußerte er den Wunsch, an der illegalen Parteiarbeit auf der Grundlage des allgemein bekannten Aktionsprogramms der Partei und unter Wahrung der Parteizucht teilzunehmen; im Einverständnis mit der Auslandsvertretung und den in der Sowjetunion tätigen Genossen hat er sich in der Tat an der Arbeit der Partei beteiligt.“

Die Auslandsvertretung gibt sich keiner Täuschung hin hinsichtlich der Beeinflussungsmethoden, die gegenüber Ikow angewandt worden sind, um ihn, soweit man den amtlichen Prozeßberichten glauben darf, zu zwingen, in seinen Aussagen zweierlei Dinge zu vermengen: einerseits die konspirative und infolge dessen, wie sich für jedes Mitglied einer illegalen Partei von selbst versteht, der Publikation in keinem Falle unterliegende Wahrheit über Zusammenkünfte mit einzelnen Personen, über den Briefwechsel mit der Auslandsvertretung usw., andererseits notorische und offenkundige Lügen über angeblich von der Auslandsvertretung erhaltene „schädlichste“ und „anterevolutionäre“ Anweisungen und über Aufträge, mit dem sogenannten „Unionsbüro“ der Groman, Scher u. a. in Verbindung zu treten. Die Auslandsvertretung belastet mit der Verantwortung für diese Methoden die Regierung der bolschewistischen Diktatur und konstatiert gleichzeitig, daß, wenn das Verhalten von W. K. Ikow vor Gericht wirklich so gewesen sein sollte, wie es die amtlichen Berichte darstellen, er durch Beschluß der Parteilinien aus den Reihen der Partei ausgestoßen werden wird.“

Zu den Schlussfolgerungen, die sich aus dem Moskauer Prozeß vom Standpunkt eines parteiorganisationsmäßigen Umbaus ergeben, wird die Auslandsvertretung Stellung nehmen, sobald ihr nähere Mitteilungen von den Parteiorganisationen in der Sowjetunion zugegangen sein werden.“

Die Türkei hat die Einladung zur nächsten Tagung der Europa-Kommission angenommen. In der Note des türkischen Außenministers an das Völkerbundsekretariat wird ausdrücklich betont, daß die Aussprache nur auf der Basis der Souveränität und der völligen Gleichberechtigung aller Staaten geführt und die Europa-Union seiner Mächtegruppe in anderen Erdteilen oder in Europa selbst entgegengesetzt werden dürfe.

Der reichsdeutsche Kommunist Bernhard Kühl-Rönigsberg ist in Stockholm verhaftet worden. Angeblich hat er rüber finanzielle Unterstützung der kommunistischen Zeitungen in Schweden und Norwegen durch die russischen Bolschewisten verhandelt.

43 Millionen Besitzsteuern.

Die sozialdemokratischen Steueranträge angenommen.

Im Steuerauschuß des Reichstags wurde am Donnerstag mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Staatspartei, der Wirtschaftspartei und des Landvolks bei Stimmenthaltung des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Christlich-Sozialen die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Aufsichtsratssteuer von 10 auf 20 Prozent und auf Erhöhung des Einkommensteuerzuschlages von 5 auf 10 Prozent bei Einkommen von mehr als 20 000 Mark jährlich angenommen. Der Ertrag dieser beiden Maßnahmen wird 43 Millionen Mark sein. Er soll den Gemeinden zur Deckung der Kosten der Wohlfahrts-erwerbslosenunterstützung überwiesen werden.

In der Debatte betonte der Abg. Eßer (Ztr.), daß innerhalb des Zentrums der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Aufsichtsratssteuer den geringsten Widerstand gefunden habe. Dagegen sei der sozialdemokratische Antrag, der einen Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen über 8000 Mark wolle, für das Zentrum unannehmbar. Auch werde das Zentrum keine Erhöhung der Vermögenssteuer zulassen, da vielfach große Vermögen ohne Ertrag sind. Auch der Abg. Wünsch (Staatsp.) und Dr. Hugo (D. Bp.) lehnten die sozialdemokratischen Anträge ab.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu den kommunistischen Anträgen legte Abg. Dr. Herß (Soz.) dar. Er stellte fest, daß der kommunistische Millionärsteuerantrag sich nicht nur gegen die Kapitalisten richte, sondern die Wirtschaftsunternehmungen der Arbeiterklasse und die Unternehmungen, die dem öffentlichen Wohle dienen, erdroffen werde. Er sehe vor, daß Konsumgenossenschaften, Gewerkschaften, Sparkassen, gemeinnützige Unternehmungen, Versorgungsbetriebe der Gemeinden usw., die bisher alle steuerfrei sind, sowohl von der 20prozentigen Abgabe des Vermögens, als auch von der Erhöhung der Körperschaftsteuer um 20 Prozent und von der Erhöhung der Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen um 20 Prozent betroffen würden. Die Folge einer solchen sinnlosen Besteuerung wäre nicht nur die Erdrückung dieser Unternehmungen, sondern auch die größte Schädigung der Arbeiterschaft, die diese Unternehmungen in jahrzehntelanger mühseliger Arbeit aufgebaut haben. Aus diesen Gründen werde die Sozialdemokratie den kommunistischen Antrag ablehnen. Er sei aber auch sonst formell wie sachlich undurchführbar, da er einem Millionär, der ein Einkommen von 200 000 Mark habe, eine jährliche Steuer von 352 000 Mark, also fast dem doppelten Einkommen, auferlege. So sinnlos handle man nicht einmal in Russland, wo man den Kapitalisten nur 45 Prozent ihres Einkommens wegsteuere.

Die beiden angenommenen sozialdemokratischen Anträge werden in der nächsten Woche in der Volksversammlung des Reichstags beraten werden. Infolge des Widerstandes, den sie insbesondere bei der Deutschen Volkspartei und bei der Staatspartei finden, wird man mit scharfen Auseinandersetzungen rechnen müssen. Die Debatten werden zeigen, daß die Sozialdemokratie keinen Wert auf ausfallslos demonstrierende Aktionen legt, wie es die Kommunisten tun, sondern befreit ist, etwas zu erreichen, durch das die verzweifelte Lage vieler Gemeinden und die Notlage der ausgebeuteten Erwerbslosen wirksam gebessert wird.

Senator de Jouvenel, ehemaliger französischer Minister und Oberkommissar von Syrien, zu wiederholten Malen Delegierter Frankreichs beim Völkerbund, spricht am Dienstag, dem 17. März, auf Einladung des Deutschen Kulturbunds über „Deutschland und Frankreich“. Der Vortrag in französischer Sprache findet abends 8 Uhr im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses statt. Karten im Vorverkauf bei Bote u. Bock, Wertheim und Jülichen.

Die Witwe Jean Jaurès, des am Vorabend des Krieges ermordeten Sozialistenführers, ist gestern in ihrer Pariser Privatwohnung gestorben. Das Begräbnis wird in ihrer Heimat im Departement Tarn stattfinden. Sie hatte im Krieg auch ihren einzigen Sohn verloren. Politisch ist sie nie hervorgetreten.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klugehiller; Gewerkschaftsbewegung: J. Gieseler; Anzeigen: Dr. John Schlemmer; Lokales und Sonstiges: Fritz Korfeldt; Anzeigen: Th. Glade; Druck: Schmidt in Berlin; Verlag: Fortwächter-Verlag G. m. b. H., Berlin, Stadt: Bernauer-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Siehe 2. Beilage und „Stadtblatte“.

WERTHEIM

Zusendung von 5 M an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat!

Gänse gefroren, Pfd.	68, 78, 88 Pi.
Wolghühner gefroren, Pfund von an	90 Pi.
Suppenhühner Pfd. von an	96 Pi.
Brathühner Pfund von an	1.10
Hasen gestreift und ausgeworfen, Pfund von an	70 Pi.
Frische Eier 10 Stück von an	78 Pi.

Frisch. Fleisch	
Schweinerücken und Bauch	0.78
Schweineschink und Kamm	0.86
Rückenfleisch brautfertig, Pfund	0.64
Gehacktes Pfund	0.80
Gulasch 0.90 Linsen 0.60	
Hammel-Vorderfl.	0.94
Rinderkamm u. Brust Pfund	0.82
Schmorfleisch ohne Kn. Pfund	1.16
Roastbeef 0.96 ohne Kn.	1.38
Kalbskamm . . . Pfund	0.64
Kalbsbrust u. Rücken Pfund	0.74
Kalbskeule ganz u. geölt 5/6 Pfund, Pfd.	0.84
Obst u. Gemüse	
Zitronen Dutzend	0.32
Kaliforn. Birnen Pfund	0.38
Amerik. Äpfel Pfd.	0.38 0.48
Apfelsinen Dtzd.	0.48 0.68
Möhren u. Zwiebeln	0.06
Weißkohl Pfund	0.08
Rot- u. Wirsingkohl	0.12
Blumenkohl Kopf v. an	0.25

Konserven	
Schnittbohnen 0.35 0.46	
Brechbohnen	0.48
Schn.-u. Brech-Bohnen	10.54
Spinat 0.39 Kohlrabi	0.33
Gemüse-Erbisen . . .	0.46
Junge Erbsen	0.85
Kaiserschoten 1.15	1.30
Leipziger Allerlei . .	0.66
Gemischt. Gemüse mittel-fein	0.84
Gemischt. Gemüse fein	1.20
Bruchspargel dünn . .	1.35
Bruchspargel stark . .	2.00
Stangenspargel 20/40 Stg.	1.65
Stangenspargel stark	2.28
Räucherwaren	
Büchlinge Kiste 5 Pfund von an	0.26 1.25
Sprossen Pfd. an	0.35 0.38
Dorsch u. Dorschrogen, Pfund von an	0.40
Seelachs in Stücken, Pfund von an	0.46
Sprottbüchlinge von an	0.48
Fleckheringe Pfd. v. an	0.48

Wurstwaren	
Hausmach.-Sülze Pfd.	0.52
Hannov. Rotwurst Pfd.	0.70
Landleberwurst Pfund	0.88
Dampfwurst u. Fleischw. u. Wiener, Pfund	0.88
Bockwurst (Hausmacher) Pfund	1.08
Leberwurst (Hausmacher) u. Mettwurst	1.10
Jagd-, Kümmelwurst	1.25
Holsteiner Zerkalt u. Salami, Pfund	1.38
Königsstr., Rosenhafer Str., Moritzplatz	
Schinkenpolnische	1.10
Berliner Mettwurst	1.10
Bierwurst Pfund	1.30
Käse u. Fett	
Camembert vollf., 4-tellig Schacht, 0.48	0.25
Harzerkäse od. Spitzlinge Kistchen	0.48
Emmenthal. Art. 4 Post. 4 Post.	0.58
Dän. Schmelzer Pfund	0.80
Limburger vollf.	0.84
Margarine Pfund	0.40 0.52
Tafelbutter Pfund	1.56 1.66
Dän. Butter te. Qual., Pfd.	1.78

Kolonialwaren	
Olympia-Mehl 5-Pfund-Beutel 1.35, 1.45	1.35
Rauhfleisch-Mehl 5-Pfund-Beutel 1.53	1.53
Auszugmehl lose, Pfd. 0.27, 0.31, 0.29	0.27
Korinthen Pfund	0.42
Sultaninen Pfund	0.42
Mandeln süß u. bitter, Pfund 1.30	1.40
Zitronat Pfund	1.10
Backobst gemischt, Pfund 0.52	0.40
Kalf. Pflaumen ohne Steine	0.28
Kalf. Pflaumen ohne Steine Pfd.	0.52
Erbisen u. Bohnen Pfd.	0.16
Wein	
Preise für 1 Flasche, ohne Glas	
1929 Oberhaardter Tischw.	0.73
1928 Senheimer Tischw.	0.85
San Antonio span. Rotwein	0.95
1929 Liebraumlich (Goldk.)	1.00
1928 Niersteiner	1.25
1928 Oberrhein. Rotw.	1.60
1921 Ch. La Laguna-Goumy	1.60
Halb & Halb Likörspezialität	3.70
Weinbrand „3 Kronen“ Literfl.	4.60
Johannisbeer-Dezertwein 10 Liter 7.00, Liter	0.75
und weitere 8 Sorten zu bill. Preisen	

Dorsch 12 Pi. Pfund von an	
Schellfisch 18 Pi. Pfund von an	
Seelachs u. Kabeljau ohn. Kopf, ganze Fische, Pfd. v. an	22 Pi.
Fischfilet 28 Pi. Pfund von an	
Rotbars ohne Kopf, Pfund von an	30 Pi.
Grüne Heringe 3 Pfund von an	40 Pi.
Bratschollen 2 Pfund von an	45 Pi.

Vampyre der Not

Erpresser spezialisieren sich — „Erb-Presser“ „Ehr-Presser“ — „Erprasser“!

Erpresser! Das Wort riecht förmlich nach Gentlemänderechertum, nach geheimnisvollen Gestalten mit Halbmasken, nach phantastischen Summen. Das glatte Gegenteil von dem, was der ahnungslose Bürger in seiner abendlichen Kriminallektüre liest, ist der Fall. Das Großkapital, die Industrie, die Gesellschaft, der Adel als Erpressungsobjekte stehen bei diesen „schwarzen Jungs“ außer Kurs. Sie überlassen es den kleinen Stumpfern, den Dilettanten des Verbrechens, auf Grund zufälliger Belege und Verdachtsmomente die Aristokratien und Plutokratien zu erpressen! Sie denken gar nicht daran, ihre Mandate in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses zu stellen und befolgen hier die ungeführten Befehle des „Rings“. Tatsächlich bringt die Polizei fast nur diese plumpen sogenannten „Erpresser“ zur Strecke, die nach dem Vorbild romanisierender Filme und Romane Kapitalisten und Angehörige der oberen Zehntausend „erpressen“ und nach den ersten Anbahnungen gestellt werden. Sie sind die ungeführten Unorganisierten!

Organisation muß sein!

Auch die Außenleiter der Gesellschaft, die weder ins Bürgertum, noch in das organisierte Proletariat passen, können heute ohne Organisation nicht mehr auskommen. Das ist bereits bekannt. Weniger bekannt aber ist, daß zu den wenigen Unterweltorganisationen, die außerhalb der im „Großen Ring“ zusammengeschlossenen Zweigverbände existieren können, jener Verein gehört, dessen Mitglieder meist Erpresser sind. Er ist unter den Vereinen der gefährlichste. Es gibt auch innerhalb des Rings strenge Trennungslinien, starke Kontraste, Kommandos und Reglements zwischen den einzelnen Vereinen. So werden beispielsweise die als Zuhälter bekannten Mitglieder eines bestimmten Vereins, von denen jedes vier bis sechs Mädchen „laufen“ läßt, die wiederum den Schutz des Rings genießen und seiner Gerichtsbarkeit unterliegen, von den Mitgliedern selbstbewusster „Fachsociete“ (Libelle! Immertreu!) nicht für voll genommen. Angesichts dieser scharfen Gegensätze innerhalb des Rings, von denen höchst selten etwas in der Öffentlichkeit verlautet und angesichts der Tatsache, daß diese so mannigfaltig spezialisierten Unterweltvereine, deren jeder eine Macht für sich ist, doch immer zusammenhalten, fragt man sich, warum die Erpresser es wagen können, ihre eigenen Wege zu gehen und ihr verhängnisvolles Wirken unabhängig von den Bruderschaften des Rings zu betreiben.

Beamte als Opfer der Erpresser.

Man kann die in dem beschriebenen Verein organisierten Erpresser in drei Kategorien spezifizieren: die erste besteht aus den „Erb-Pressern“, die zweite aus den „Ehr-Pressern“, die dritte und gefährlichste aus den „Erprasser“. Alle diese Spezialisten, deren Opfer der verarmte Mittelstand, Beamte, schlechthabende Angestellte, alte Arbeiter und junge Menschen sind, kurz, meist solche, die um ihre Stellung zittern, gehen systematisch vor und bedienen sich nicht nur der auch in anderen Unterweltkreisen bekannten „Maulwürfe“ oder „Buddler“ (das sind die hordenden Vorposten!), sondern haben Archive, in denen zu „bearbeitende Fälle“ niedergelegt sind. Kellere, in Dienst und steter Pflichterfüllung ergraute Beamte, die kurz vor der Pensionierung stehen, haben z. B. aus irgendeinem Grunde Käufe in einem Abzählungsgeschäft abgeschlossen (Aussteuer für die verstorbene Tochter u. ä.), haben zweimal mit dem „Störtern“ ausgekehrt, die Zahlungen stocken. Der

Terminvertreter der ausgedehnten juristischen Abteilung der Firma erstattete Anzeige. . . Prozeß . . . Der Schuldner wird verurteilt, zu zahlen . . .

Hier tritt der „Ehr-Presser“ auf den Plan. Der Beamte wird eines Abends vor dem Amt von einem bürgerlich aussehenden Herrn erwartet, der auf ihn zutritt und ihn in ein Gespräch verwickelt. Das Ende vom Liede ist jedesmal: Der Beamte hat fortan keine ruhige Minute mehr. Periodisch tritt der Erpresser auf und „kassiert“. Und wird nicht angezeigt. Warum? Weil der Beamte fürchtet, der Stellung, des Amtes, der Pension und nicht zuletzt seiner Ehre verlustig zu gehen, denn er weiß: ein Beamter muß nicht nur eine absolute weiße Weste haben und darf mit Gerichten nur beruflich zu tun haben.

Es haben sich gerade in letzter Zeit in Berlin ganz seltsame Beamtenfeldtmorde ereignet. In zwei Fällen — beim ersten handelte es sich um einen Schupo wachmeister, beim zweiten um eine Telephonbeamtin! — erschienen die Motive nicht tatbeweisend. In beiden Fällen hatten die Selbstmörder mit den Zahlungen an Kreditgeschäfte gestodert und wären nach den scharfen disziplinarischen Bestimmungen ihres Amtes entbunden worden.

Sollten sie nicht von derartigen „Ehr-Pressern“ in den Tod getrieben worden sein?

Erb-Presser.

Sehr ähnlich geht der „Erb-Presser“ vor. Auch seine Opfer sind kleine Angestellte, die um ihre Stellung zittern und deren Angehörige. So, der „Erb-Presser“ wendet sich an die Angehörigen, die Frau, die Erben des Opfers, die er an Hand des ihm vom „Buddler“ gelieferten Materials dergestalt einschüchtern, daß sie, um die Gefahr von dem Sohn, dem Mann, dem Vater abzuwenden, dem Erpresser aus seiner „augenblicklichen Verlegenheit“ helfen, aus seiner „Verlegenheit“, die immer häufiger und stärker auftritt, bis die verzweifelte Frau oder Tochter dem Opfer die „Geschäftsverbindung“ gestehen. Dann gibt es kein Zurück.

Die Vertreter der gefährlichsten hier aufgeführten Kategorien, „Erprasser“, kommen ohne die „Buddler“ genannten Nachtgroßhändler und Spigel aus. Sie schließen Freundschaft mit jungen, minder bemittelten Leuten mit einem großen Bekanntenkreis, zeigen sich äußerst freigebig, prassen mit ihren „Freunden“, die nicht ahnen, daß sie ein Werkzeug von Verbrecherbanden sind, machen sie betrunken, entlocken ihnen Klatschgeschichten und suchen sich dann aus der Spreu die Körner, aus der großen Zahl der Schicksale, die sie erpressen, die Menschenleben, die sie erpressen werden!

Die Mitglieder dieser in knappen Jagen skizzierten Erpresservereinigung „arbeiten“ nicht nur in Berlin. Berlin ist nur die Zentrale! Ihr Feld ist die Welt! Sie arbeiten methodisch, großen mitunter Städte und Provinzen ab, wie eine Landplage. Hier muß die Polizei verlagern, solange die breite Masse nicht genügend über das Treiben dieser untersten Unterwelt.

Nun wieder Glatteis.

20 Personen mit Knochenbrüchen in den Rettungsstellen.

Das in den gestrigen Mittagsstunden einsehende Tauwetter verwandelte die auf den Jagebänken liegenden Schneemassen in richtige Schlammfluten. Zahlreiche Straßenzüge, darunter viele Hauptverkehrsstraßen, waren noch bis in die Abendstunden hinein schwer passierbar. Die städtische Straßenreinigung hätte besser getan, eine größere Zahl von Hilfskräften einzusetzen, denn die gestrigen an der Schneebeseitigung arbeitenden 5800 Angestellten der Straßenreinigung und Erwerbslosen erwiesen sich als unzulänglich.

In den Abendstunden sank das Thermometer wieder erheblich unter den Gefrierpunkt und Bürgersteige sowie Jagdbänne überzogen sich mit einer gefährlichen Eisschicht. Während sich im Fahrverkehr nur einige kleinere Unfälle ereigneten, wurden auf den städtischen Rettungsstellen etwa 20 Personen eingeliefert, die sich durch Stürze Knochenbrüche zugezogen hatten. Mehrere Verunglückte fanden in Krankenhäusern Aufnahme.

Durch einen Dummengängenstreich kam gestern die 16jährige Berufsschülerin Gertrud S. aus Schöneberg schwer zu Schaden. Die Schülerin fuhr mit ihrem Rade durch die Babelsberger Straße in Wilmersdorf, als mehrere junge Burischen das Mädchen mit Schnee bewarfen. Die Schülerin stürzte dabei von ihrem Fahrrad und schlug mit dem Kopf so unglücklich auf die Bordschwelle, daß sie erhebliche Verletzungen erlitt und ins Vertrauens-Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Schneeverwehungen in der Grenzmark.

Meeritz, 12. März.

Durch das starke Schneetreiben am Mittwoch sind in der mittleren Grenzmark erhebliche Verkehrsbehinderungen

eingetreten. Da auf den Landstraßen stellenweise Schneehöhe von 1½ Meter Höhe liegen, stößt jeder Fuhrwerks- und Kraftwagenverkehr. Auf allen Chaussees sind zahlreiche Kraftwagen im Schnee stecken geblieben und müssen ausgegraben werden. Der Eisenbahnverkehr konnte nur mit großer Mühe und durch dauerndes Freimachen der Strecken durch Schneepflüge aufrecht erhalten werden. Besonders stark verweht sind die Linien Meeritz — Landsberg a. d. W., Meeritz — Bierbaum und Meeritz — Topper. Wie aus Neu-Bentschen gemeldet wird, waren die Fernstraßen nach Polen in der letzten Nacht stark durch Schneehöhe zugedeckt. Durch sofortigen Einsatz von Schneeräumungsmannschaften und Schneepflügen konnten jedoch die Gleise geräumt werden, so daß sich der Fernverkehr nach Ostpreußen und Warschau bis auf einige Verspätungen reibungslos abwickeln konnte. Auch aus den Kreisen Birbaum und Reutemisch jenseits der Grenze werden starke Schneeverwehungen gemeldet.

Ein geisteschwacher Baumeister.

Ueber den Baumeister Dzielnyski in Frohnau, dessen Konkurs wir seinerzeit mitteilten, wurden in einem Zivilprozeß vor dem Landgericht III, Charlottenburg, Eröffnungen gemacht, die für die zahlreichen durch den Konkurs Geschädigten von Bedeutung sind. Die Privatklage selbst ist ohne Belang. Von Interesse ist nur der Schriftsatz des Vertreters Dzielnyskis, in dem dieser darauf hinweist, daß sein Klient nach der Untersuchung des behandelnden Arztes als „mit hoher Wahrscheinlichkeit geisteskrank“ angesehen werden müsse. Der Vertreter des Klägers bezweifelte die Möglichkeit, aus diesem unklar gehaltenen ärztlichen Urteilst rechtliche Folgerungen zu ziehen, und beantragte die Untersuchung des



26] Alles tut also Papendiek, was ein Spargelplantagenbesitzer zu tun hat, wenn Campagne ist. Sein großes Gesicht ist sogar ganz weiß von der Anstrengung des Buddelns, als er es jetzt zu Siegfried Schmitzer emporehbt. Schmitzer ist auf dem Wege zur Kreisstadt, er führt sein Rad, auf dessen Vorderteil ein vollgefüllter Sack befestigt ist. Er hat „Guten Tag!“ gesagt und will vorüber.

Aber Papendiek fragt ihn, wie es geht; ob er Geschäfte macht; der Geschäftsmann habe es gut; hingegen der Landwirt.

Nun, die Ernte lasse doch wohl nichts zu wünschen übrig? Papendieks Gesicht ist plötzlich feuerrot; eine brennende Scheibe. Ja, natürlich, ausgezeichnet, ausgezeichnet!

Schmitzer ist gutmütig und hat Freude daran, Freude zu machen. Das glaubt er zu tun, als er fragt, wie man den Spargel eigentlich erntet; es scheint ihm ersichtlich, daß Papendiek sich darüber aussprechen möchte.

Und Papendiek beginnt auch sofort. Aber er verhaspelt sich immerzu. Wohin ist sein schlüssiger Ratgeberstil geraten? Weitläufig und ungeschickt schildert er, wie man den Spargel ausgräbt, sticht, wäscht, verpackt. Es sei mühsam; es dauere lange. Jetzt arbeite er zum Beispiel schon eine Stunde und sei erst bei der vierten Furche.

Schmitzer hat gelangweilt die beiden Körbe betrachtet, die hinter Papendiek stehen. Sie waren verdeckt, aber der Wind vom Stubbenland hat die Sackleinwand abgehoben. Und Schmitzer sieht, daß sie leer sind.

„Haben Sie denn in der ganzen Stunde noch nichts stechen können?“ fragt er erstaunt, voll Verwundern über so viel vergebliche Arbeit.

„Nichts? Aber ich bitte Sie, diese beiden Körbe“ — „sind voll“, hat Papendiek wohl fagen wollen, hat sich umgewandt, um auf sie zu zeigen, und hat selbst gesehen, daß die Dedeln fehlen und ihre Leere enthüllen.

Es dauert sehr lange, bis er sich faßt. „Diese beiden beiden Körbe voll habe ich eben zum Waschen gebracht“, sagt er dann hastig. Und Schmitzer hört heraus, daß es nicht wahr

ist. Und begreift erschüttert, daß Friedrich Papendiek Theater spielt, seit drei Wochen Theater spielt. Im Sande buddelt, eifrig und sinnlos wie ein Hund. Spargelpfeifen sticht, die gar nicht da sind. Körbe mit Luft füllt, um der Bewegung des Bodens willen, die Korner und Nadelchen sehen sollen. Leere Wagen zur Bahn fährt. Spargelkampagne mimt. . . Indes sein Spargel nicht getrieben hat bisher, indes das falsche Dingen, das oberflächliche Pflügen, die Käferplage sich rächen. Papendiek führt dieses klägliche Schauspiel auf, der stolze Papendiek; und Schmitzer denkt: „Arme Lene. . .“

Zu lange geschwiegen hat Schmitzer, weil er erschüttert war; und Papendiek hat Verdacht geschöpft; seine Hände, die voll Sand sind, hängen, der Sand rieselt ab, die großen, hängenden Hände sehen traurig aus. Nun aber packt ihn der Mut der Verzweiflung.

Im Schullesebuch stand eine Geschichte von der heiligen Elisabeth, die ihr geiziger Mann nach dem Inhalt ihres verdeckten Korbes fragte; es waren Lebensmittel für die Armen darin; Elisabeth aber sagte: „Rosen.“ Es ist derselbe verzweifelte Mut, der Papendiek jetzt zu den Worten veranlaßt: „Ich kann Ihnen die Sache ja mal praktisch demonstrieren“, der ihn veranlaßt, sich wieder in den Sand einzubuddeln.

Der Mut der Verzweiflung: das ist der Glaube an das Wunder. Als jener Landgraf den Korb öffnete, lagen wirklich Rosen darin. Warum soll nicht in diesem, gerade in diesem Loch Spargel sein?

Papendiek buddelt, mit gemachter Vorsicht, um die imaginäre Pflanze nicht zu verlieren. Die innere Spannung treibt ihn Schweiß auf die Stirn; das wirre Grauhaar wird naß. Schmitzern wird fast übel, so ergreift ihn das Bild des alten Mannes, der Theater spielt.

„Manchmal“, sagt Papendiek jetzt, es ist, als risse jedes Wort eine Wunde in seine Kehle, „manchmal ist auch nichts an einer Pflanze. Sie treibt eben nicht, verstehen Sie? Die Landwirtschaft ist Glückssache, verstehen Sie? Hier zum Beispiel —“

Papendiek reißt plötzlich beide Hände aus der Grube heraus, als sei er gestochen worden. Sein Atem jagt. Etwas Rundes, Röhles ist zwischen seinen Fingern gemessen. „Hier zum Beispiel. . .“ Er legt die Finger sorgsam wieder in den Sand, schiebt vorsichtig eine Handvoll beiseite — eine winzige, weiße Kuppel zeigt sich auf winzig weicher Säule. . .

Papendiek steht auf. Langsam. Sein Atem wird tief und schwer. Er preßt die gefausteten Hände vor der Brust aneinander; sie zittern. Er sagt, und braucht einen langen Atemzug für das kurze Wort: „Spargel!“

Dann packt ihn der Wahnsinn des Wunders; der Freude. Alles vergißt er, das ganze Theater, Schmitzer, dem ers eben vorkam, die Spargelpfeife selbst vergißt er, läßt sie stehen. Er läuft auf sein Haus zu, sein Lauf taumelt. „Lene“, ruft er, schreit er, „Spargel! Lene, Leneken, Spargel, Spargelchen, hör doch, Lene. . .“

Lene tritt heraus. Zeigt so deutlich wie möglich, daß sie sich freut.

„Nun wird auch noch mehr kommen, Leneken! Nun wird alles noch kommen! Leneken, alles! Bloß stehen, stehen dürfen wir ihn nicht mehr. Müssen ihn treiben lassen, Kraft sammeln lassen, dürfen im nächsten Jahr erst stehen. Aber er ist da, lieber Gott, er ist da. . . da. . . lieber, lieber Gott!“

Den Weg hinunter entfernt sich Herr Schmitzer mit seinem Rade; Lene sieht ihn. Was er wohl zur Stadt fährt? Vielleicht kann sie ihm das auch liefern. Des Geldes wegen. . . vielleicht kann er überhaupt Geld besorgen. . . ?

Denn es kann also nicht gestochen werden. Denn es ist also an dem, daß ihr bißchen Mütterliches hin ist. Denn man wird also verhungern müssen, wenn nicht Schmitzer hilft.

Ihr Vater ist in das Spargelhaus gegangen. Seine Schritte taumeln noch immer; dumpf hallen sie von den leeren Wänden wider, dumpf und unrhythmisch; es ist das Echo Friedrich Papendieks und seines Glücks.

Der Sommer ist alt geworden und die Rot groß, ehe Lene Papendiek das fertig bringt: zu jemanden zu gehen und zu gestehen und Hilfe zu erbitten. Nun aber schreitet sie auf Schmitzers Pavillon zu; ihre Tritte sind fest und lassen Spuren im Sand. Je mehr ihr Schmitzers Behausung entgegenwächst aus dem trostlosen Kranze der Stubben, um so deutlicher sieht sie, wie verwaht alles ist. Die Bretter sind grün an den Kanten, verfault, vermorscht; die rote Dachpappe von einst ist ein lappig über die Simle hängender, schmieriger Hut geworden. Dies ist kein Pavillon mehr; dies ist eine Barade. Und die Tür schlägt hin und her in der eingefunkelten Schwelle, als sie anklopft.

Es vergeht eine Zeit, ehe Schmitzer öffnet; und er hat sie doch längst kommen sehen. Natürlich hat er nicht geglaubt, daß sie zu ihm will; Träume gehören nicht in die Sonne des Tages. Träume kommen nur nachts. Aber er hat doch versucht, dies und das richtig zu stellen in dem sechseckigen Raum, Ordnung zu machen sozusagen; es ist kläglich mißglückt. Das Wenige, was er tun kann, tut er falsch; sein Hirn, das seine Hände leiten soll, ist ein aufgestörter Ameisenhaufen; Lene stolpert darin herum und ahnt es nicht einmal. (Fortf. folgt.)

Beklagten Dialekt durch einen beamteten Arzt. Das Gericht wird hierüber beschließen und den Parteien ihren Beschlus zukommen lassen.

Der Hinkeldey-Stern.

In der Jungfernhelde stößt der Spaziergänger unweit des Forsthauses Königsdamm auf ein einfaches Steinkreuz. Dieses schlichte Mal erinnert an ein fast vergessenes Ereignis, das gerade jetzt 75 Jahre zurückliegt und aus mancherlei Gründen erwähnt zu werden verdient.

In den Jahren der Reaktion, nach dem Zusammenbruch der Bewegung von 1848, war allgewaltiger Polizeipräsident in Berlin ein Herr von Hinkeldey. Der Generalpolizeidirektor, so lautete der Titel damals, war, wie man sich denken kann, keineswegs beliebt. Er unterdrückte alle demokratischen Regungen auf das schärfste; er bildete keinerlei Vereine und Versammlungen, von denen er eine Bekämpfung des herrschenden Regimes fürchtete, kurzum, er war der typische Vertreter jenes für Preußen und Berlin so dunklen sechsten Jahrzehnts des vorigen Jahrhunderts. Dennoch sollte sein tragisches Ende ihm von Seiten gerade jener Sympathien einbringen, deren Feind der Lebende war. Hinkeldey war nicht so sehr innerlich reaktionär, er war im Kern seines Wesens bürokratischer Beamter. Der Polizeibehörde war nun bekannt geworden, daß im adligen Jockeyklub im Hotel „Du Nord“ unter den Linden Nacht für Nacht hoch gespielt würde. Junge Leutnants verloren in einer Stunde Gehalt und väterliche Zulage, und den adligen Gutsbesitzern rollten Vermögen unter den Händen weg. Hinkeldey griff ein, um dem Zustand ein Ende zu machen. Eines Nachts ließ er eine Sitzung der Hazerdeure durch die Polizeikräfte aufheben. Es kam zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Generalpolizeidirektor und dem 30jährigen Leutnant a. D. und Mitglied des Herrenhauses von Kochow-Wessow. Man sagte sich Beleidigungen, eine Forderung zum Duell auf Pistolen folgte. Herr von Hinkeldey, der im Pistolenfechten ungeübt und außerdem hochgradig kurzsichtig war, mußte gegenüber dem waffengewandten Leutnant der Unterlegene sein. Seine erste Pistole verfehlte, der Schuß aus der zweiten Pistole ging in die Luft, Kochow aber tötete mit einem ausgezeichneten Schuß den 50jährigen, der Vater von sieben Kindern war. Der Tod des Polizeigewaltigen erregte in der Berliner Bevölkerung ungeheures Aufsehen. Die Sympathien auch derjenigen, deren Feind Hinkeldey gewesen war, wandten sich dem Toten zu, der von einem Angehörigen der überheblichen Junkertafel über den Haufen gemalt war.

In der Tat, es handelte sich um ein Geschichts, das uns Menschen von 1931 geradezu unfahbar ist. Ein Polizeipräsident, der sich mit einem Junker auf Pistolen duelliert, das war nur möglich in einer Zeit reaktionärsten Kastendünkels.

Ein Griff und die Tasche.

Ueberfall an der Wohnungstür. — Der Täter verhaftet.

Eine Frau B., die in der Bogmestraße 18 wohnt, hatte auf der Sparkasse am Mühlenbom 800 M. abgehoben und das Geld in einer Aktentasche verwahrt. Als sie gerade die Tür ihrer Wohnung aufschließen wollte, kam in großen Schritten ein junger Bursche die Treppe heraufgesprungen und hielt der erschrockenen Frau eine Pistole entgegen. Er forderte sie auf, die Hände hoch zu heben, entriß ihr die Tasche mit dem Gelde und stürzte die Treppe hinunter. Die Beraubte eilte ihm unter lauten Hilferufen nach. Auf der Straße beteiligten sich Passanten an der Verfolgung, bis der Flüchtige einem Polizeibeamten in die Hände fiel und festgenommen wurde. Er wurde nach der Wache des 88. Reviers gebracht und dort festgesetzt als ein 24 Jahre alter Volontär Helmuth Urban, der in der Wallner-Theater-Straße wohnt. Die Tasche hatte er auf der Flucht fortgeworfen, sie wurde aufgehoben und der Beraubten zurückgegeben. Urban bestreitet den Ueberfall, ist aber überführbar und wird der Kriminalpolizei eingeliefert werden.

Ausstellung klassizistischer Baukunst.

Aus Anlaß des 150. Geburtstages von Karl Friedrich Schinkel wurde eine von dem Architekten- und Ingenieur-Verein zu Berlin veranstaltete Ausstellung klassizistischer Baukunst durch eine schlichte Feier im Bibliotheksaal des ehemaligen Kronprinzen-Palais eröffnet. Der Vorsitzende des Vereins, Professor Kühne, ergriff zuerst das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er u. a. ausführte, diese Feier sei der Auftakt zu einer Reihe von Veranstaltungen, mit denen der Verein das Andenken Schinkels ehren werde. Professor Kühne dankte der Verwaltung der Nationalgalerie für die Ueberlassung der schönen Räume, er dankte auch den Verwaltungen der Museen und Technischen Hochschulen von München, Karlsruhe, Düsseldorf, Wien, Dresden, Dessau, Stuttgart usw. für die Schätze, die sie der Ausstellung zur Verfügung gestellt hätten. Darauf gab Geheimrat Just, der Direktor der Nationalgalerie, eine kurze Beschreibung der Ausstellung, die sich in den sonstigen Sälen und Vordereingängen sowie im Treppenhause des Kronprinzen-Palais befindet. Hervorzuheben sind die Entwürfe von Weinbrenner in Karlsruhe und Klenze in München, sowie von den Berliner Meistern Langhans, Gilly und Genz. Parallel mit der Ausstellung wird das Schinkel-Museum neu eröffnet. Man gelangt zu ihm durch den Schwibbogen über die Oberwallstraße und findet dort neben Laufenden von Blättern, die über alle Perioden der Tätigkeit des Meisters Rechenschaft geben, zwei kleine Sonderausstellungen. Die eine enthält Entwürfe und Zeichnungen von Genz, dem Erbauer des Prinzessinnen-Palais. Die andere zeigt die Sammlung, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein Freund von Schinkel, der preussische Ministerialbeamte Beuth angelegt hatte.

Fahrende Leute im Schloß Schönholz.

Auf dem herrlichen Parkgelände von „Schloß Schönholz“ soll in den Wochen von Ende April bis Mitte Juni das „Fest der Berliner“ stattfinden, ganz im Volksfestcharakter bei billigem Eintritt und erstklassigen Verdiensten. Kühne Phantasien in dieser Richtung, gewiß; aber wer den unbesiegbaren Lebenswillen der deutschen Schauspieler, der „fahrenden“ Leute kennt, der begreift, daß sie vor keinen Hindernissen zurückschrecken; außerdem finden wieder diese hundert Anwesende und keine Erststufen ihr Brot. So sind für das „Fest der Berliner“ großartige Pläne geschmiedet. Erste Schauspielerfirmen von Ruf wie Siebold und Kupprecht haben in Verbindung mit dem Reichsverband ambulanter Gewerbetreibender die Gewerbe für die Durchführung übernommen. Schon jetzt wird in dem winterverschneiten alten Park fleißig gearbeitet: Die „größte Seilbahn der Welt“ wird aufgeführt, 180 Meter lang, 24 Meter hoch und 40 Meter breit. Rechts wird die Bahn von 18000 elektrische Hirnen eruchtet werden. Neben dieser Bahn wird eine Rastadenwasserbahn entstehen. Auf einem künstlich angelegten kleinen See sollen Wasserbootregatten stattfinden. Neben den verschiedensten Einzelunternehmungen werden bedeutende Schauspielerfirmen wie Böller-

Pech und Ungeschick

Ein Vormittag bei der Taschendiebe-Kammer in Moabit

Der Vorsitzende der Moabiter Abteilung, die sich mit Taschendieben, Zuhältern, Kupplerinnen und Glückspielern befaßt, ist ein Mann, der für menschliche Schwächen viel Verständnis hat. Den Angeklagten gegenüber ist er, einerlei, was sie auch verbrochen haben mögen, stets gleich freundlich, über heisse Situationen geht er mit einer witzigen Redewendung hinweg, seine Strafen sind milde. Nur das eine scheint bei diesem Vorsitzenden nicht ganz verständlich. Daß er sich nur ausnahmsweise für die Vergangenheit und die Entwicklung des Menschen interessiert, der vor ihm steht. Bei Taschendieben und Kupplerinnen, auch bei Glückspielern mag das nicht immer unbedingt erforderlich scheinen. Bei ganz jungen Menschen aber vermisst man es nicht selten, daß man nichts darüber zu hören bekommt, wie sie auf den Weg des Verbrechens geraten.

Dieser Tage standen vor der Kammer vier Taschendiebe. Nur in einem Falle erfuhr man etwas Näheres über den Angeklagten. Es war eine alte Taschendiebin. Eine Morphinkistin, aus gutem Hause, Töchter und Handelschülerin, in Moabit eine alte Bekannte. Ihr zur Seite saßen zwei Verteidiger, ihr gegenüber der Sachverständige. Der Vorsitzende behandelte sie wie ein rohes Ei, um sie in guter Stimmung zu erhalten. Anfangs wollte sie überhaupt nicht sprechen, dann sprach sie mehr als nötig, bezichtigte die Zeugen der Lüge und sprach selbst die Unwahrheit. Das Feld ihrer Tätigkeit ist die Untergrundbahn. In der Regel die Haltestelle Wittenbergplatz. Sie drängt sich an Damen heran, öffnet die Handtaschen und entwendet das Portemonnaie. In den beiden Fällen, die ihr diesmal zur Last gelegt wurden, hatte sie kein Glück. Der Arzt meinte, die Angeklagte befinde sich an der Grenze der Zurechnungsfähigkeit. Das Gericht verurteilte sie zu sechs Monaten Gefängnis.

Der zweite Angeklagte war ein 24jähriger, zehnmal vorbestraft, darunter auch wegen Zuhälterei. Er gab ohne weiteres zu, ins Warenhaus Tich gegangen zu sein, um sich Lebensmittel zu stehlen. Statt dessen verlor er dies aber an den Handtaschen zweier Damen. Er wurde verhaftet, leugnete die ihm zur Last gelegten Taschendiebstähle und nahm ohne weiteres die ihm zudiktierten sechs Monate Gefängnis an.

Der dritte Angeklagte, ein Tscheche, hatte Pech: er erlitt bei seinem Diebstahlsversuch einen Betriebsunfall. Seine letzte Strafe in Deutschland machte ein Jahr Zuchthaus. Am 16. Februar überschritt er bei Rottowitz die Grenze; wie er behauptet, um in Berlin

Arbeit zu suchen, und befand sich bereits am 19. Februar ohne einen Pfennig Geld in der Tasche nach Schluß der Vorstellung in der Garderobe der „Tribüne“. Im Augenblick, als er eine Handtasche öffnen wollte, wurde er von einer Kriminalbeamtin bemerkt, sprang während der Flucht über einen eisernen Zaun, stürzte hin und zerschchnitt sich an mehreren Fingern der rechten Hand die Sehnen. Seitdem sind die verletzten Finger steif. Mit der Taschendiebeskarriere ist es aus. Der Pechvogel erhielt ein Jahr sechs Monate Zuchthaus.

Als vierter wurde aus dem Lazarett ein schwindsüchtiger Russe vorgeführt. Weshalb er Russland verlassen hatte, erfuhr man nicht; wohl aber, daß seine Frau in Brüssel lebt und er im Januar mit 1000 belgischen Francs nach Deutschland gekommen ist. Einige Tage später tauchte er mit 4 Pfennig in der Tasche im Warenhaus Tich auf. Die Detektivin bemerkte, wie er sich an zwei Damen herannäherte, und verhaftete ihn. Er erhielt fünf Monate Gefängnis. Einmal war er bereits wegen Taschendiebstahls in Köln verurteilt worden.

Alle vier waren Stümper in ihrem Fach.

Das Märchen vom Ueberfall.

Am 12. Februar wurde der 18 Jahre alte Kassenbote Herbert S. aus der Wilhelmstraße zu Weichensee angeblich von mehreren jungen Burschen überfallen und beraubt. Er kam damals zur Polizei und zeigte an, daß er beim Entlasten von Geldern für die Installationsfirma, bei der er angestellt ist, ausgepöndelt worden sei. Ihm seien nicht nur 125 Mark Fremden-gelder, sondern auch sein Fahrrad und ein Rucksack mit Ersatzteilen geraubt worden. Das Rad und der Rucksack wurden später in einem Laubengelände an der Roedestrasse verstreut aufgefunden. Die Angaben, die der junge Kassenbote gemacht hatte, lichen Zweifel an der Wahrheit aufkommen. Gestern wurde er noch einmal ins Bebel genommen, und gab nun zu, daß er geschwindelt hatte. Ein Freund hatte es verstanden, ihm zu einem dummen Streich zu bereiten. Erst hat man sich an Würstchen und Bier gütlich getan, dann ging man in ein Kino. Der Freund hatte den Rest in „Verwahrung“ genommen und gab ihn nicht mehr heraus. So hatte der Bote selber von seiner Leichtgläubigkeit nichts und erfand nun das Märchen von einem Ueberfall.

schauen, Tierdressurakte u. a. sich ein Rendezvous geben. Große Massenfest der Berliner Bevölkerung gedenkt man hier zu veranstalten. Glückt dieser Versuch, so hofft der Verband, das Fest alljährlich wiederholen zu können.

Saalschlacht in Friedrichsfelde.

Acht Verletzte. — 82 Beteiligte festgenommen.

In einer Naziversammlung in der Schloßstraße in Friedrichsfelde kam es gestern abend zu einer schweren Schlägerei. Acht Personen erlitten im Handgemenge erhebliche Verletzungen und mußten zur nächsten Rettungsstelle gebracht werden. Von der Polizei wurde das Versammlungslokal geräumt und sämtliche Anwesende, über 80 Personen, zwangsgestellt. Die Festgenommenen wurden in das Polizeipräsidium gebracht. Bei der Waffendurchsicherung wurde ein Trommelrevolver, dessen Kammer mit sechs Schuß scharfer Munition geladen waren, beschlagnahmt.

Festnahme von 19 Kollidieben.

Angebetene Schlachthofbesucher.

Mit dem Anwesen der Kollidiebe auf dem Schlachthof und auf den Straßen ist gründlich aufgeräumt worden. Insgesamt wurden 19 Mann festgenommen und dem Richter vorgeführt.

Auf dem Schlachthof allein trieben sich drei Kolonnen herum, die erheblichen Schaden angerichtet haben. Die erste Kolonne, die aus vier Mann bestand, schlich sich in die Rühräume ein und stahl dort große Mengen Fleisch und Fleischwaren. Es sind das nicht etwa Leute, die aus Not zum Diebe geworden sind, sondern alte Bekannte der Polizei, die sich schon vor dem Kriege auf diesem Gebiet betätigt haben. Die zweite Gesellschaft, aus drei Mann zusammengesetzt, suchte ihre Beute aus den Eisenbahnwaggons, deren Plomben abgerissen wurden. Rindvieh, halbe Schweine und große Posten verarbeitete Fleischwaren wurden von diesen Dieben fortgeschleppt. „Spezialisten“ für

Schweine waren die sechs Mitglieder der dritten Kolonne, die auch auf den Eisenbahnen arbeiteten. Erst nach längeren Beobachtungen konnte die ganze Gesellschaft ermittelt und unschädlich gemacht werden. Die Hehler und Abnehmer des gestohlenen Fleisches waren zum Teil Baden-Schlächter, die jetzt auch zur Verantwortung gezogen werden. Ebenso werden die Chauffeurs der Autos belangt werden, die das Diebesgut von den Bahnhöfen und vom Schlachthof abgeholt haben.

Raubüberfall auf Konsumkasse.

Mit dem Revolver über 3000 Mark erbeutet.

Hamburg, 12. März.

Ein neuer Raubüberfall wurde am Donnerstagnachmittag in der Sparkasse des Konsum- und Sparvereins „Produktion“ in der Silberstraße verübt. Gegen 13 Uhr betrafen drei Männer das Geschäftslokal. Einer blieb an der Tür stehen und zog einen Revolver. Die beiden anderen zwangen die Angestellten zur Herausgabe der Geldschrankschlüssel, fesselten sie und raubten insgesamt 3148 Mark. Der Raub geschah zu einer Zeit, in welcher gewöhnlich Mittagsspanne gemacht und das Geschäftslokal für einige Stunden geschlossen wird. Die Täter sind entkommen. Es handelt sich um Burschen im Alter von 20 bis 29 Jahren.

Tragische Verwickelungen.

Sechs prügeln sich und wissen nicht warum.

Ein Brautpaar tauscht eines Abends im Haustor die letzten Zärtlichkeiten aus. Die Braut hält bereits ihren Türschlüssel in der Hand. Der Bräutigam bemerkt plötzlich, wie ein Mann aus dem Fenster der benachbarten Parierwohnung springt. Er glaubt, einen Eindrehen vor sich zu haben, springt auf ihn zu, bekommt ihn zu fassen, der Dieb wehrt sich, es entsteht eine Balgerei. Im nächsten Augenblick springt eine Frau aus dem Fenster und eilt dem Mann zu Hilfe. Die Braut, ihren Liebsten in Bedrängnis sehend, läuft mit erhobenem Hauschlüssel herbei und schlägt auf das feindliche Paar ein. Da öffnet sich die Haustür, ein Mann stürzt auf die sich prügeln Gruppe und nimmt gleichfalls Partei gegen das Brautpaar. Und wieder öffnet sich die Tür und wieder stürzt ein Mann heraus, jetzt sind es vier gegen zwei. Da erscheint ein Schupmann auf einem Fahrrad, sieht die sich prügeln Gruppe, steigt schleunigst von seinem Rade und versucht die wild aufeinander Dreinhauenden zu trennen. Das Brautpaar in Abwehrstellung gegen die Uebermacht glaubt vielleicht einem fünften Gegner gegenüberzustehen und verschont selbst den Schupo nicht. Schließlich werden die Brautleute übermächtig und zur Polizeiwache gebracht. Die Folge ist Klage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt.

In der Gerichtsverhandlung entwirrt sich der Knäuel der tragischen Mißverständnisse. Der Mann, der aus dem Fenster gesprungen, war durchaus kein Dieb, er hatte sein Motorrad vor dem Hause stehen lassen und entdeckte plötzlich, daß es verschwunden war. Da er bei seiner Schwester zu Besuch war, weder sie noch ein Hauschlüssel hatte, konnte er nicht durch die Tür ins Freie. Sein Schwager, der kurz vorher auf dem Wege zu seiner Wohnung das Motorrad draußen stehen sah, glaubte, es in Sicherheit bringen zu müssen und führte es in den Hof. Während er es dort unterstellte, bemerkte der Besitzer des Motorrades, daß es nicht mehr da war; also sprang er durchs Fenster, um dem Dieb nachzugehen.

Funkwinkel.

Unter dem Titel „Reportage vom Alltag“ sollte eine neue Vortragsreihe des Berliner Senders eröffnet werden. Aber die Eröffnung wird erst beim nächsten Mal richtig stattfinden. Diesmal klappte es damit nicht so ganz. Wie Alfred Braun erzählte, ist in den letzten Tagen das Mikrophon beständig auf der Jagd nach Charlie Chaplin gewesen. Wenn er auch selber nicht hineingesprochen hätte — seinem Grundgesetz getreu, für das Publikum stumm zu bleiben —, so wollte man doch unmittelbare Eindrücke von ihm den Funkhörern übermitteln. An diesem Abend vermute man ihn als Zuschauer im Deutschen Theater; und nur aus diesem Grunde war im letzten Augenblick die „Reportage vom Alltag“ hierher verlegt worden. Chaplin kam aber nicht und so gab Alfred Braun aus der Perspektive des Schmühdodens, auf dem er sein Mikrophon aufgestellt hatte, seine Reportage, die den wirtlichen Theateralltag allerdings nur flüchtig streift. Mehr zu geben war unter diesen Umständen auch gar nicht möglich. Es gelang der gewandten Plauderei wenigstens, einen kleinen Abschnitt des umfangreichen Begriffes „Theater“ aufzudecken. — „Dem germanischen Götterglauben“ dazwischen sehr gelehr Prof. Dr. Theodor Sieb. Jeder, der genau zuhörte, mußte innehalten sein, hinterher den Unterschied der germanischen Götter von den nordischen klar zu charakterisieren. Sonst schlummernde Schüleranmerkungen erwachten und blinzelten zeitfremd.

Husten Sie dann Reichels Hustentropfen

Flasche Mk. 0,70 u. 1,35, in Apotheken und Drogerien erhältlich, sonst durch OTTO REICHEL, Berlin 50, Eisenbahnstraße 4. Verlangen Sie kostenlos das reich illustrierte Buch „Guter Rat in gesunden und kranken Tagen“.

Heiratsschwindler im Kleinen.

Aus dem Leben eines früh Entgleisten.

Es gibt große Diebe und kleine Diebe; auch große und kleine Heiratsschwindler. Ob es der eine im Großen oder im Kleinen betreibt, hängt meist nur von dem „Milieu“ ab.

Es gibt Menschen, die sich zu Großem berufen fühlen; andere, die stets in den Tiefen des Lebens wandeln und nur im Kleinen sündigen. Straßengeh und Gerichte sind aber kaum imstande, das Maß der „Sühne“ gerecht abzuschätzen. Da stand neulich vor dem Schöffengericht Charlottenburg ein Heiratsschwindler, der es unter 2000 bis 3000 M. überhaupt nicht machte. Er erhielt drei Jahre Gefängnis. Wenige Tage später sah man einen anderen Heiratsschwindler vor demselben Gericht, einen von den Kleinen, der es selten über 10 M. brachte . . . und er bekam 2½ Jahre Gefängnis. Allerdings war er ein vielfach vorbestrafter Mensch, ein früh Entgleister, und die Anklage lautete auch auf Notzucht und Urkundenfälschung. Das Stehlen hatte er von seiner Mutter; als er aus der Fürsorge kam, ging er nach wie vor in ihren Fußtapfen. Dann folgte Strafe auf Strafe, das letztemal im Jahre 1927 wegen Diebstahls in neun Fällen und Betruges in zehn Fällen. Auch das waren Heiratsschwindeleien. Die Kerzte nannten ihn einen schweren Psychopathen, hin und wieder erklärten sie ihn auch für gestörten, mehrfach war er Gast in Irrenanstalten; sah er im Gefängnis, so war er der folgсамste Gefangene, der beste Arbeiter.

Diesmal umfaßte die Anklage 20 Fälle. Einige von diesen lagen weit zurück; sie stammten aus dem Jahre 1919. Alle anderen fielen in das Jahr 1930. Da traf z. B. der Angeklagte in einem

Lokal in der Martin-Luther-Straße die Hausangestellte S. „Sie sind die Richtige für mich!“ Das kostete das alternde Mädchen 30 M. Schwarz und 40 M. bar. Vier Monate später war es eine Hausangestellte aus Friedenau, auch nicht mehr ganz jung. Er spielte den Chauffeur des Grafen Pückler; die Kücheneinrichtung für die Ehe sei schon da, nur 76 M. fehlten zur Bezahlung. Er erhielt sie. Fast zu gleicher Zeit lernte er eine Witwe kennen; die hatte es besonders eilig. Sie nahm ihn bei sich auf; die Wohnungseinrichtung läge schon auf dem Speicher, nur das Geld zur Auslösung habe er nicht; eine Bagatelle — 83 M.

Ist der Angeklagte ein Psychopath, so wohl aus der Gruppe der Genialen, denn der Trick, den er in einer Reihe anderer Betrügereien anwendete, kann nicht anders als genial bezeichnet werden. Er legte seinen Opfern Sparkassenbücher vor, deren Summen eigentümlicherweise auf der letzten Stelle stets die Zahl 1 zeigte. Der Angeklagte hat nämlich bei verschiedenen Berliner Sparkassen den Betrag von 1 Reichsmark eingezahlt und vor der 1 stets andere Zahlen gesetzt. So legte er z. B. einer Hausangestellten das Sparkassenbüchlein auf 2041 Reichsmark vor. Sollte sie da ihrem Zukünftigen nicht 50 M. leihen? Einer anderen, diesmal war es zur Umwechslung wieder mal eine Witwe, übergab er zur Sicherheit sein Sparkassenbuch über 3041 M.

Der Angeklagte vergaß in der Gerichtsverhandlung viel Tränen, versprach, sich zu bessern, glaubte vielleicht selbst an seine Versprechungen, nicht aber glaubte an sie der Zuhörer. Es war eben ein endgültig verfahrenere Fall.

Der Bräutigam glaubte aber, gerade in ihm einen Einbrecher vermuten zu müssen und folgte ihm in Erfüllung seiner Bürgerpflicht. Der Schwager, der eben erst das Motorrad in Sicherheit gebracht hatte, sah durch das Fenster seiner Wohnung die Prügelei und eilte seiner Frau zu Hilfe. Der andere Schwager, der zwei Treppen höher wohnt, stürmte selbstverständlich gleichfalls herbei. Da erschien der Polizeibeamte auf der Bildfläche und der Knäuel der tragischen Mißverständnisse begann sich zu entwirren.

Das Urteil lautete auf 70 Mark für den Bräutigam und 40 Mark für die Braut.

Goldaten: Berlin.

Ausschnitt aus der Zeit preussischer Soldatensoldaterei.

Vor 150 Jahren waren die Soldaten in Berlin nicht bloß Soldaten, sondern Handwerker zugleich. Ein großer Teil der Truppen bestand aus „Ausländern“, d. h. aus Nichtpreußen; es war deshalb ein erhöhter Wachdienst eingerichtet, um den „Fremden“ das Desertieren zu erschweren.

So lautet ein Befehl vom 23. April 1780: „Einige Herren Offiziere und die meisten Unteroffiziere vom Regiment müssen sich durchaus abgewöhnen, wenn sie Züge „durch die Stadt“ führen, daß sie nicht soviel mit den Händen wehen. Die Herren Offiziere, die heute gewehet haben, möchten sich selbst korrigieren und ins Künftige sich bessern.“ Ein anderer Vermerk in den Parolebüchern legt auf folgendes Nachdruck: „Die Schildwachen sollen die Schilderhäuser nicht nach dem Winde drehen, sondern sie gerade stehen lassen. Der Kalfaktor soll allens an die Säune und Schilderhäuser abwachen, was darin gemalen ist, wonach die du Jour sehen sollen.“ Unter dem 4. April ist den Offizieren verboten, „auf den Wachen zu schießen, wenn Klage einläuft, kommt der Offizier 4 Wochen auf den weißen Saal“ (Arrestlokal). Oder: „Wenn Damens von Condition auf und einpaffieren, sollen sie dem Grafen Haak gemeldet werden.“ Ferner wurde verboten, daß die Wachen keine fremden Betteljuden hereinlassen sollen. Im März berichtet das Parolebuch: „Die Unteroffiziere auf den Wachen nebst den Gefreiten und Schildergästen müssen sehr genau acht haben auf die großen Frauenzimmer, damit sich kein Soldat verkleidet herauschleicht.“ Es war also damals für Damen von hohem Wuchs nicht leicht, im Schloße oder an den Berliner Toren unbehelligt aus- und einzugehen. Angeblich „zur Aufrechterhaltung der Disziplin“ bestand das standolöse Spiehruten- oder Gassenlaufen. Der Schuldige mußte mit entblößtem Rücken durch eine Gasse springen, gebildet von zwei Reihen Soldaten, deren Rutenhiebe auf ihn niederfausten. Besonders amüßant war dieses Treiben, da dabei unter Begleitung von Trommeln und Pfeifen das Lied gesungen wurde: „Warum bist du fortgelaufen, darum mußt du Gassenlaufen, darum bist du hier!“ So berichtet ein Parolebefehl vom 31. Januar 1781: „Morgen ist Exekution über den Grenadier Musta von dem Kaplaine 10. Kompagnie, weil er sich hat den Hals abschneiden wollen. Er läuft 16mal Spiehruten in zwei Tagen.“ Wahrscheinlich hat er auf diese Weise das Leben ausgetrieben bekommen. Ein Befehl vom 12. März belegt: „Die zwei Schildwachen, so gestern abend von 6 bis 7 vor Prinz Heinrich Palais gestanden, sollen in Arrest und morgen 6mal Gassenlaufen, weil sie statt vorn, hinten sich aufgehalten.“

Es scheint fast, als sei diese Zeit nicht der Vater des Soldatenlebens gewesen: „Soldatenleben heißt allweil lustig sein!“

Selbstmord im Büro.

In seinem Büro bei der Eisenbahngesellschaft Becker u. Co. in der Potsdamer Str. 28 verübte gestern der Dr. Egon Ziegler aus der Westfälischen Str. 30 Selbstmord durch Erschießen. Angestellte hörten im Zimmer Zieglers einen Schuß fallen, und als sie hinzueilten, fanden sie Z. mit einer Schläfenverletzung tot auf. Familienzwistigkeiten sollen der Grund zu dem Verzweiflungsschritt sein.

Allgemeine Wetterlage.



Auf der West- und Südseite einer ziemlich tiefen Depression über der mittleren Ostsee sind Luftmassen polaren Ursprungs nach Deutschland gestossen. Unter ihrem Einfluß war das Wetter im größten Teile Norddeutschlands unbeständig und windig. Vielfach kamen Schneeschauer vor, die im mittleren Norddeutschland zum Teil erheblich waren. Süddeutschland lag im Bereiche eines schwach ausgeprägten Hochdruckrückens und hatte daher im allgemeinen ziemlich ruhiges Wetter. Die Temperaturen lagen im Nordosten den ganzen Tag über etwas unter Null; im übrigen Reiche trat zeitweise leichtes Tauwetter ein. Das Tiefdruckgebiet bewegt sich nur sehr langsam unter allmählicher Verflachung nach Osten. Es dürfte daher zunächst noch Einfluß auf unser Wetter haben. Später dürfte noch kräftigem Druckanstieg Beruhigung des Wetters eintreten. Die am Donnerstagnachmittag westlich von Schottland neu aufgetretene Störung wird unter Wetter vorausichtlich noch nicht beeinflussen.

Wetterausichten für Berlin: Zunächst noch etwas unbeständig mit vereinzelt Schauern, später Beruhigung des Wetters; Temperaturen in den Mittagsstunden über Null, nordwestliche Winde. — Für Deutschland: Im Ostseegebiet sehr windig mit wiederholten Schneefällen, im übrigen Reiche allmähliche Besserung.



Der neue praktische Streusiebverschluss!

A 19/31 B



Stühle und Tische in endlosen Reihen...

Wirklich, es gäbe ein eindrucksvolles Bild, sähe man alle Stühle und Tische nebeneinandergereiht, die täglich mit Ata gereinigt werden. In vielen Millionen Haushaltungen wird Ata zum Reinigen all der vielen Holz-, Glas-, Stein- und Metallgegenstände gebraucht, die immer frisch und appetitlich sein sollen. Ata verkürzt jede Putz- und Scheuerarbeit durch eine flinke, große Reinigungskraft. Ata ist ganz fein gemahlen, schrammt und kratzt nicht.

Seine Güte und Ergiebigkeit sichert sparsamste Verwendung! Bei der Arbeit ist Ata sehr bequem durch die handliche Streuflosche. Unübertroffen im niedrigen Preis! Suchen Sie mal ein Putz- und Scheuermittel wie Ata, es wird bestimmt mehr kosten. Deshalb: Werden Sie Atafreundin — Sie werden es immer bleiben.

Henkel's Putz- und Scheuermittel

Nehmen Sie zum Aufwaschen, Spülen und Reinigen Henkel's

Um die Verständigung mit Polen.

Krisenzahlen vom Weichselland. — Wirtschaftsfrieden ist billiger als Wirtschaftskrieg

Polen hat den deutsch-polnischen Handelsvertrag mit großer Sejmmehrheit angenommen. Sicher haben auch die Streikwirkungen die polnische Parlamentsmehrheit für diesen Schritt so stark werden lassen. Die Annahme des Vertrages liegt aber auch in Deutschlands Interesse.

Die Zahl der Arbeitslosen erreichte Ende 1930 bereits 300 000, und Ende Februar 1931 wurden rund 360 000 Arbeitslose registriert. Der Beschäftigungsgrad sämtlicher Betriebe sank seit Ende 1928 von 89,3 Proz. bis Ende 1930 auf 76,9 Proz. Die Transporte in Waggonen zu je 15 Tonnen betragen 1929 durchschnittlich

im Jahre 1930 auffällig stark gegenüber 1929. Insgesamt sank bei fünf Artikeln, die etwa zwei Drittel der Gesamtausfuhr Polens nach Deutschland darstellen, die Ausfuhr von 213,7 auf 132,9 Millionen Mark, verminderte sich somit um 38 Proz.

Polens Außenhandel 1929 u. 1930

	1929	1930
Deutschland	27.30	27.04
Ver.Sta.N.-Amerika	12.47	12.34
Großbritannien	8.48	7.77
Tschechoslowakei	7.28	7.16
Frankreich	6.78	6.74
Oesterreich	5.87	5.70
Schweiz	3.23	3.25
Niederlande	3.65	3.52
Italien	2.57	2.44
Belgien	2.42	2.55

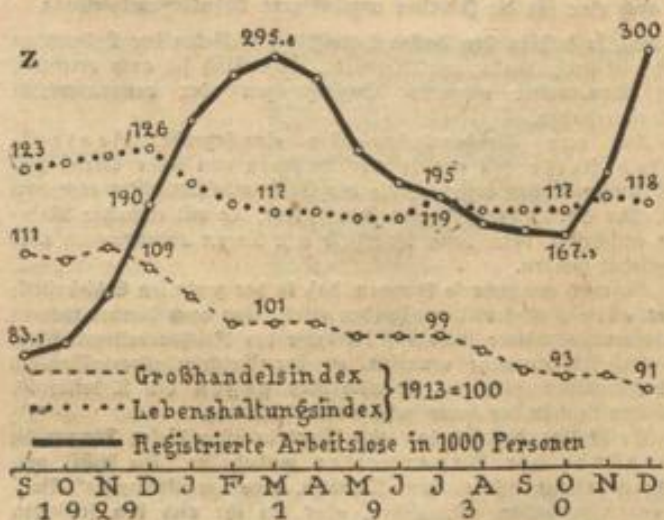
% Anteil an Polens Einfuhr

	1929	1930
Deutschland	31.30	25.61
Großbritannien	10.97	12.44
Tschechoslowakei	10.77	9.06
Oesterreich	11.08	9.04
Rußland	2.97	5.19
Dänemark	3.64	5.03
Schweden	3.45	4.74
Niederlande	2.65	3.60
Litauen	2.18	2.87
Frankreich	2.77	2.77

Auch die Ausfuhr Deutschlands nach Polen hat Einbußen erlitten, insbesondere bei der Ausfuhr von Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen.

Die Verbundenheit und das vielfach gleiche Schicksal der beiden Länder ermahnt gebieterisch, daß an Stelle des nutzlosen Kampfszustandes der normale Handelsverkehr zwischen Polen und Deutschland endlich wieder in Kraft tritt. Polen hat jetzt den ersten Schritt getan. Der Deutsche Reichstag muß bald den zweiten tun. Wirtschaftsfrieden ist billiger als Wirtschaftskrieg.

Die Wirtschaftslage in Polen



lich 17 990, 1930: 14 024 und im Januar 1931 nur 12 451 pro Tag. Die Kohlenförderung 1929 betrug 46,2, im Jahre 1930 aber nur 37,4 Millionen Tonnen; an Roheisen wurden 1929 noch 704 000, 1930 aber nur etwa 480 000 Tonnen gewonnen.

Daß Polens Außenhandel 1930 trotzdem aktiver war als 1929, ist wie in Deutschland nur auf eine Einschränkung der Einfuhr (um rund 800 Millionen Zloty oder 28 Proz.) zurückzuführen. Im Januar 1931 betrug die Einfuhr nur 153,4 Millionen Zloty gegen 216,7 Millionen Zloty im Januar 1930, die Ausfuhr ist in derselben Zeit noch stärker zurückgegangen 218,6 auf 152,5 Millionen Zloty. Trotz des Zollkrieges spielt Deutschland im Außenhandel Polens nach wie vor die hervorragende Rolle. Allerdings sank der Anteil Deutschlands bei der Ausfuhr Polens

Das Werk der Konsumvereine.

Ein Enqueteband von über 200 Seiten. — Viel Licht und kein Schatten.

Deutschland hat seit dem Ende der Inflation manche gute Aufbaubarbeit, aber auch viel wirtschaftliches Unheil erlebt. Das Lob der freien kapitalistischen Wirtschaft wurde in allen Tonarten gefungen, von der durch Selbsthilfe organisierten Wirtschaft der Verbraucher hat man geschwiegen oder aber mit hoch und richterlichen und gelehrlichen Schikanen verfolgt, obwohl sie allein bestimmt kein Verjäger war. Die volkswirtschaftliche Aufbaubarbeit der Konsumvereine wird jetzt durch eine Veröffentlichung des Enqueteausschusses unter öffentlicher Beleuchtung gestellt. („Konsumvereine“, 8. Band der Arbeitsgruppe Handel des Unterausschusses für Gewerbe, Verlag E. S. Mittler u. Sohn, Berlin, 1931, 730 S.)

Konsumvereine mischten das Geschäftsgeheimnis.

Der Untersuchung des Enqueteausschusses wurden 21 Konsumvereine und deren Entwicklung bis zum Jahre 1928 unterstellt, und zwar fünfzehn Vereine des Hamburger Zentralverbandes und sechs Vereine des christlichen Kölner Verbandes. Fast überwiegend für jeden, der die Geheimnerei in der Privatwirtschaft kennt, ist die rückwärtslose Offenheit, mit der die vernommenen Sachverständigen aus der Konsumvereinsbewegung das sogenannte Geschäftsgeheimnis auf allen Gebieten der Verrechnung preisgegeben haben. Dieser Wille zur unbeschränkten Publizität wird in der Veröffentlichung mit den Worten anerkannt, daß die Materialien in einem Umfang zur Verfügung gestellt wurden, „wie man sie von Seiten des privaten Handels wohl kaum jemals wird erwarten können“.

Der Aufschwung der konjunktionsgesellschaftlichen Bewegung

war in der Nachkriegszeit enorm. Gegen 1913 haben sämtliche untersuchten Vereine ihren Geschäftskreis stark erweitert; die Zahl der beschäftigten Personen ist zwischen 41 und 320 Proz., die Zahl der Mitglieder (mit zwei Ausnahmen) zwischen 19 und 289 Proz., die Zahl der Verteilungsstellen zwischen 15 und 300 Proz. gestiegen.

Die Konsumvereine zahlen die höchsten Löhne.

Das Personal der Konsumvereine wird heute planmäßiger ausgewählt, besser geschult (Ausbildungs- und Sondertur über Warenkunde, Lagerung, Warenbehandlung, Vorkauf, Dekoration, Betriebslehre, Genossenschaftswesen) und wird auch zumeist nach Sondertarifen bezahlt. Erhebliche Sonderleistungen sozialer Art verbessern die Entlohnung (Verheiratenzulage, bezahlte Krankheitsstage, Pensionszuschüsse, Ferien, freie Werttage, Um-

schulprovisionen, Gratifikationen). Der Zentralverband deutscher Konsumvereine steigert durch eine Pensionszuschüsse die Pensionen der Sozialversicherung auf 70 bis 80 Proz. des Arbeitseinkommens. „Durchweg sollen die Tarifhöhe der Konsumvereine 10 bis 15 Proz. über denen des privaten Einzelhandels liegen oder durch Sonderleistungen über letztere hinausgehoben werden“, so faßt der Bericht auf Seite 22 sein Urteil zusammen.

Von den leitenden Angestellten wird gesagt, daß deren Bezüge nirgend an die Profiteure- und Direktorengelöhler im privaten Einzelhandel herantreiben.

80 bis 94 Proz. der Mitglieder sind Arbeiterfamilien.

Die starke Zunahme des Mitgliederbestandes ist nach wie vor in der wachsenden Erfassung der Arbeiterschaft begründet. 80 bis 94 Proz. waren im Durchschnitt der untersuchten Vereine Arbeiter und Angestellte. Gegen die Vorkriegszeit geben die Mitglieder besonders der großstädtischen Vereine einen um 30 bis 120 Proz. größeren Teil ihres Einkommens in den Konsumvereinen aus. „Die aktivsten Käufer sind meistens die Arbeiter“ (S. 28). Die Gesamtumsätze der untersuchten Vereine waren 1927/28 mit einer Ausnahme um 27 bis 314 Proz. gestiegen, bei den beiden größten Vereinen um 226 bzw. 177 Proz.

Während der Umsatz je Mitglied in der Vorkriegszeit zwischen 181 und 515 M. schwankte, stieg die Relation in der Nachkriegszeit auf 140 bzw. 763 M.

Die Mitglieder verlangen bessere Waren und schönere Läden.

Interessant sind einige Bemerkungen, die über die Käufer und das Verteilungssystem gemacht werden. Die Vermehrung der Verteilungsstellen liegt nach dem Bericht in dem Wachstum der Vereine und in der Bequemlichkeit der Mitglieder begründet. Auf die Ausstattung der Läden mußte immer größerer Wert gelegt werden. Umsatzverluste sollen bei der Eröffnung neuer Verkaufsstellen für die benachbarten Verteilungsstellen nur vorübergehend auftreten.

Der Mindestumsatz einer Verteilungsstelle muß nach Ansicht eines größeren Konsumvereins mindestens 70 000 M. jährlich, nach Aussage eines mittleren Konsumvereins 72 000 bis 96 000 M. betragen. Das Netz der Verteilungsstellen der untersuchten Vereine hatte einen Radius von 12 bis 43 Kilometer, bei einem ostdeutschen Konsumverein sogar von 155 Kilometer. Ein

Umsahoptimum in dem Sinne, daß die Verteilungsstellen voll ausgenutzt sind, ist bei den Konsumvereinen noch nicht erreicht; die Verkaufsstellen sind größer angelegt, als dem jeweiligen Bedarf entspricht.

Lebensmittel immer noch 70 bis 90 Proz. des Gesamtumsatzes.

Der Kreis der verkauften Waren hat sich gegen die Vorkriegszeit sehr stark erweitert. In den größeren Konsumvereinen werden etwa 700 bis 800 Artikel geführt, in einem Falle sogar über 900. Besonders bedeutungsvoll ist die Erzeugung und der Verkauf von Fleisch- und Wurstwaren aus eigenen Schlachtungen geworden. Auf Lebensmittel kommen aber überall immer noch mehr als 70 Proz., bei einzelnen der untersuchten Vereine sogar noch 90 Proz. des Gesamtumsatzes.

Einhellig ist das Urteil darüber, daß bessere Ladenausstattungen vielfach zu beträchtlichen Umsatzsteigerungen führten.

Einkäufer und Lagerhalter haben es bei der Wareneindeckung nicht leicht. Auf der einen Seite erzwingen die erhöhten Ansprüche der Mitglieder die Bereitstellung besserer und besserer Waren, andererseits zwingt der Wechsel der Konjunktur auch zur Bereithaltung geringerer Qualitäten. Auch für die Aufmachung und Verpackung der Waren müssen heute erheblich größere Aufwendungen als in der Vorkriegszeit gemacht werden. Bemerkenswert ist, daß 50 bis 90 Proz. der Waren abgepackt zum Verkauf bereitgelegt werden.

Die privaten Markenartikel fast ganz zurückgedrängt.

Bei den Vereinen des Hamburger Zentralverbandes sind die fremden Markenartikel bis auf einige wenige Spezialerzeugnisse durch eigene Marken heute ausgeschaltet. Auf fremde Markenartikel kommen beim Zentralverband höchstens nur noch 1 bis 2 Proz. des Umsatzes, während die eigenen Marken der GGG. bis zu 40 Proz. des Umsatzes der Vereine erreichen. In der Frage der Markenartikel ist der Enquetebericht merkwürdig zurückhaltend. Daß die Konsumvereine durch ihren Kampf gegen die fremden Markenartikel ihre Mitglieder auch gegen ungerechtfertigte Ausbeutung schützen wollten, wird verschwiegen.

Die Eigenproduktion der Konsumvereine hat immer größere Bedeutung gewonnen. Gegenüber 18 bis 38 Proz. in der Vorkriegszeit kommen heute bei mehreren großen Konsumvereinen 21 bis 62 Proz. des Umsatzes auf Eigenfabrikate. Der bei der Zentralorganisation — für Hamburg bei der GGG. — durchgeführte Einkauf der Vereine hat eine Steigerung bis zu 80 Proz. des Vereinsumsatzes erfahren.

Lohnlücke und Sonntagsbraten bestimmen die Umsatzstärke.

In den letzten Tagen der Woche wird bei den Vereinen am stärksten eingekauft. Der größte der untersuchten Vereine hat in den ersten vier Wochentagen nur 50 Proz., in den Schlächterläden sogar nur 33 Proz. des Umsatzes. An den einzelnen Tagen sind die Nachmittags- und Abendstunden, in denen die Hausfrauen weniger besetzt sind, die Zeit des stärksten Andrangs.

Gegen 1913 sind die Kosten für Löhne, Gehälter, Steuern und Transportmittel am stärksten gestiegen. Durch das Nachtbrotverbot wurde die Umstellung vom Pferde- auf den Autobetrieb geradezu erzwungen.

Und wie wird kalkuliert?

In der Mehrzahl der Fälle werden die Preise auf Grund von durchschnittlichen Unkosten festgelegt. Die durchschnittlichen Bruttoumschläge bewegen sich — bei Unkosten von 15 bis 18 Proz. — zwischen 17,5 und 28,1 Proz. Da sie bei den Konsumvereinen auf billigere Einkaufspreise gerechnet werden, ergibt sich auch eine günstigere Preisstellung für die Käufer als im privaten Einzelhandel, wo nach dem Bericht 20 bis 25 Proz. aufgeschlagen werden. Bei Konkurrenzartikeln wie Zucker, Eier, Schmalz, Butter usw. sind nur geringere Aufschläge möglich. Bei Zucker wird mit 1½ bis 12 Proz., bei Butter mit 5 bis 15 Proz., bei Schmalz mit 8 bis 15 Proz., bei Eiern mit 12 bis 15 Proz. in den einzelnen Vereinen kalkuliert.

An dem Prinzip der Barzahlung wird nach wie vor ebenso festgehalten wie an dem Prinzip, nur an Mitglieder zu verkaufen. Das Regional wird in dieser Richtung streng kontrolliert, Verstöße dagegen führen zur Entlassung. Das hindert freilich nicht — im Bericht steht das nicht —, daß Propagandare immer wieder, um die Konsumvereine zu schädigen, auch den Verkauf an Nichtmitglieder unter Beweis zu stellen versuchen.

Der Bericht des Enqueteausschusses über die Konsumvereine ist peinlich und fast zu peinlich bemüht, objektiv sein zu wollen. Er geht an der sachlichen Feststellung darüber, ob Konsumvereine oder Privathandel bei der Preisbildung bestimmend sind, ebenso aus dem Wege wie einem sachlichen Urteil in der Frage der Markenartikel. Er äußert sich auch in gar keiner Weise über die volkswirtschaftliche Funktion der Konsumvereine, obwohl das für einen Ausschuss, der den Wandel in den Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft zu untersuchen hat, wahrlich geboten gewesen wäre. In Dingen vernünftiger Wirtschaftspolitik, zu der auch der Enqueteausschuss beizutragen hat, kann es im Ernst keine Neutralität geben. In diesem Sinne ist auch die Veröffentlichung über die Konsumvereine ein neuer Beweis für den mangelnden Betonen der Enqueteausschusses. In den sachlichen Feststellungen aber wird in keinem Punkte gegen die fruchtbare Arbeit der Konsumvereine ein Einwand erhoben. Das reicht, um die organisierte Arbeiterschaft über die Arbeit der Konsumvereine, die Selbsthilfe und Waffe im Kampf ums Dasein und für eine bessere Zukunft zugleich sind, von neuem mit Stolz zu erfüllen.

Dividendenstarke Konzerne.

Maschinenfabrik Wolf-Budau zahlt wieder 10 Prozent.

Der größte mitteldeutsche Maschinenkonzern, die Wolf-Budau-W.G. in Magdeburg wird für 1930 wieder die Dividende der vorhergehenden Konjunkturlahre in Höhe von 10 Proz. auszahlen. Obwohl der Umsatz sich um 13 Proz. verringert hat, sind die Gewinne des Unternehmens noch gestiegen. So wird bei einer Heraufsetzung der Abschreibungen von 1,11 auf

Kaffee Hag morgens, Kaffee Hag spät abends Mokka Hag nach Tisch — Hag bekommt immer

Jetzt nur noch RM 1.62 das große Paket, 81 Pfg. das kleine Paket, RM 1.71 die Vakuumdose

1,13 Millionen ein Reingewinn von 1,44 gegen 1,45 Mill. Markt ausgewiesen. Einschließlich seiner Abschreibungen hat also der Konzern in dem Krisenjahr 1930 rund 20 Proz. seines Aktienkapitals verdient.

Wie bei den Abschüssen der großen Berliner Metallkonzerne schält sich bei den Bilanzveröffentlichungen der Maschinenfabriken im Reich — wie erinnern nur an Schubert und Salzer in Chemnitz und die M.N. in Nürnberg — immer deutlicher die Tatsache heraus, die Umfacherhältnisse in der Krise von den Maschinenbauunternehmungen weitgehend durch Rationalisierungsgewinne in der Form von Mehrleistungen der Belegschaft und sinkender Herstellungskosten ausgeglichen wurden. Den Metallarbeitern aber, deren Beschäftigungsgrad einen Rekordstand seit Kriegsende aufwies, haben die Unternehmer in Berlin wie im Reich als Belohnung für ihre Mehrleistungen die Tariflöhne gekürzt, nachdem seit Anfang vorigen Jahres bereits die Akkordlöhne in weitestgehendem Maße abgebaut worden waren.

Die Massentaufkraft versagt.

Auch billige Schuhpreise helfen nichts.

Der Beschäftigungsgrad der Schuhindustrie ist nach dem letzten Wochenbericht des Konjunkturinstituts noch außerordentlich niedrig, obwohl sich im Januar eine leichte saisonmäßige Belebung um 5 Proz. durchsetzte. Im Durchschnitt wird die Leistungsfähigkeit der Betriebe nur zu rund 50 Proz. ausgenutzt.

An diesem unerfreulichen Zustand hat auch der kräftige Preisabbau im Groß- und Kleinhandel nichts geändert, obwohl er gegenüber 1930 zu einer Verbilligung für Leder- und Schuhwerk von 10 Proz. und darüber geführt hat. Die von den beiden zugehenden Lohnabbau und neue Massenbelastungen zusammengepreßte Kaufkraft der werttätigen Massen hat jedoch derart gelitten, daß von einer Steigerung des Konsums infolge der Preisentkung nicht die Rede sein kann. Im vergangenen Jahr schätzte das Konjunkturinstitut den Schuhverbrauch um 12 Proz. niedriger ein als im Jahr 1927. Damit wäre also der Schuhverbrauch im letzten Jahr auf 75,7 gegen 86 Millionen Paar im Jahre 1927 gesunken, so daß auf den Kopf der Bevölkerung nur noch 1,18 Paar (1927 noch 1,30 Paar je Kopf) entfallen. Diese traurige Bilanz zeigt klar, daß die Absatzkrise in den Konsumindustrien durch die Drofflung der Massentaufkraft verewigt wird.

Die Einfuhr von Schuhen hat im Zusammenhang mit dem niedrigen Preisstand in Deutschland im Januar weiter nachgelassen und erreichte mit 30 000 Paar nur noch ein Siebentel der Einfuhr vom Januar 1928. Die Ausfuhr hat sich trotz leichten saisonmäßigen Rückganges Ende 1930 noch auf ihrem allgemein hohen Stand gehalten und liegt noch um rund 3,4 Proz. über den Zahlen von Januar 1930.

Hochofenproduktion noch gesunken.

Die Roheisenerzeugung im Februar.

Nach den Mittellungen der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ stellte sich die Roheisenerzeugung an 28 Arbeitstagen im Februar auf 320 176 gegen 603 104 Tonnen im Januar an 31 Tagen. Die durchschnittliche arbeitstechnische Leistung ist damit in den Hochofenbetrieben weiterhin um 4,5 Proz. von 19 455 auf 18 578 Tonnen gesunken. Die im Januar gegenüber dem Dezember festgestellte Stabilität der Roheisenerzeugung hat also im Berichtsmonat einem weiteren Rückschlag Platz gemacht. Die Feuertiegelproduktion entspricht nur noch 5,4 Proz. der Roheisenerzeugung im Februar vorigen Jahres.

Auch Kohlenproduktion bleibt schlecht.

In der ersten Märzwoche ist die Förderung der Ruhrkohlenzechen auf 1,70 gegen 1,74 Millionen Tonnen in der Vorwoche gesunken. Desgleichen hat sich die arbeitstägliche Förderung von 290 486 auf 284 218 Tonnen verringert. Auch die Entwicklung der Kokszerzeugung war weiter rückläufig. Die auf den Häfen vorhandenen Bestände haben gleichfalls nicht nur keinen Abbau erfahren, sondern sich sogar noch ein wenig von 9,91 auf 9,93 Millionen Tonnen erhöht. Die Zahl der eingelegten Feiertage ist in der ersten Märzwoche allerdings von 280 160 auf 250 254 gesunken, was einem arbeitstäglichen Rückgang der eingelegten Feiertage von 48 195 auf 41 709 entspricht.

20 Proz. Umsatzrückgang der Deutschen Telephon- und Kabelindustrie. Das am 30. September abgeschlossene Betriebsjahr 1929/30 brachte dem Unternehmen nach günstigem Beginn in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres einen starken Umsatzrückgang von 20 Proz. Das Telephonwerk war allerdings infolge höherer Ablieferungen von Apparaten an die Reichspost gut beschäftigt, dagegen sank der Absatz an Fernsprecheinrichtungen erheblich. Im Privatgeschäft verstärkte sich infolge zunehmender Abschlechterungen die Konkurrenz erheblich. Daß die Preisabbaubestrebungen der Reichspost von Erfolg begleitet waren, beweist der Hinweis im Geschäftsbericht, daß die ab Juli vorigen Jahres von der Post vergebenen Notstandsauflagen zu niedrigeren Preisen geliefert werden mußten. — Im Kabelwerk war bei Starkstrom wie auch bei Schwachstromfabeln der Umsatz stark gedrosselt, auch entstanden durch den Preissturz auf den Metallmärkten erhebliche Verluste. Eine Dividende wird, wie schon in den vorhergehenden Jahren, nicht verteilt. Der Reingewinn ist mit rund 43 000 gegen 25 300 Mark im Vorjahr ausgewiesen. Im Laufe des neuen Geschäftsjahres haben sich Auftragseingang und Umsatz weiter verschlechtert.

Getriebsmäßig im Reichstag. Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats haben am Mittwoch die Zollvorlage der Regierung und in Verbindung damit die Reichstagsbeschlüsse zum Protokoll und über die Getriebsmäßigkeit in erster Lesung beraten. Die endgültige Entscheidung der Ausschüsse fällt in einer zweiten Sitzung am Freitagnachmittag. Die Plenarsitzung des Reichstags, die am Donnerstag die Zollvorlage verabschieden sollte, ist auf Freitagabend verlegt worden.

Die Lohndruckkampagne.

Wie weit die Bauunternehmer sie treiben wollen.

Die deutschen Bauunternehmer wollen im Lohnabbau einen Riesenrekord aufstellen. Belegen wir das kurz im einzelnen.

Im Berliner Baugewerbe möchte man den Stundenlohn um 21 Proz. herabsenken und außerdem durch Einfügen einer dritten Lohngruppe die Löhne noch mehr herabdrücken. Geradezu grotesk sind die Lohnabbauanträge der Unternehmer im Rheinland. Sie wollen in den Großstadtgebieten Düsseldorf und Köln eine Herabsetzung der Facharbeiterlöhne um 38 Pf. je Stunde, eine Lohnsenkung um 28,15 Proz. Den Hilfsarbeitern will man sogar 31,15 Proz. Lohnabbau ausdrücken.

Im Wuppertalgebiet und im linksrheinischen Gebiet Krefeld- Gladbach sollen die Stundenlöhne sogar um 41 Pf. gekürzt werden, eine

Lohnkürzung um ein Drittel.

In den Lohngebieten Koblenz und Trier würde sich der Facharbeiterlohn nach den Anträgen der Unternehmer um 49 Proz. verringern, das ist um 37,7 Proz.

Im Bezirk Freistaat Sachsen will man alle Löhne auf den Stand vom 1. Juni 1925 zurückschrauben; Lohnabbau um 35 bis 37 Pf. je Stunde. Im Unterweser-Ems-Gebiet verlangt man die Kürzung der Spitzenlöhne um 22 bis 25 Pf., im Gebiet Provinz Sachsen-Anhalt eine erheblich verschlechterte Lohnklasseneinteilung und außerdem eine starke Lohnkürzung. In der Lohngruppe Magdeburg sollen die Facharbeiterlöhne von 131 auf 90 Pf. herabgedrückt werden. Der niedrigste Facharbeiterlohn in der Provinz würde dann noch 62 Pf. betragen. Die Löhne der Tiefbauarbeiter sollen sich zwischen 51 und 70 Pf. je Stunde bewegen.

Ein wenig „bescheidener“ treten die Unternehmer in Nordwestdeutschland auf. Der Spitzenlohn soll auf den Stand vom 1. Januar 1927 zurück, wonach der Lohnabbau „nur“ 16,7 Proz. betragen würde. Im Lohngebiet Grenzmark verlangt man 22 bis 25 Proz. Lohnkürzung. Außerdem will man durch eine verschlechterte Lohnklasseneinteilung die Löhne noch besonders herabdrücken, so daß sie in den davon betroffenen Orten um 32 bis 33 Proz. verringert würden.

Im Reiche der Schwerindustrie, in Westfalen, soll der Maurer-Spitzenlohn von 130 auf 95 Pf. herabgesetzt werden, nach Lohnabzügen zwischen 35 und 49 Pf. je Stunde. In Pommern: 25 Proz. Lohnabbau. Der Spitzenlohn der Maurer soll nur noch 90 Pf. betragen. In der niedrigsten Klasse erhielten dann die Maurer und Zimmerer nur noch 67 Pf. Stundenlohn. Und so geht das weiter in allen übrigen Lohnbezirken.

Diese Lohnabbauanträge der Unternehmer kann man, auf eine kurze Formel gebracht, nur als Unternehmervollstreckungsbegehren. Selbstverständlich sind die Verhandlungen überall gescheitert. Nirgends konnten sich auch die Parteien über die Personen der unparteiischen Vorsitzenden in den Bezirksarbiträrämtern einigen, die nimmehr in Tätigkeit treten müssen und einen Spruch fällen sollen. Allem Anschein nach ist von der Unternehmerzentrale die Parole ausgegeben worden, alle Vorsitzenden, die früher in Bezirksarbiträrämtern amtiert haben, abzulehnen und sich auch auf eine andere Person nicht zu einigen. Die Unternehmer bauen stark auf das Reichsarbeitsministerium, das soll ihnen willige Schlichter stellen. Der Plan ist durchsichtig. Was wissen solche neugeordneten Tarifämtern vornehmenden über die besondere wirtschaftliche und soziale Lage der Bauarbeiter! Der Bauarbeiterlohn ist im Jahresergebnis äußerst niedrig. Die deutschen Bauarbeiter waren im vorigen Jahre auch bei „besten“ Bautätigkeit „nur“ zu rund 40 Proz. arbeitslos, und auch dies nur für eine ganz kurze Zeitspanne.

Jetzt sind 75 Proz. aller deutschen Bauarbeiter arbeitslos.

Sie stehen also zu drei Vierteln im unfreiwilligen Generalstreik. Die Bitterung und die jämmerliche Lage auf dem Bauplatz lassen auch nicht zu, daß sich dieses Prozentverhältnis in nächster Zeit ändern könnte.

Es ist ferner damit zu rechnen, daß sich im Baujahr 1931 die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter nie unter 50 Proz. bewegen wird. Das muß diesen unparteiischen Schlichtern erst alles gesagt werden; denn sie sind nur mangelhaft über das Elend der Bauarbeiter unterrichtet, und wir wissen leider, daß dann manche Schlichter gern bereit sind, gegenüber solchen, wenn auch dokumentarisch belegten Angaben ungläubig die Köpfe zu zucken und schließlich zu einem ungerathenen Schiedsspruch zu kommen. Und wenn man ihnen sagen wird, daß der Bauarbeiter einen viel höheren persönlichen Aufwand für Nahrung, Kleidung und Anmarschkosten zur Arbeitsstelle als andere Arbeiter hat, daß die Arbeitsstelle immer wieder wechselt, da die Bauarbeiter nie auf Arbeit an der gleichen Stelle rechnen können, was wiederum mit Unkosten verknüpft ist und wobei vor allen Dingen vielfach ein doppelter Haushalt geführt werden muß, wenn man ihnen sagt, daß sie wegen ungünstiger Bitterung oft aussehen müssen, dann werden sie auch hierüber vielfach mit den Köpfen schütteln. Und solche Schlichter möchten die Bauunternehmer haben! Sie möchten sie mit den Tiraden ihrer Synagoge überempeln und einen möglichst starken Lohnabbau zugunsten der Unternehmer herbeizuführen trachten.

Trotz des ungeheuren Arbeitslosenelends der Bauarbeiter, das schon monatelang, bei vielen Bauarbeitern jahrelang andauert, treten die Bauunternehmer mit solchen verrückten Lohnabbauforderungen auf. Die Bauarbeiter sollen nicht nur hungern während der Arbeitslosigkeit, sondern auch noch dann, wenn sie das „Glück“ haben, für eine kurze Zeitspanne Arbeit zu finden. Es kommt hinzu, daß der durch die Schaffung niedrigerer Löhne erzielte Profit restlos in die Taschen der Unternehmer verschwinden würde.

Die Frühjahrsbauten sind abgeschlossen.

Die Preise sind festgelegt. Kein Mensch wird so einfältig sein, anzunehmen, falls es nach den Forderungen der Bauunternehmer ginge, daß diese dann nachträglich die Baukosten senken würden. Die

Bauunternehmer wollen bei schlechter Bautätigkeit genau so viel verdienen wie in guten Geschäftsjahren. Machtvoller und habgierdiktieren ihnen die Handlungen. Dinge es nach dem Willen der Unternehmer und würden die Löhne im Baugewerbe derart herabgesetzt, so glaube keiner, daß dann auch nur ein Stein mehr vermauert würde, oder auch nur ein Bauarbeiter mehr beschäftigt würde. Was hier auf dem Gebiete der Bauwirtschaft jetzt vor sich geht, ist nichts als brutales Machtstreben der Bauunternehmer, nichts als ungehemmte Profitgier!

Es ist vorauszusetzen, daß auch die Tarifämter mit dem vom Reichsarbeitsminister eingesehten unparteiischen Vorsitzenden keine Sprüche fällen werden, mit denen beide Parteien einverstanden sein könnten. Werden die Sprüche der Tarifämter nicht von beiden Parteien angenommen, so soll eine zentrale Schiedsstelle über die Löhne der Hauptarbeitergruppen der obersten Lohnklasse entscheiden. Ueber die dann noch strittigen Lohnfragen sollen die bezirklichen Tarifämter entscheiden. Bemerkenswert sei, daß sich der von den Unternehmern verlangte nackte Lohnabbau in fast allen Bezirken ziffermäßig noch weit ungünstiger auswirken muß, weil die Unternehmer überall

auch eine für die Arbeiter ungünstigere Lohnklasseneinteilung

fordern, so daß in den davon betroffenen Gebieten der Lohnabbau noch viel verheerender wirken würde. Schließlich sei auch vermerkt, daß Bauarbeiter nirgends Sozialzulagen oder nennenswerten Urlaub erhalten.

Die vom Reichsarbeitsminister einzusetzende Zentrale Schiedsstelle soll aus je vier Beisitzern von jeder Partei und drei Unparteiischen bestehen, die der Reichsarbeitsminister ernennen soll. Der Spruch der zentralen Schiedsstelle, die mit einfacher Mehrheit entscheidet, kann dann innerhalb acht Tagen angenommen oder abgelehnt werden.

Es wird nunmehr so kommen, daß in der zentralen Schiedsstelle über alle Lohngebiete entschieden wird. Und auch hierbei rechnen die Bauunternehmer stark auf die Hilfe des Reichsarbeitsministers. Es mag sich nunmehr erweisen, ob der Reichsarbeitsminister ein Arbeitsminister für die Arbeiter oder gegen die Arbeiter ist. Bei ihm liegt in der Hauptsache die Entscheidung.

Es ist klar, daß sich das letzte Wort in allen diesen Dingen die Verbände der Bauarbeiter vorbehalten. Die R.D. versucht allerdings mit großem Tamtam, eine „revolutionäre“ Bauarbeiterorganisation aufzuziehen, aber bei ihr und den sonstigen „revolutionären“ Splittlerorganisationen liegt die Entscheidung nicht. Auf den jämmerlichen Leim dieser Revolutionarren hüpfen die deutschen Bauarbeiter nicht. Die Entscheidung liegt bei den dem A.D.B. angeschlossenen Arbeiterverbänden!

Die Räte einer Branche.

Bei den Bauanschlägern hat die R.D. ausgespielt.

Den Berliner Bauanschlägern geht es nicht gut; 85 Proz. von ihnen sitzen auf dem Rasen. Dabei braucht die Arbeitslosigkeit in diesem einst gutbezahlten Berufszweig nicht so hoch zu sein, wenn wie früher Schlichtereien mit der Beschlagarbeit beauftragt würden und nicht, wie heute so oft, Tischlereien. Wie arg die Verhältnisse liegen, kam es eine von der Branchenkommission der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Bauanschläger durchgeführte Bautenkontrolle, über deren Ergebnisse in der letzten Branchenversammlung am Dienstag berichtet wurde.

Die Tischlereien beziehen von außerhalb billiges Material, das sie teilweise sogar von Lehrlingen anbringen lassen. Von sachmännischer Ausführung kann dabei keine Rede sein, Ecken werden nicht abgebeizt, selten befeilt, und die Bänder sind trumm und schiefe angeschlagen. Unter den verformten Bauanschlägern wurden am Dienstag Materialstücke herumgereicht, die wohl wie Schrauben aussahen, in Wirklichkeit aber nur angekaufte Riegel waren und auch wie Riegel einfach eingeschlagen werden. Als Schulbeispiel für unsachgemäße Arbeit stellten die Kontrolloren den Neubau des Verwaltungsgebäudes des Vereins Deutscher Elektrotechniker in Charlottenburg fest, wo die ausführende Firma Boswau u. Knauer die Beschlagarbeiten an die Tischlerei Kühne, Engelauer 9, vergeben hat.

Es kommt hinzu, daß viele Arbeitslose bei den Bauanschlägern unterzuschlüpfen versuchen. Hierbei hilft weder der neue R.D.-Laden einiger Bauanschläger mit, die, um Mitglieder zu ergattern, Hinz und Kunz zu „Bauanschlägern“ macht. Dieser neue R.D.-Laden ist ein besonderes Verbrechen an dem darniederliegenden Bauanschlägerberuf, existieren doch jetzt drei Gruppen in dieser Branche: der Metallarbeiter-Verband, der gelbe Verein der Bauanschläger und der R.D.-Laden. Es ist allerdings bezeichnend für die davon gelaufenen „Revolutionäre“, daß sie sich mit den gelben Vereinsbrüdern zusammenschließen wollen, nachdem sie beide gemeinsam schon eine Bauanschlägerversammlung abgehalten haben.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat durch dieses Wandern ganze sechs Mann verloren, sechs Mann, denen er keine Kränze nachweint, und alle übrigen organisierten Bauanschläger bewiesen ihren gesunden Sinn, indem sie am Dienstag gegen eine einzige Säumme eine Resolution annahm, die dem neuen R.D.-Laden ihre fleißige Beachtung ausspricht. Für diese Entscheidung stimmten selbst die anwesenden Kommunisten, die von ihrer Partei die Anweisung erhalten hatten, in den R.D.-Klub einzutreten. Somit hat die R.D. auch bei den Bauanschlägern ausgespielt und der Weg ist frei für eine völlige Gesundung dieses Berufszweiges.



Erst das gute

KONSUM-BROT!

Die Jahresproduktion der konsumgenossenschaftlichen Groß-Bäckereien beläuft sich dem Werte nach auf 12 Millionen Mark



Löhne in Sowjetrußland.

Trotz nomineller Erhöhung völlig unzureichend.

Zur Durchführung des Fünfjahresplans sieht sich die Sowjetregierung öfter gezwungen, zu außerordentlichen Maßnahmen zu greifen, wobei tatsächliche sowie vermeintliche Hindernisse rücksichtslos bekämpft werden. Dem drohenden Anwachsen der Arbeitslosen wurde durch ein Dekret ein Ende bereitet. Und kurze Zeit darauf wurde offiziell erklärt, es gebe in Sowjetrußland überhaupt keine Arbeitslosen.

Die Zahl der Beschäftigten stellte sich im Jahre 1929 auf 12,4 und 1930 auf 14,3 Millionen Personen, wobei auf die Industrie 1929 etwa 3,8 und jetzt 5,2 Millionen Arbeitnehmer entfallen, ungerichtet die Bauarbeiter, deren Anzahl jetzt ungefähr 2 Millionen Personen beträgt.

Arbeitsverdienst in Sowjet-Rußland

Durchschnitts-Wochenlöhne in Rubel
Nach amtlichen Angaben

	1930	1931
Wasserwege-Transport	22,15	29,44
Eisenbahn	19,97	21,41
Industrie	19,99	20,11
Gesamter, nicht landw. Sektor	18,21	19,56
Bildungswesen	17,99	18,55
Gesamtproletariat	16,99	18,11
Landwirtschaftlicher Sektor	9,29	11,85

Mit der Zunahme der Arbeitnehmer ist nach den amtlichen Angaben Sowjetrußlands auch der Arbeitsverdienst erhöht worden. Diese bereits für 1931 angegebene Erhöhung ist, wie aus der Graphik ersichtlich ist, sehr verschieden. Sie beträgt bei der Industrie 3,5 Proz., für das Gesamtproletariat 7,3 Proz., für die Transportarbeiter 10,1 bzw. 10,4 Proz. und im landwirtschaftlichen Sektor sogar 24,6 Proz.

Während also in Deutschland, ebenso wie in vielen anderen Ländern in mehr oder weniger radikaler Weise Lohnabbau erfolgt, verkünden amtliche Stellen Sowjetrußlands eine bemerkenswerte Lohnenerhöhung. Diese auf den ersten Blick erstaunliche Tatsache erhält indessen eine ganz andere Wertung, wenn man sich die Preise für die notwendigen Lebensmittel genau ansieht. Da reicht selbst der erhöhte Wochenlohn kaum zur Anschaffung eines Kleiderstückes aus.

Wie sehr die Preise seit dem vorigen Jahre gestiegen sind, darüber findet man im Zentralorgan des Volkskommissariats für Handel u. a. folgende Angaben: Pflanzenöl plus 29 Proz., Salz 17,8 Proz., Tabak 13,9 Proz., Papier 9,6 Proz., Fische 8,5 Proz., Chemikalien 7,8 Proz., Manufakturwaren 7,5 Proz., Schuhzeug 7,3 Proz.

Inzwischen sind die Preise fast für alle Artikel des täglichen Bedarfs noch weiter gestiegen, so daß die angegebenen Verdiensterhöhungen mehr als illusorisch erscheinen.

Ueberstunden sind zu bezahlen. Auch wenn sie bei Kurzarbeit geleistet werden.

Die Unternehmer in der Papier-, Zellstoff-, Pappen- und Holzstoffindustrie führen schon seit Monaten einen Streit um die Auslegung des § 4 des Gesamtarbeitsvertrages für die deutsche Papierindustrie, in dem es heißt:

„Für jede Mehrarbeitsstunde wird neben dem Lohn ein Zuschlag gezahlt, und zwar für die 49. bis 54. Wochenarbeitsstunde von 20 Proz., für jede weitere von 25 Proz.“ Die Kläger sind bei der Firma Vereinigte Holzstoff- und Papierfabriken A.-G. in Riederschlema beschäftigt.

Die Beklagte ließ in den letzten Monaten bis zu 16 Stunden in der Woche vorfüllt arbeiten. Die Kläger wurden in dieser Zeit, insbesondere zwischen dem 11. September 1929 und 18. Januar 1930, an einzelnen Tagen zu Ueberstunden herangezogen, die die tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden überschritten.

Die Kläger verlangen für die von ihnen geleistete Mehrarbeit die nach § 4 des Gesamtarbeitsvertrages festgelegten Mehrarbeitszuschläge. Sie legen die Bestimmung des vorgenannten § 4 dahin aus, daß für jede über die achtfundige tägliche Arbeitszeit geleistete Mehrarbeitsstunde der Zuschlag zu zahlen ist.

Die Beklagte erklärt, daß die Klausel des § 4 nur einen Mehrarbeitszuschlag von der 49. Wochenstunde an vorsehe, nicht aber für jede über die achtfundige tägliche Arbeitszeit hinausgehende Mehrarbeit. Hier handele es sich überdies um Kurzarbeit, bei der die veräußerte Arbeitszeit(!) ohne Zahlung eines Mehrarbeitszuschlages nachgeholt werden könne.

Das Landesarbeitsgericht in Chemnitz entschied zugunsten der Kläger.

Die Kläger hätten ein Recht, die Mehrarbeitszuschläge zu verlangen. Es kann dahingestellt bleiben, ob der Tarifvertrag der Beklagten das einseitige Recht gibt, bei Kurzarbeit die Arbeitszeit über acht Stunden zu verlängern. Nach seinem Wortlaut läßt § 2 des GAV nur eine Verlängerung der regelmäßigen Arbeitszeit bis auf 54 Wochenstunden zu. Für Mehrarbeit des über die Grenze des § 1 des Tarifvertrages hinausgehende Arbeitszeit könne der Arbeiter einen Lohnzuschlag verlangen.

Gegen dieses Urteil kämpften die Industriellen mit der Revision an. Diese Entscheidung sei unhaltbar und müßte vom Reichsarbeitsgericht aufgehoben werden. Daran habe die gesamte Papier- und Holzstoffindustrie das größte Interesse.

Das Reichsarbeitsgericht wies die Revision als völlig unbegründet zurück. Das Gericht schloß sich den Entscheidungsgründen der Vorinstanz an und legte dem Verband der Papierindustriellen die Kosten des Rechtsstreites auf. (RAG. 460/30.)

Volksbühne
Theater am Blöcherplatz.
8 Uhr
Das
Wintermärchen
So. u. Säg. 8 Uhr
Hans Albers
in
Liliom
Vorstadtliegende
von Franz Molnar
Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Die Bekehrung
des
Ferdys Pistora
Theater am
Schiffbauerdamm
8 Uhr
Der
Dompteur
Staatsoper
Am Pl. d. Republik
7 1/2 Uhr
Der Barbier
von Sevilla

Deutsches Theater
8 Uhr
Der Hauptmann
von Köpenick
v. Carl Zuckmayer
Regie: Heinz Hilpert
Kammerspiele
8 1/2 Uhr
Reute zum 50. Male
Pariser
Platz 13
von Vicki Baum
Regie: Gustaf Gründgens

Die Komödie
8 1/2 Uhr
Die Fee
von Franz Molnar
Regie: Stefan Koch

Karl-Ludwig-Theater
Bismarck 449
8 Uhr
Das schwache
Geschlecht
v. Edouard Bourdet
Regie: Max Reinhardt

Barnowsky-Bühnen
Theater in
der Straßenmauer.
7 1/2 Uhr
Amphitryon 38
Komödie von
Jean Giraudoux
Inszenierung:
Victor Barnowsky

Komödienhaus
8 1/2 Uhr
Eine
königliche
Familie

Piscator-Bühne
(Wallner-Theater)
Alex. 492-93.
Täglich 8 1/2
Cyankali
von Fr. Wolf.

Für Leser unserer Zeitung:
Dr.-Sexual statt 5 von 3 M
Punkett-F. 4 2
- 3 - 1,50
- 2 - 1 M

Theater d. Westens
Täglich 8 1/2 Uhr:
Schön ist die
Welt
Franz Lehár
Operetten-Erfolg
Sonntag, nachm. 10
billige Preise

Schön ist die
Welt
Franz Lehár
Operetten-Erfolg
Sonntag, nachm. 10
billige Preise

Deutsches
Künstler-Theat.
Barbarossa 3937.
8 1/2 Uhr
Ritter Blaubarts
edle Frau

Renaissance-
Theater
Steinplatz 6780.
8 1/2 Uhr
Durchaus
unerschrocken
Pr. 0,50 bis 1,50

Nomische Oper
8 1/2 Uhr
Kleine Preise
Peppina
oper. paradiesischer Lustspiel des
Komponisten
Robert Stolz
in der Premiereinszenierung

Lustspielhaus
Kurt Götz
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Lügner u.
die Sonne



Mühlen Franck
würzt,
kräftigt,
verbilligt
jedes
Kaffeegetränk

Am 10. März, nachmittags 5 Uhr,
nachdem nach längerer Fehlbildung meine
Liebe Lebensgefährtin und treue
Kampanierin
Emilie Jank
im vollendeten 83. Lebensjahre
Goßlieb Jank
N. 4. Bergstraße 62.
Eingebettet am Sonntag, dem
14. März, nachmittags 5 Uhr, im
Armenarium Gedächtnis

Winter
Garten
8 15 Uhr, Zentr. 2219. Kaufen erlaubt.
Young China - Lotte Werkmöster
Duncan Collias - Dormonde
Hedji Alla 24 Wüstenöhne
usw.
Sonabend und Sonntag je 2 Vorstellungen
4 und 8 1/2 Uhr. 4 Uhr kleine Pr.

9 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
Lothringergasse 57.
Sie werden lachen noch und noch
über den neuen Schläger
O diese Schwiegerväter
Dazu das neue März-Programm!
Guldschein 1-4 Personen
Festsaal 1,25 M., Sessel 1,75 M.
Sonntags Pr.: Parkett 75 Pf., Rang 60 Pf.

Reichshallen-Theater
Abend 8 1/2 Uhr
Das lustige März-Programm der
„Stettiner“
Populäre Preise. Tel. Merkur 1247.
Nachm. ermäßigte Preise,
volles Programm!
Oönhoff - Brettl
Variété - Konzert - Tanz! Kapelle Hans Straus.

Theater,
Lichtspiele usw.

Berliner Uk-Trio
Neukölln. (Lohnstr. 74/75.)

Neues Theater
am Zoo
am Bahnh. Zoo, Stpl. 6554
Täglich 8 1/2 Uhr
Das blaue Hemd
von Ithaka
MUSIK: J. OFFENBACH
THEATER IM ADMIRALSPALAST

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Das Veilchen
v. Montmartre
Operette v. Kailman
Gitta Alper, Anni
Ahlers, Karl Höhn,
Wih. Waldemar u. G.
Ergänzung als Gast.
Sonntag 4 Uhr
Kleine Preise.
Das Veilchen
v. Montmartre

Freitag, 13. 3.
Staats-Oper
Unter d. Linden
198. A.-V.
19 1/2 Uhr
Spiel oder Ernst
Polowzer Thase
Die Verlobung bei
der Laterne
Ende 21 1/2 Uhr

ROSE
THEATER
Große Frankfurter Straße 132
U-Bahn Strausberger Platz
Telephon: Alexander 3422 und 3494
Sonntag: 2,3 5,45 9,00
Sonabend: 7,9 10,15
Von Montag bis Freitag: 4,15

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
Tägl. 8 Uhr. Im walden Wood.
Stg. nachm. 3 Uhr Originalbesetzung
billige Preise. Regie: Erik Charell.

Rose - Theater
Gr. Frankfurter Str. 132
Tel. Alex. 3422 u. 3494
5:30 Uhr
Das Parfum
meiner Frau
8 1/2 Uhr
Die
Faschingsfee

Freitag, 13. 3.
Stadt. Oper
Bismarckstr.
Turnus I
20 Uhr
Madame
Butterfly
Ende 22 1/2 U.

„Die Faschingsfee“
Operette von Kailman
Regie: Paul Rose

Lesing - Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Die schöne
Alexandra
Lassell, Schilber, Fuß,
Tepmann, Sible
Sonntags 4 Uhr
Kleine Preise
Viktoria und ihr Husar
Kleines Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr
Oiga Tschschowa
in:
Liebe unmodern
Will Kaufmann,
Heinz Klöberanz.
Sonntags 8 Uhr
Liederschummer
kl. Preise 1-4 M.

Santa Lucia
Der Wein
Karl, in Apotheken, Drug
u. Feinwaaren-Geschäften

Freitag, 13. 3.
Stadt. Schiller-Theater, Charlitzb.
20 Uhr
Die Bekehrung des Ferdys Pistora
Ende gegen 22 1/2 Uhr

„Die Faschingsfee“
Operette von Kailman
Regie: Paul Rose

Warum gerade
Steinmetzbrot?
Es ist ein aus gewaschenem und enthültem
Getreide hergestelltes Vollkornbrot

Stille-Sänger
Lützow Str. 5
7 1/2, 8 1/2, 9 Uhr
Der
lustigste
Abend!
Sonntags
nach 7 1/2 Uhr
ermäß. Preise.

Freitag, 13. 3.
Staats-Oper
Am Platz der Republik.
V.-B.
19 1/2 Uhr
Der Barbier von
Sevilla
Gottsch. Karlsruher
Ende 22 Uhr

„Die Faschingsfee“
Operette von Kailman
Regie: Paul Rose

Besondere
Vorzüge:
1. Gute Verdaulichkeit durch d. entfernte Holzfaserhülle
2. Mineralstoffreich, da d. Mineralien vorhanden sind
3. Sehr vitaminreich, da die Gesamtkeimling-Substanzen enthalten ist
4. Appetitanregend u. von hervorragend. Wohlgeschmack durch einen Soesiel-Backprozess

Alleinige Hersteller:
Wittler-Brot-Fabriken, Berlin N65

Freitag, 13. 3.
Stadt. Schiller-Theater, Charlitzb.
20 Uhr
Die Bekehrung des Ferdys Pistora
Ende gegen 22 1/2 Uhr

„Die Faschingsfee“
Operette von Kailman
Regie: Paul Rose

Alleinige Hersteller:
Wittler-Brot-Fabriken, Berlin N65

Alleinige Hersteller:
Wittler-Brot-Fabriken, Berlin N65

PLAZA
Tägl. 5 u. 8 1/2
Sessl. 2, 3 u. 8 1/2
E. 4, Alex. 8066
Noch. 50 Pl. - 1 M., abds. 1-2 M.
Nur noch 8 Tage!
Bu - Bu
Der Wunder-
schimpanse
Peter Plet, Das Original
Raymond Kloo, Barthelemy usw.

Ausnahme-Gutschein
für die Leser des
„Vorwärts“
Gültig nur am Dienstag, Mitt-
woch, Donnerstag, Freitag 5,30
(Die unwiderlich vier letzten
Aufführungen von: „Das Par-
füm meiner Frau.“
Für 1-4 Personen:
1. Rang-Balkon 50 Pf.
1. Parkett-Sessel 75 Pf.
Orch.-Sess. o. Log. 110 M.
Name:
Wohnung:
Der Gutschein ist von heute an
täglich von 11-1 und 4-9 Uhr
an der Tageskasse einzulösen

Alleinige Hersteller:
Wittler-Brot-Fabriken, Berlin N65

Alleinige Hersteller:
Wittler-Brot-Fabriken, Berlin N65

Haus VATERLAND
RESTAURANT
BETRIEB
KEMPINSKI

Ausnahme-Gutschein
für die Leser des
„Vorwärts“
Gültig nur am Dienstag, Mitt-
woch, Donnerstag, Freitag 5,30
(Die unwiderlich vier letzten
Aufführungen von: „Das Par-
füm meiner Frau.“
Für 1-4 Personen:
1. Rang-Balkon 50 Pf.
1. Parkett-Sessel 75 Pf.
Orch.-Sess. o. Log. 110 M.
Name:
Wohnung:
Der Gutschein ist von heute an
täglich von 11-1 und 4-9 Uhr
an der Tageskasse einzulösen

Alleinige Hersteller:
Wittler-Brot-Fabriken, Berlin N65

Alleinige Hersteller:
Wittler-Brot-Fabriken, Berlin N65

Furcht vor dem 1. April.

Bei den Portiers, Heizern und Hausreinigern.

Am 10. März wurde im „Palais des Zentrums“ die Jahresgeneralversammlung der in der Sektion Haus- und Bach-angestellten des Gesamtverbandes abgehalten. Der Sektionsleiter Leube berichtete, daß im Jahre 1930 auch die Haus- und Bach-angestellten durch die Wirtschaftskrise stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Anfang 1930 hatte der Facharbeitsnachweis für das Portier- und Bachgewerbe 847 Berufskollegen und -kollegen als erwerbslos zu verzeichnen, am Jahreschluss waren 1549 erwerbslos. Dazu kommen die

Tausende von erwerbslosen Hausgehilfen

und Reinemachefrauen. Trotz der Krise war die agitatorische Tätigkeit außerst rege. Sie hatte den Erfolg, daß 2430 Mitglieder neu gewonnen wurden und von anderen Organisationen übergetreten sind.

Anfang 1931 bestanden 20 Tarifverträge sowie Lohnregelungen mit neun Arbeitgeberorganisationen und 16 Firmen. Durch diese Verträge werden 43260 Arbeitnehmer erfasst. Von diesen Verträgen sind vier mit sieben Arbeitgeberorganisationen abgeschlossen für allgemeinverbindlich erklärt. Zehn Verträge für die Branche der Reinemachefrauen umfassen 1430 Arbeitnehmer, drei Verträge für die Branchen der Wohnhausportiers und Hausreinigerinnen 35 033 Arbeitnehmer.

Der mit dem Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzer abgeschlossene Vertrag ist allgemeinverbindlich. Ein Vertrag mit 1983 Arbeitnehmern ist für die Branche der Siedlungsportiers abgeschlossen, der auch vom Reichsarbeitsminister für allgemeinverbindlich erklärt ist. Drei Verträge mit 3189 Arbeitnehmern gelten für die Branchen der Industrie- und Geschäftshausangestellten und Privatwächter. Der Vertrag mit dem Verband der Geschäfts- und Industriehausbesitzer und dem Verband Groß-Berliner Industrie- und Geschäftshaus-Besitzer ist allgemeinverbindlich erklärt. Für die Branche der Bach- und Schließangestellten bestehen drei Verträge mit 1025 Arbeitnehmern. Der Vertrag mit dem Verband der Bach- und Schließgesellschaften ist ebenfalls für allgemeinverbindlich erklärt.

Weitere Verträge sollen für die Hausgehilfeninnen sowie für die in der privaten Hauswirtschaft und in Versicherungsgesellschaften beschäftigten Reinemachefrauen abgeschlossen werden.

Eine außerordentliche Belastung erfuhr die Sektion durch die Klagevertretung. Es wurden nicht weniger als

680 Klagen mit 1263 Terminen

geführt. Besonders erschwert wurde die Klagevertretung durch die Wahrnehmung der Termine vor den verschiedensten Gerichtsstellen. 80 männliche und weibliche Mitglieder der Sektion sind in vier Hausgehilfenkammern bzw. zwei Portierkammern als Arbeitsrichter tätig. Von tief einschneidender Bedeutung für unsere Berufscollegenchaft ist die vom preussischen Minister für Volkswohlfahrt erlassene

„Verordnung über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft bei Pfortner-ufw.-Wohnungen vom 10. September 1930“

sowie die Rotverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930. Vom 1. April ab werden durch diese Verordnungen Hunderttausende von Portiers, Heizern und Hausreinigern in Preußen und im Reich der Willkür der Hausbesitzer ausgeliefert, da bei der herrschenden Wohnungsnot es unmöglich ist, für diese minderbemittelten Arbeitnehmer eine andere Wohnung zu erlangen. Die Reichsfachgruppenleitung ließ nichts unversucht, um eine Aufhebung dieser Lockerungsverordnung sowie der Rotverordnung zu erwirken.

Eine der brennendsten Fragen für die Hausgehilfeninnen ist die Schaffung von Hausgehilfenheimen.

Durch einen Rundfunkvortrag wurde die breite Öffentlichkeit auf die Heimfrage hingewiesen.

Mit einem Appell, auch im neuen Geschäftsjahr alle Kräfte zur eifrigen Propaganda für unsere Organisation einzusetzen, schloß Genosse Leube seine Ausführungen.

Als Sektionsleiter wurde Leube wiedergewählt und alle übrigen Posten von Genossen der Amsterdamer Richtung besetzt.

Schiedspruch in Rheinland-Westfalen. Im Holzgewerbe 6 Prozent Lohnfözung.

In dem Lohnstreit im rheinisch-westfälischen Holzgewerbe wurde folgender Schiedspruch gefällt: Mit Wirkung vom 1. März 1931 wird der tarifliche Spitzenlohn Ortsklasse I auf 1,11 M. herabgesetzt. Alle anderen Sätze ändern sich entsprechend. Die Stundenlöhne verringern sich um den Betrag, der sich aus der Differenz zwischen den alten und den neuen Tariflöhnen ergibt. Auch die Akkordsätze vermindern sich um den gleichen Betrag.

Erläuterungsfrist bis 18. März 12 Uhr.

Lohnvereinbarung in Mitteldeutschland. Ueber die Löhne der Staats- und Gemeindefarbeiter.

Magdeburg, 12. März.

In Verhandlungen zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband öffentlicher Verwaltungen und Betriebe und den beteiligten Arbeitnehmervertretern ist über den Neuabschluss der zum 31. März geltenden Löhne der Staats- und Gemeindefarbeiter Mitteldeutschlands eine Vereinbarung auf der Basis einer Lohnfözung um 4 Proz. ab 1. April getroffen worden.

Gleichzeitig wurde die Bezirksvereinbarung über eine Verkürzung der Arbeitszeit, die bis zum 31. März 1931 befristet war, wieder in Kraft gesetzt.

Vor dem Streik.

Zugung der französischen Bergarbeiterverbände.

Paris, 12. März. (Eigenbericht.)

Die französischen Bergarbeitergewerkschaften sind am Donnerstagmorgen zu ihrem zweiten außerordentlichen Delegiertenkongress in diesem Jahre zusammengetreten. Sie werden endgültig darüber Beschluß fassen, ob angesichts der durch die Vermittlung der Regierung in dem Lohnstreit mit den Bergwerksgelellschaften erzielten Ergebnisse der Generalfreist proklamiert werden soll oder nicht.

Die Ergebnisse der Vermittlung des Arbeitsministers sind entgegen den Hoffnungen der Arbeiter recht unbefriedigend ausgefallen. Sie haben unter den Arbeitern große Erregung hervorgerufen. Im Hinblick auf diese Stimmung ist zu erwarten, daß es nunmehr zum Generalfreist kommen wird.

Zimmer noch Lohnabbau.

Für 43 rheinische Städte und Gemeinden, darunter Aachen, Krefeld, Bonn, Trier, Koblenz, Gladbach, Rheydt, Düren, Ahrweiler usw. wurde vor der Bezirksamtsstelle für Arbeiteraristoffachen in Köln ein Schiedspruch gefällt, wonach ab 1. April dieses Jahres die jetzigen Grundlöhne um 6 Proz. gesenkt werden. Der Schiedspruch läuft bis zum 31. Juli 1931.

Broffabrikanten und Bäckerlöhne.

Die Vereinigung der Broffabrikanten Groß-Berlins teilt uns mit, daß sie keineswegs versucht habe, die mit den Tarif-Gewerkschaften abgeschlossenen Verträge auf dem Wege der einseitigen Verfügung zu durchbrechen.

Da die Vereinigung der Broffabrikanten Wert auf die Veröffentlichung dieser Tatsache legt, folgen wir diesem Wunsch um so lieber, weil wir daraus schließen, daß sie nicht beabsichtigt, einen Abbau der Löhne zu verlangen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deuts. Freitag, 19% Uhr, lesen die Gruppen: **Rechtliche Jugendheim** Schule Sonnenbühl Str. 2, Krieg - Freiheit - Menschheit. - **Bermanplatz**: Gruppenheim Sandstr. 11, Ode-Dröbitchtrasse, **Tatliwelen**. - **Gärten**: Gruppenheim Wasserstr. 9, vom part. **Der Kapp-Bau** und die **Gewerkschaften**. - **Charlottenburg**: Jugendheim Grenzstr. 10, Die **Frankfurter** **Arbeiterkassen**. - **Reppelplatz**: Gruppenheim **Tatliwelen** (Eingang **Tatliwelen** Strasse). - **Berliner Volkshaus**. - **Adlerstr.**: Gruppenheim **Adlerstr.**, **Bismarckstr.** 1. Die **Stellung der Frau in der Gesellschaft**. - **Reinholdstr.**: Jugendheim **Eintracht** Strasse (Paraden). **Gewerkschafts-** **richtungen** neben den **freien Gewerkschaften**. - **Eintrittskarten** für **Sonder-** **vorstellungen** der **Volksbühne** am **Samstag**, 22. und 29. März, zum **Preis** von **50 Pf.** und noch in der **Jugendheime**, **Zimmer 20**, zu haben.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deuts. Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Schweden**: Jugendheim **Poststr.** 11 (2. Hof), **Quartier** 1 **Truppe**, **Raum** 5. **Vertrag**: **Sagen** **unter** **Marx** **Brandenburg**. **Referent** **Dr. Max** **Schäfer**. - **Kochen**: **Jugendheim** **Poststr.** 19. **Wahl** **vor** **dem** **Abend** **über** **sozialistische** **Fragen**. - **Deuts** **kommt** **die** **Photo** **Arbeitsgemeinschaft** **um** **20** **Uhr** **im** **Jugend-** **versteck** **unseres** **Verbands** **besuchen** **zu** **haben**. - **Arten** **zur** **Jugend** **vorstellung** **der** **Volksbühne** **am** **22.** **und** **29.** **März** **sind** **zum** **Preis** **von** **50 Pf.** **im** **Jugend-** **sekretariat** **zu** **haben**.

Heute zu Tietz:

billige und gute Lebensmittel einkaufen

Preise nur Freitag und Sonnabend. Mengenabgabe vorbehalten. Verkauf sowohl Vorrat. Fleisch und leichtverderbliche Waren sind vom Versand ausgeschlossen. Die Zusendung von Lebensmitteln erfolgt bei Bestellung von 5,00 Mark an

10 deutsche frische Eier im Karton 1,25	
Wurstwaren	Käse und Fette
Sülze Pfd. 0,48	Camembert Schachtel 0,20
Spekwurst Pfd. 0,78	Harzer 1-Pfd.-Paket 0,35
Dampfwurst Pfd. 0,88	Emmentaler 6/8 Port. 0,60
Fleischwurst Pfd. 0,88	Stangenkäse 20% Pfd. 0,46
Landleberwurst. Pfd. 0,88	Briekäse vollfett. Pfd. 0,86
Hausm.-Leberw. Pfd. 0,95	Steinbuscher vollf. Pfd. 0,88
Jagdwurst Pfd. 1,04	Tilsiter vollfett, Bld. v. 0,88 an
Mettwurst besonderer Art , Pfd. 0,98	Edamer vollfett. Pfd. 0,92
Wien-Würstchen Pfd. 1,08	Holländer vollfett, Pfd. 0,92
Schinkenpolnische Pfd. 1,18	Münster vollfett. Pfd. 0,98
Feine Leberwurst Pfd. 1,18	Blockkäse
Knoblauchwurst Pfd. 1,25	Emmenthal. Art. 80%, Pfd. 0,98
Zervelat-Polster Pfd. 1,50	Edamer vollfett, Pfd. 1,18 an
ff. Teewurst Pfd. 1,40	Molkereibutter Pfd. 1,50
Teewurst grob Pfd. 1,50	Tafelbutter Pfd. 1,56
Filetwurst Pfd. 1,50	Dänische Butter Pfd. 1,78
Schinkenplodwurst 1,85	Margarine Pfd. 0,40
Speck mager Pfd. 0,78 an Pfd. v. 1,02 an	Kokosfett Pfd. 0,40
Schinkenspeck ... Pfd. 1,48	Rohschmalz alt , Pfd. 0,58
Nusschinken ... Pfd. 1,75	Bratschmalz ... Pfd. 0,64
Obst und Gemüse	
Tafelbirnen älteren , Pfd. 0,48	Almeria-Wein ... Pfd. 0,68
Apfelsinen 3 Pfd. 0,72	Blumenkohl opt v. 0,25 an
Blutapfelsinen 3 Pfd. 0,85	Möhren gewaschen , Pfd. 0,06
Joffa-Orangen 2 Pfd. 0,75	Kohlrüben Pfd. 0,05
Amerik. Apfel Pfd. 0,88, 0,38	Sellerie 2 Pfd. 0,25
Bananen 3 Pfd. 0,98	Schwarzwurzeln Pfd. 0,24
Ananas frisch , Pfd. v. 0,72 an	Rohkohl Pfd. 0,12
Zitronen Dutzd. von 0,32 an	Wirsingkohl Pfd. 0,12
Tomaten Pfd. 0,48	Weisskohl Pfd. 0,08

FRISCHES FLEISCH

Schweinebauch a. Bellage, Pfd. 0,74	Hammelfleisch Pfd. von 0,90 an
Schweineblatt ohne Bellage, Pfd. 0,78	Suppenfleisch Pfd. von 0,70 an
Schweineschinken m. Beis, Pfd. 0,86	Schmorfleisch Kaule , o. Kn. , Pfd. 1,16
Schweinekamm o. Bellage, Pfd. 0,88	Rouladen Pfd. 1,28
Schweineschutt o. Bellage, Pfd. 0,88	Gulasch ohne Knochen Pfd. 0,96
Schweinekotelett .. Pfd. von 0,94 an	Rinderbacke ohne Knochen, Pfd. 0,48
Kassler mit Pfd. von 0,88 an	Rinderherz Pfd. 0,58
Rückenfett bratfertig Pfd. 0,64	Rinderlunge Pfd. 0,38
Eisbein mit Spitzohr, gepökelt, Pfd. 0,58	Euter Pfd. 0,28
Pökelpfeifer Pfd. 0,78	Schweinekopf mit Backs. Pfd. 0,40
Kalbskamm o. Bellage, Pfd. von 0,64 an	Hammelfleisch getz. , Pfd. von 0,58 an
Kalbsbrust Pfd. von 0,74 an	Hammelfleisch getz. , Pfd. v. 0,70 an
Kalbskeule 3 Pfd. abh. , gr. gt. , Pfd. 0,84 an	Hammelfleisch getz. , Pfd. 0,78
Kalbskotelett Pfd. von 1,20 an	Schmorfleisch getz. , o. Kn. , Pfd. 1,04
Kalbsroulade gerollt , Pfd. von 1,34 an	

KONSERVEN

1/2 Dose ca. 2 Pfund

Stangenspargel sehr stark 2,35	Birnen 1/2 Frucht 0,95
Stangenspargel alt 1,65	Birnen 1/2 Frucht 1,05
Stangenspargel dünn 1,45	Sauerkirschen mit Stein 0,92
Junge Karotten 0,58	KONFITÜRE
Karotten geschnitten 0,25	ca. 2-Pfd.-Bismar
Junge Erbsen mit Karotten ... 0,52	Aprikosen 1,10
Pfefferlinge 1,30	Johannisbeeren 1,10
Konsummischung	Himbeer 1,30
aus getrockneten Erbsen 0,44	Erdbeer 1,30

Gänse 0,68	Hühner 0,90
gefroren Pfd. von	gefroren Pfd. von
Suppenhühner 0,96	Hirschrücken 0,98
frisch Pfd. von	Pfd. von
Hasen getraut 0,70	Hirschkeule 1,15
und ausgewaschen ... Pfd. von	Pfd. von

Fische, Räucherwaren	Backartikel usw.
*Grüne Heringe 3 Pfd. 0,40	Auszugmehl Pfd. v. 0,27 an
*Kabeljau gr. , o. K. , l. g. Pfd. 0,22	Kartoffelmehl Pfd. 0,16
*Seelachs gr. , o. K. , l. g. Pfd. 0,22	Mandeln alt Pfd. 1,40
*Rohbars o. K. , l. g. Pfd. 0,30	Sultaninen Pfd. von 0,42 an
*Isl. Schellfisch l. g. Pfd. 0,25	Korinthen Pfd. von 0,42 an
*Kabeljaufilet Pfd. 0,34	Zitronat Pfd. 1,10
*Zander getz. , l. g. Pfd. 0,36	Orangeat Pfd. 0,95
Bücklinge Pfd. 0,26	Maispuder Pfd. 0,32
Norw. Bücklinge Pfd. 0,28	Kokosraspel Pfd. 0,48
Schellfisch ger. Pfd. 0,38	Vanillezucker 8 Pak. 0,24
Seelachs geräuchert , Pfd. 0,46	Stangenvanille im Glas
Stückerlundern ger. Pfd. 0,58	0,18 0,35 0,50
Rochenfleisch ger. , Pfd. 0,50	Badkoben Pfd. von 0,40 an
Rogen geräuchert Pfd. 0,50	Aprikosen Pfd. 0,70
Sardinen	Birnen Pfd. 0,55
Marke „Herlie“, Dose von 0,45 an	Viktoria-Erbsen Pfd. 0,16
Kalif. Pildhards in ver-	Italienischer Reis Pfd. 0,20
schiedenen Saucen ... Dose 0,50	Linsen Pfd. 0,16
*In allen Häusern ausser Antreasstr.	Weisse Bohnen .. Pfd. 0,18
	Tee loos Pfd. von 3,80 an
	Kaffee Pfd. von 1,90 an

Zur Konfirmation: Sonder-Abfüllungen

Roter süßer Johannisbeerwein Ltr.-Fl. 0,80 10-Ltr.-Fl. 8,00	Deutscher Wermut-Rilano Ltr.-Fl. 1,48 10-Ltr.-Fl. 14,00
Malaga, dunkel, od. roter Terra-	gona, hervorragende Qualität. Ltr.-Fl. 1,48 10-Ltr.-Fl. 14,00
Ferner	Weine vom Fass extra billig
Frankfurter Apfelwein 1 Ltr. 5 Ltr.	1 Ltr. 5 Ltr.
Rheinpfälzer Weisswein 0,88 2,75	Isael-Samos, II. Qual. 1,20 5,75
Southern-Port, vorzüglicher Prädikatweine	Sold-Malaga 1,80 7,50
Original Isael Samos, I. Qualität. 1,80 7,50	
UNSERE SPEZIALITÄTEN: Deutscher *** Weinbrand, 4,60	
Jamaika-Rum-Verschnitt, 60% 4,60	
1929er Oberhaardter Malzkammerer Fl. 0,85 10 Fl. 8,00	
1928er Ingelheimer Rotweine Fl. 0,85 10 Fl. 8,00	
1929er Brauneberger Riesling Fl. 1,48 10 Fl. 14,00	
AUSNAHME-ANGEBOT: mit Fl.	
Curacao, Carthäuser, Blut-Orange, 1/2 Fl.) 2,95	
LIKOR	Halb und Halb, Cherry Brandy, 1/2 Fl.) 2,95
	1/2 Liter ohne Flasche

FÜR DEN HAUSPUTZ

Weisse Wachskernseife , Frischgewicht	Hertie-Blütenweiss hervorragendes selbsttätiges	Globus-Glanzstärke Beutel 0,35	Bohnerspäne fein, mittel, grob
200-g-Dopp.-Blig. 0,15 300-g-Block 0,25 1000-g-Blig. 0,75	Wachsmittel. 1/2-Pfd.-Paket 0,33 3 Pakete 0,95	Scheuerlöcher gute, starke Qual. St. 0,25 0,35, 0,45	1/2-Pfd.-Paket 0,30 3 Pakete 0,85
Hellgelbe Kernseife garantiert rein, Frischgewicht	Hertie-Seifenpulver	Pollertücher Stück 0,15 0,20 0,25	Bohnertücher grünl. Fries. Stück 0,75 0,95 1,25
200-g-Dopp.-Blig. 0,10 300-g-Block 0,16 1000-g-Blig. 0,48	Salmiak-Terpentin 10% 1-Pfd.-Paket 0,18	Imprägnierte Putztücher Stück 0,25 0,50	Majafix-Parfettwaschmittel 1-kg.-Fl. 2,00
Dalli-Blütenflocken Chypre, Flieder, Kölnisch-	mit Seifenschmelzeln 15% 1-Pfd.-Paket 0,22	Silber-Putzseife Stück 0,10 0,35 0,50	Bohnerwachs , weiss u. gelb, 1-Pfd.-Dose 0,50 2-Pfd.-D. 0,95
Wasser, Lavendel, vorzüglich zur Haarbüchse und	mit Seifenschmelzeln 30% 1-Pfd.-Paket 0,32	Sidol-Putzcreme flüssig Fl. 0,15 0,30 0,50	Maja-Bohnerwachs , 1-Pfd.-Dose 0,90 2-Pfd.-Dose 1,70
für Seife u. Woll, 1/2-Pfd.-Beutel 0,25 1/2-Pfd.-Beutel 0,45	Hoffmanns Reisstärke 1/2-Pfd.-Karton 0,28	Blitzblank 3 Pakete 0,25	Maja-Bohnerwachs , flüssig Fl. 1,50 2,50 4,00
Seifenflocken teilsalt, 85% ausgewogen Pfd. 0,50	Bonami-Universalputzstein für Glas,	Feisoda 2-Pfd.-Paket 0,12	Crine-Bohnerwachs , flüssig Fl. 1,40 2,00 3,00
Garantiert reine Schmierseifen	Kacheln und lackiertes Holz Stück 0,50 0,95	Sämisch-Fensterleder St. 0,95 1,45 1,90 2,85	Wundermop imprägniert, in Dose 0,95
Grüne Leinöl Pfd. 0,32 10-Pfd.-Bimer 2,75			Figaromop imprägniert, in Dose, m. Stiel 3,75 5,00 6,50
Elaide Pfd. 0,35 10-Pfd.-Bimer 3,25			Mopöl hervorragende Qualität
Alabaster Pfd. 0,40 10-Pfd.-Bimer 3,75			Blockkannn 200 g 0,70 500 g 1,20 1000 g 2,20

Alt-Berlins „Unterwelt“

Was die „olle Buddelei“ ans Tageslicht brachte — Der Krögel verschwindet

Berlins Unterwelt ist im allgemeinen eine Angelegenheit des Roten Hauses am Alexanderplatz. Dort hat man Karteien eingerichtet, Alken gesammelt und Erfahrungen, die ohne weiteres gestatten, diese „Unterwelt“ ihrer Geheimnisse zu berauben. Heute aber soll von einer anderen Unterwelt die Rede sein, von dem Untergrund, auf dem Alt-Berlin erbaut wurde. Was haben wir bisher von dem Berliner Baugrund gewußt? Welche Schichten sind unter den hochgebauten Häusern in die Tiefe der Erde gebettet? Welchem Druck können diese Schichten Widerstand leisten? Wie ist ihre Tragfähigkeit, welche Ueberrassungen können hier noch geboten werden?

Wie wichtig es ist, den Untergrund genau zu kennen, das zeigt das Beispiel der Häuserruinen in der Hebbelstraße, die auf einem Kolk, auf Boden von geringster Tragfähigkeit, erbaut wurden. Gewiß, man hatte dort Pfähle in den Morast gerammt, aber die Geister der Unterwelt begannen mit ihnen zu spielen. Sie sorgten dafür, daß die Pfähle keinen Halt hatten, daß sie sich verschoben, ja teilweise sogar quer legten. Die Häuser wurden unwohnlich, die schwankende Unterlage ließ Risse entstehen, das Leben der Bewohner war bedroht. Die Reparaturkosten stiegen ins Ungemeine.

Eine gründliche Erforschung des Berliner Untergrundes begann eigentlich erst bei der Durchführung der Untergrundbahnbauten. Im Zusammenhang mit diesen Arbeiten ist auch der Untergrund der Berliner Altstadt erforscht worden. Es handelt sich um den Teil der Stadt, der von folgenden Straßenzügen eingekreist wird: Werderstraße—An der Stechbahn—Kurfürstenbrücke—Königsstraße—Alexanderplatz—Alexanderstraße—Jannowitzbrücke—Brandenburger Ufer—Reutlin am Wasser—Wollstraße—Niedermollstraße und Oberwallstraße. Durch die von diesen Straßen eingegrenzte Fläche hat man verschiedene Schnitte gelegt, und für jeden einzelnen dieser Schnitte wurde der Untergrund erforscht, so daß ein vollkommen klares und durchsichtiges Bild entstand.

Auf Schlamm und Sand steht die alte Stadt.

So erkennt man z. B., daß unter der Spree zwischen Inselbrücke und Stadthaus eine Schlammschicht von etwa einem Meter Mächtigkeit lagert, und daß unter ihr scharfer Sand von fast fünf Meter Mächtigkeit eine Schicht von grobem Sand mit Kies und Steinen überlagert. An beiden Spreeufern aber sind Auffüllungen von drei bis fünf Meter Mächtigkeit, die über scharfem Sand lagern, der nach der Tiefe zu immer gröber wird, mit Kies und Steinschichten durchsetzt ist. Auf diesem Grund sind z. B. die Häuser der Papststraße erbaut worden. Jeweils findet man auch schmale Streifen feinen Sandes eingestreut. In anderen Stellen, z. B. in der Gegend vom Gertraudensteig, ist in den

scharfen Sand eine schmale 13 Meter tief reichende Torf- und Schlammschicht zu finden. So sieht man das ganze Gelände, die ganze Unterwelt des alten Berlin offen vor sich ausgebreitet, es ist, als ob man mit einem für diese Unterwelt geeigneten Fernglas, das hier zum „Tiefenglas“ wurde, durch den Boden blickt. Man erkennt, daß die Altstadt im allgemeinen auf sehr gutem, sicherem Baugrund steht.

Wenn Berlin an die Neugestaltung der Altstadt herangehen wird, und dieser Tag wird kommen, so weiß man jetzt ganz genau, welchem Boden man sich anvertrauen kann. Es wird Leute geben, die die windigen Gassen der Altstadt mit ihren schiefen Häusern romantisch finden, die es bedauern, daß wieder ein Stück der Vergangenheit verschwindet. Ob aber diese Romantiker auch noch weiter schwärmen würden, wenn man sie zwänge, diese Wohnungen zu beziehen? Romantik ist immer sehr hübsch, wenn man sie von draußen sieht. Innigere Berührung mit ihr pflegt meist die romantischen Gefühle zu verschleichen. Vielleicht kann man einzelne Gebäude bewahrt als Museen herrichten, etwa so, wie man es in Weimar mit dem Stadtschloß gemacht hat. Man möge auch das Palais Ephraim erhalten, aber auf die Dauer wird man das Ganze weder als Wohnstadt noch als Museum retten können. Man wird ein neues Viertel bauen, und vielleicht zelgen dann einmal noch erhalten gebliebene Häuser, wie schlecht, wie eng, wie licht- und luftlos das Volk der Vergangenheit wohnte, damit die Nachwelt erkenne, daß trotz aller Mühe doch eine neue, eine bessere Zeit angebrochen ist.

Die Erforschung des Untergrundes der Altstadt ist eine Arbeit, die von der städtischen Verkehrs-Gesellschaft zusammen mit dem Citrus-Ausschuß geleistet wurde, und wenn diese Arbeit auch nicht von heute auf morgen ihre Früchte tragen wird, so handelt es sich doch um eine wichtige Vorbereitung für die Umgestaltung des Kernes der alten Stadt an der Spree.

Die Partei wächst!

Zwanzigtusend neue Mitkämpfer kann allein die Berliner Sozialdemokratie zählen
Der Vormarsch geht weiter!
Hilf auch Du mit! Es geht um Deine Sache!
Die beste Werbearbeit ist Agitation für den „VORWARTS“

Wer für den „Vorwärts“ wirbt, dient der Partei!

Nedlitz-Insel verschwindet.

Die Havel wird verbreitert — Sportverkehr vom Berufsverkehr getrennt.

Die Wasserstraßenverwaltung hat beschlossen, die den drei Stammlokalen in Nedlitz gegenüberliegende Insel auf der Nedlitzer Seite abzugeben zu lassen, um diesen Havelstutzen zu verbreitern. Auch das hindernde Fischwehre soll verschwinden. Es ist beabsichtigt, den Sportverkehr vom Berufsverkehr zu trennen und den Sportverkehr mit der Zeit nur durch die alte Nordbrücke zu leiten. Die Südbrücke soll dem Schleppverkehr vorbehalten bleiben.

Landpächter auf falschem Wege.

In „Haverlands Festjalen“ waren etwa 150 von 15000 städtischen Landpächtern der Einladung eines neugegründeten Verbandes städtischer Landpächter gefolgt.

Die Versammlung diente hauptsächlich dem Zwecke einer Klärung des kommunikativen Stadtoverordneten Satzlebers, der Bericht über die — allerdings von allen Fraktionen des Stadtparlamentes beschlossene — Ermäßigung des Standgeldes in und vor den Markthallen um 50 Proz. erstattete. Im übrigen zog er gegen die Stadt Berlin und gegen die Güter-GmbH, vom Veder, die an der

schlechten Lage der städtischen Landpächter schuld seien. Was die einzelnen Pächter dann selbst zu sagen hatten, war wesentlich milder als Herrn Satzlebers Tiraden gegen Berlin, die reichlich mit Subjektivitäten auf seine eigene Person geschmückt waren. Unter anderem wurde von einem der Pächter auch vorgeschlagen, die Stadt Berlin solle ihre jetzt von der Güter-GmbH. verwalteten Ländereien an die Arbeitslosen verteilen, die sollten dort ihre Kartoffeln bauen, dann brauche die Stadt Berlin keine Arbeitslosenunterstützung mehr zu zahlen. Nun, mit solchen Vorschlägen und unsachlichen Schimpfereien wird der neue Verband, der bedenklich im kommunistischen Fahrwasser schwimmt, kaum Erfolge bei den maßgebenden Institutionen erringen. Außerdem aber sollen die städtischen Landpächter bedenken, daß sie nicht allein von den Auswirkungen der jetzigen Wirtschaftskrise betroffen sind, unzählige Volksgenossen haben ungleich schwerer darunter zu leiden.

Abramowitsch spricht über den „Funktionswandel der bolschewistischen Diktatur“ in der Freien Sozialistischen Hochschule. Der nächste Vortrag findet am kommenden Sonnabend, dem 14. März, 19 1/2 Uhr, im ehemaligen Herrenhaus, Leipziger Straße 3, statt. Genosse Raphael Abramowitsch, Mitglied der Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, spricht über das Thema „Der Funktionswandel der bolschewistischen Diktatur“. Karten zum Preise von 50 Pf. (einschl. Garderobe) sind bei den bekannten Stellen und an der Abendkasse zu haben.

Ein bunter Mittagstisch.

Das Mütterchen und der Junge mit den großen Augen.

Im Hause Große Frankfurter Straße 123 sitzt eine bunt zusammengewürfelte Mittagsgesellschaft um einen langen, weißgedeckten Tisch.

Da sitzt ein altes Mütterchen, dem das Kraut schon allerhand Schwierigkeiten bereitet, aber gierig-hastig führt die züchtige Hand den vollgefüllten Löffel immer wieder zum Munde. Daneben ein langer, blasser, schmalbrüstiger Gymnast. Er ist langsam, bedächtig und dankbar suchen seine großen Jungenaugen immer wieder den Blick der Nährmutter, die ihn ganz besonders in ihr Herz geschlossen zu haben scheint, denn er hat eine wahre Kiefenportion vor sich aufgetürmt. Ein Stückchen weiter schwärzen und schmahen ein paar kleine Schulmädels, plötzlich tuscheln sie vorlegen, die eine nimmt ihren leeren Teller hoch und geht jaghaft an die Essenausgabe: „Darf ich noch ein wenig nachbekommen?“ „Aber gewiß doch,“ und dabei klatscht ein großer Schöpfer voll Essen auf ihren Teller. Da kriegen denn auch die kleinen Kameradinnen Rut und treien an. . . . Dann kommen Frauen, Männer, kleine Jungens und Mädels eimerbepackt und holen das Essen für die ganze Familie: fünf, sechs, acht Portionen, so viele Häupter zählen ja die Familien der Allerärmsten sehr oft, und weil morgen Sonntag ist und es kein Essen gibt, wird soviel aufgetan, bis auch der größte Eimer bis oben voll ist. Kaum schleppen können die Steptes die schwere Last, man sieht sie über den Hof gehen und nach wenigen Schritten immer wieder ablegen und dabei haben sie oft einen langen, langen Weg vor sich. Sie kommen vom Norden, vom Süden, aus allen Himmelsrichtungen der Stadt. Eine 78jährige macht täglich den Weg aus einer ganz weitliegenden Gegend. Hunger tut weh!

Dieses Liebeswerk wurde von privater Stelle — sie nennt sich Private Fürsorge des Ostens — vor einigen Wochen ins Leben gerufen; man fordert durch Vermittlung der Rektoren bedürftige Schüler von Hoch-, Mittel- und Volksschulen, durch Vermittlung des Wohlfahrtsamts bedürftige Familien zur Speisung. Täglich werden gegen 150 Portionen Essen ausgeteilt, das teils in einem großen Kaufhaus, zum Teil in einer städtischen Küche gekocht wird; der Spiritus rector dieser hochherzigen Idee, der selbst finanziell an der Sache stark beteiligt ist, sieht jeden Mittag von 12 bis 15 Uhr an der Essenausgabe und kontrolliert die Essenarten, macht hier aus einer Vierportionenportio eine fünf, dort aus zwei eine vier; seine Frau teilt aus, deckt die Tische, hat für jeden ein freundliches Wort. Und der Mann, der auch die einzelnen Fälle selbst redigiert, erzählt so Trauriges, daß man seine Entrüstung begreifen kann, wenn er von den Vielen spricht, die helfen könnten und nicht helfen wollen. . . .

Kommunisten gegen Jugendpflege.

Ein Schlag gegen die Interessen der Kleingärtner.

Uns wird geschrieben: Eine kürzlich tagende Generalsversammlung des Bezirksverbandes der Kleingärtner Reutlin-Treptow nahm bei der Beratung des Etats folgenden von kommunistischer Seite gestellten Antrag mit Mehrheit an: „Die Etatmittel des Ressorts Jugendpflege werden von 150 M. auf 50 M. herabgesetzt!“

In der Begründung führte der KPD-Mann Schlicht aus, daß die kommunistischen Kleingärtner für Spiel und Sport der Jugend im Kleingarten nichts übrig haben, die Jugend gehöre in den Turnverein Fichte. Er behielt sich für eine weitere Sitzung den Antrag auf vollständige Streichung der Mittel vor. Dieser Antrag fand die vollständige Unterstützung des 1. Vorsitzenden des KPD-Mannes Koch.

Wir betrachten diesen Beschluß als einen Akt gegen die Interessen der Kleingärtner. Stehen wir doch auf dem Standpunkt, daß hier eine wichtige Programmforderung der Kleingärtner außer Kraft gesetzt worden ist. Denn gerade durch die Pflege der Jugendbewegung im Kleingartenwesen hat sich diese Bewegung die Achtung und Sympathie weitester Bevölkerungskreise erworben. Wir erinnern uns noch mit Anerkennung des Werbefilms „Land in Sonne“, wo überall die Jugend in Spiel und Sport in schöner Radtheit im Vordergrund steht. Soll also nicht gerade jetzt wo sich der Kampf um weiteres Kleingartengelände, um vertragliche Festigung der Heimstättengebiete dreht, dieser Antrag zum Schaden der Kleingärtner auswirken, so ist eine schnelle Revision notwendig.

Die hanseatischen Handelskammern Bremen und Hamburg haben in einer Denkschrift an die Reichsregierung gegen die Einführung eines Südruchmonopols grundsätzlich Stellung genommen.

Wenn Sie daran denken

sich neue Schuhe zu kaufen, so sind tadelloser Sitz, erstklassige Ausführung und grosse Preiswürdigkeit entscheidend. Alle diese Voraussetzungen erfüllt voll und ganz

Damen-Strümpfe in allen mod. Farben.



SALAMANDER

Armer „möblierter Herr“

Die Wohnungsnot der Ledigen — Her mit der Junggesellenwohnung!

Die Wohnungsnot in Berlin ist trotz der relativ starken Bau-tätigkeit der Stadt nach wie vor groß und in ihren Auswirkungen für die Betroffenen empfindlich spürbar. Viele Jungverheiratete wohnen bei den Eltern oder sofern sie schon etwas besser daran sind, haben sie eine Stube mit Küchenbenutzung mit allen daraus sich ergebenden Konflikten als Untermieter inne. Der Wohnungsmangel wird als eine Not des Volkes empfunden, die es mit allen Kräften zu überwinden gilt. Reich, Staat, Kommunen bauen selbst oder fördern und unterstützen genossenschaftliche und private Bau-gesellschaften, die eifrig an der Bekämpfung der Wohnungsnot arbeiten. Bei dieser Arbeit jedoch wird meist vergessen, daß es nicht nur eine Wohnungsnot der Verheirateten, sondern auch eine Wohnungsnot der Ledigen gibt.

Der junge Mann, der früher in Untermiete wohnte, ver-heiratete sich in der Regel nach einigen Jahren und nahm ein eigene Wohnung. Die heutige Wohnungsnot und die sonstigen wirtschaftlichen Verhältnisse sind nicht gerade ein Anreiz zum Heiraten, und die sich trotzdem dazu entschließen, kommen meist aus dem Regen in die Traufe. Statt als Ledige wohnen sie als verheiratete Untermieter und in den meisten Fällen ist das nunmehr gemeinsam zu ertragene Ungemach nicht halbes, sondern doppeltes Leid.

Der Ausweg in die Ehe, der heute auch für den Mann in vielen Fällen nicht die Rettung vom Untermieterdasein bringt, ist noch weniger möglich für die Frau. Neben den sprichwörtlich gewordenen „möblierten Herrn“ ist heute die berufstätige allein-stehende Frau getreten.

Was es heißt, „möbliert“ zu wohnen.

Ein Leben lang um jedes Glas Wasser bitten müssen, jeden Morgen schlechten Kaffee aus angebrochener Tasse zu trinken, ein Leben lang unter Rippenfiguren, überlebensgroßen Spiegeln, gräß-lichen Bildern an schlechten Tapetenwänden, in einem Zimmer mit unpraktischen Möbeln aus mittäglicher Gründerzeit zu wohnen. Das ist das Los der „Möblierten“. Der Ausspruch: „Zwar Blüsch, aber bequem“, ist ein Seufzer der Erleichterung eines anspruchslos ge-wordenen und sich in sein Schicksal ergebenden Junggesellen. Unter dem Druck des Ueberangebots von möblierten Zimmern haben sich die Verhältnisse für die Untermieter etwas gebessert. Man zeigt ihnen heute nicht mehr so deutlich, daß sie eigentlich Ein-dringslinge sind, denen man nur widerwillig und aus Barmherzig-keit (zwar nur gegen gute und voraus zu entrichtende Be-zahlung) Unterkunft gewährt.

Hier Abhilfe zu schaffen, ist eine dringende Notwendigkeit. Der Kampf gegen die Wohnungsnot der Ledigen muß in das allgemeine Wohnungsbauprogramm mit aufgenommen werden. Die Zahl der Untermieter geht in Berlin in die Hunderttausende. Allein 47.000 „Schlafpänger“ wurden bei der Grundstücks- und Wohnungsaus-nahme im Mai 1925 gezählt. Das Schlafpängerwesen ist eine der

größten städtischen und gesundheitlichen Gefahren der Großstadt. Der Schlafpänger, der zu den Kernsten der Armen gehört, und nicht das Geld für ein möbliertes Zimmer aufbringen kann, schläft in den meisten Fällen mit der fremden Familie und deren Kindern in einem Raume zusammen.

Ledigenheim und „Junggesellenwohnung“.

Die sich aus dieser „Gemeinschaft“ ergebenden Gefahren hat die Stadt Berlin durch den Bau von Ledigenheimen zu steuern versucht, aber diese Ledigenheime, deren Mietpreis kaum höher ist als der normale Preis für eine Schlafstube, reichen bei weitem nicht aus. Auf jeden Fall ist der Aufenthalt in einem Ledigenheim, in einem zwar kleinen, aber doch eigenem Zimmer, das außer den notwendigsten Möbeln mit Zentralheizung und elek-trischem Licht versehen ist und außerdem noch zentrale Badeein-richtung besitzt, bei weitem einer Schlafstube vorzuziehen. Dazu führt die Zusammenfassung von einigen hundert alleinstehenden Menschen desselben Geschlechts vielleicht notwendigerweise zu einer Kasernierung, die als Dauerzustand ebenfalls keine Lösung des Problems bedeutet. Gewiß werden neuerdings auch sogenannte „Junggesellenwohnungen“ gebaut, so befindet sich am Fehrbelliner Platz ein Hausblock mit Junggesellenwohnungen, die mit Bad, abteilbarem Schlafraum, Zentralheizung und Kochfläche ausgestattet sind, aber eine Miete von über 110 M. monatlich und einer Vorauszahlung im Betrage einer Jahresmiete als Baukosten-zuschuß dürften nur wenige Gläubiger aufbringen können. Der Masse der Untermieterchaft ist nur mit der billigen Ein-zimmerwohnung gebietet, die ohne überflüssigen Komfort den notwendigen Ansprüchen des Mieters Rechnung trägt.

Ein Vorschlag.

Ein Weg zu billigen Junggesellenwohnungen, dessen praktische Durchführung die Baufachleute einmal prüfen sollten, wäre viel-eicht: Bei Neubauten wird in jeder Etage ein Zimmer zwischen zwei Wohnungen eingebaut, das vom Flur aus zugänglich ist und direkt vom Hauswirt resp. von der Baugesellschaft vermietet wird. Diese Einzelzimmer würden, vom Standpunkt der Rentabilität be-trachtet, wahrscheinlich sogar einen höheren Mietzins bringen als sonst der gleiche Raum innerhalb einer Wohnung. Auch in der Richtung der Volkseinerordnung vom 14. August 1930, die eine weitere Erleichterung in der Zulassung von Arbeits- und Wohn-räumen für Künstler im Dachgeschoss brachte, ist ein Weg der Ab-hilfe möglich. In manchen Neubauten befinden sich im Dach-geschoß kleine Kammern, die mit wenig Kosten für Wohnzwecke hergerichtet werden können. So lassen sich heute schon Wege finden, die dem meist unerfreulichen und bedrückenden Untermieterdasein ein Ende machen, und den Junggesellen und besonders den heute in den meisten Fällen zwangsmächtig Junggesellinnen ein heute nicht vorhandenes Eigenleben ermöglicht.

Vorhandensein der Geschäfte ist sicher auch ein Grund, daß nicht noch mehr Verstöße gegen die guten Sitten vorkommen. Publikum aus allen Kreisen der Berliner Bevölkerung, Korporationen und Be-stattungsvereine, die zu den Kunden der städtischen Sargmagazine zählen, bestätigen immer wieder, daß sie erstklassig bedient werden und billig kaufen. Alle städtischen Sargmagazine übernehmen Erd- und Feuerbestattungen auf sämtlichen Friedhöfen, Krematorien so-wie Ueberführungen von und nach außerhalb mit modernen Be-stattungsautomobilen. Bereitwillig wird auch kostenlos Auskunft in allen Bestattungsangelegenheiten erteilt. Die Bestattungsinstitute be-finden sich: Neukölln, Anzengruberstr. 25; Lichtenberg, Rössendorferstr. 14; Reinickendorf, Graf-Roedern-Allee 189, und Treptow-Niederschöneweide, Grünauer Str. 2.

Schützt öffentliches Eigentum.

Aus dem Bezirk Friedrichshain erhalten wir folgende Zuschrift:

Ein Erfolg sozialdemokratischer Arbeit im neuen Berlin ist die großzügige Schaffung vieler neuer Sportplätze, Grün-flächen und Parkanlagen, die der arbeitenden Bevölkerung in den Freistunden zu willkommenen Erholungsläuten geworden sind. Im Alt-Berliner Bezirk Friedrichshain war es leider infolge der restlosen und dichten Bebauung nur im geringen Umfange möglich, Neuanlagen zu schaffen. In der Hauptsache galt es, die vorhandenen Parkanlagen und Plätze zu erhalten und zu verschönern, auf breiten Promenaden Grünstreifen anzulegen und, besonders für alte Leute, die weite Wege zu den Parkanlagen nicht mehr machen können, durch Aufstellung von Ruhebänken in den Straßen eine Erholungsmöglichkeit zu bieten. So hat im Laufe eines Jahrzehnts sozialdemokratischer Bezirksamtsarbeit der einst schmäl-lose graue Osten ein wesentlich freundlicheres Aussehen bekommen. Wie Daten in der scheinbar freudevollen Steinwüste finden wir heute kleine Anlagen, die wahre Schmuckplätzchen geworden sind. Eltern finden hier eine Ruhestätte und Tausende von Kindern aus den zahllosen Hinterhäusern Spielmöglichkeiten im hellen Sonnenschein. Diese mit erheblichen Mitteln geschaffenen und mit aufopfernder Liebe gepflegten Anlagen sind leider häufig der Zerstörungsmut gedanken-loser junger Burschen ausgesetzt. Es mehren sich jetzt wieder die Fälle, in denen die Anlagen beschädigt und sogar Gegen-stände vollständig zerstört werden. So sind vor wenigen Tagen in der immerhin sehr belebten Friedenstraße sogar von einer effernten Lehnbank beide Füße mit brutaler Gewalt abge-brochen worden. Gegen diese rohen Streiche muß die Bürgerchaft sich entschieden zur Wehr setzen; und auch da, wo nicht Zerstörungslust maßgebend ist, sondern wertvolle Gemäße gestohlen werden, wie kürzlich auf der Weberwiese wiederum zwei wertvolle Rhododendron-Dieben in die Hände fielen, sollte jeder Bürger solche Schädlinge am Gut der Allgemeinheit umachsiglich der Polizei über-geben. Nur wenn die Berliner Bürger selbst auf ihre Anlagen achtgeben, ist die Erhaltung im bisherigen Umfange möglich.

Photographische Ausstellung Berlin. Im neuen Schöneberger Rathaus, Rudolph-Wilde-Platz, veranstalten die Berliner Photographen im Rahmen der Reichs-Handwerks-Boche vom 18. bis 22. März, bei freiem Eintritt, eine Ausstellung ihrer Berufsarbeiten.

Ueber Not und Selbsthilfe der Jugend spricht Rechtsanwalt Dr. Kurt Beck in einer öffentlichen Versammlung des Bundes entschlossener Schul-reformer am Dienstag, dem 17. März 1931, 19^h Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Oberrealabteilung, Belgauer Str. 48 (Ecke Eisenacher Str.). Ferner spricht Frau Reichheim über: Amilische Fürsorgearbeit. Es schließt sich an eine Aussprache Jugendlicher.

Särge ohne Profit

Die städtischen Bestattungsinstitute — Anreißer wittern Gefahr

Die Sozialdemokratie fordert nach den kommunalpoli-tischen Richtlinien die Uebernahme des Bestattungs-wesens in städtische Regie. Diese Forderung haben sich schon eine Reihe Städte, in denen Sozialdemokraten maß-gebenden Einfluß ausüben, zueigen gemacht.

Zu diesen Kommunen gehören Berlin, Leipzig, Kiel, Ham-burg und andere Großstädte. Allerdings sind in vielen Ge-meinden erst bescheidene Anlagen vorhanden. In Berlin besitzen leider nur vier Bezirke, Neukölln, Lichtenberg, Reinickendorf und Treptow eigene Bestattungsinstitute. Nun wird in letzter Zeit gerade gegen diese städtischen Einrichtungen Sturm ge-laufen. Die „Interessenten“, die sonst immer behaupten, diese Be-triebe kosten der Stadt Berlin nur Geld und bringen nichts ein, sind jetzt dabei, Angebote zu machen, um diese „banterotten“ Betriebe für ein Butterbrot zu kaufen. Sie glauben die Zeit für gekommen, um endlich in Berlin konkurrenzlos der Bevölkerung auch hier die Preise diktieren zu können. Dabei weiß jeder Eingeweihte, daß gerade im Bestattungswesen noch recht schlimme Geschäftspraktiken herrschen. Kaum daß die Hinterbliebenen, noch tief erschüttert vom Tode eines lieben Angehörigen, das Krankenhaus verlassen haben, da heften sich schon „stille Helfer“ an ihre Taschen. Es ist kein Wunder, wenn sie sich in diesem seelischen Zustand bereit erklären, alles durch diese sogenannten Anreißer besorgen zu lassen.

Daß ein Anreißersystem besteht, ist kein Geheimnis.

„Das Bestattungswesen“ bringt des öfteren einseitige Ver-fügungen oder Gerichtsurteile, wonach dem oder jenem Inhaber von Sargmagazinen das Anreißen von Berichts wegen untersagt wird. Daß die Anreißer nicht umsonst arbeiten, kann wohl nicht bestritten werden. Zu spät merken dann die Hinterbliebenen, wenn ihnen die Rechnung präsentiert wird, daß sie anständig über das Ohr gehauen worden sind. Kommt es gar einmal vor, daß Angehörige eines Ver-

storbenen rebellieren und sich eine Kalkulation im städtischen Sarg-magazin machen lassen, dann sind die Herren sogar so „spendabel“, etwas zurückzahlen.

Ist es da nicht geradezu lebensnotwendig, städtische Sarg-magazine zu haben.

wo derartige Geschäftsmethoden nicht geduldet werden? Deshalb ist der Kampf gegen die städtischen Einrichtungen nicht nur ein Kon-kurrenzkampf, sondern ein Kampf um mehr. Gerade in den prole-tarischen Bezirken haben sich diese städtischen Einrichtungen zum Wohle der Bevölkerung bewährt und werden in steigendem Maße in Anspruch genommen. Nun wird behauptet, daß diese Einrich-tungen nur existieren können, weil sie mit der Lieferung von Wohlfahrts-särgen beauftragt sind. O nein, ganz so sieht es nicht aus. Der weitaus größte Teil der Bestattungen ist privat, die Wohlfahrtsbestattungen werden mit ausgeführt, um einen unnötigen Leerlauf zu vermeiden. Verdient wird an den Wohlfahrts-bestattungen nichts. Das Sargmagazin in Neukölln hat in den letzten Jahren seine Einnahmen zu zwei Dritteln aus privaten Aufträgen heringeholt. Obwohl es, entgegen der Behauptung der privaten Sarghändler, genau so seine Hauszinssteuer, Gewerbesteuer, Lohnsummensteuer, Umsatzsteuer, sogar 13 $\frac{1}{2}$ pro Tausend zahlen muß, hat der Betrieb seit 1924 immer noch 3000 bis 4000 M. pro Jahr an die Stadt abführen können. Das Geschäft muß sogar noch die städtischen Revisionskosten selbst tragen. Das gesamte Betriebs-kapital ist bis auf den letzten Pfennig aus dem Geschäft herausgeholt worden. So steht dieser Betrieb gefestigt da und es wäre unvor-antwortlich, wollte man heute, nur dem Privatkapital zuliebe, diese segensreiche Einrichtung auflösen.

Aber selbst wenn diese Einrichtungen keinen Ueberschuß ab-werfen, sind sie notwendig, schon um auf dem Gebiete des Be-stattungswesens preisregulierend zu wirken. Das bloße

A·HEFTER

SEIT 75 JAHREN

Hefters Qualitätsfleischwaren

nach Wunsch küchenfertig hergerichtet:
1 kg Ochsenfleisch feinster Mast
1 kg Lammfleisch feinster Mast
1 kg Mastkalbfleisch

Hefters Sonderangebote

1 kg Rindrouladen	per Pfund	Mk. 1.35
Suppenfleisch	von Mk an	0.90
Kassler Schuft	per Stück	0.90
Einbein mit Spitzbein, gepökelt		0.80
Gepökelte Schweinshäufel		0.80
Fetter Speck		0.88
Schinkenecken		0.88
Griebschmalz		0.80
Bratenschmalz		0.68
Regensburger	Stück	0.25
Holst. Salami u. Zervelatwurst 1 kg		1.70
Feine Leberwurst		1.40
Hettwurst, Braunschweiger Art		1.20
Fleischwurst		0.88
Landjägerwurst		0.92
1 kg frische Suppenhühner		1.20
Bayrischen Schweizerkäse		1.30
Feinste deutsche Tafelbutter		1.58
Brechbohnen, lachsel 1/2-Dose	Mk. 0.45 u.	0.54
Pflaumen, mit Stein	1/2-Dose Mk.	0.70
Pflaumen, ohne Stein	1/2-Dose	0.85
Gemischtes Gemüse	1/2-Dose	0.98

Hefter am Rüdeshelmer Platz
 unsere neue Filiale
Ahrweiler Str. 31 Ecke
Landauer Str. 8, ein Bei-
 spiel moderner Hygiene
 und Zweckmäßigkeit
wurde soeben eröffnet!
 Fernspr. für alle Filialen: A·H·HEFTER 6040-6043

erst einmal,
 bald öfter,
 dann immer

A·HEFTER

Zwaidgummwäp

bringen wir eine neue Zigarette

ENVER BEY VALUTA

Einheitspackung **30** dick und rund $\frac{0}{M}$.

die trotz Billigkeit jeden anspruchsvollen Raucher befriedigen wird

Hermann Lieber: Friedrich Schinkel

Zu seinem 150. Geburtstag am 13. März

Unverbesserliche Monarchisten verkünden noch immer die ungeheuren Verdienste ihrer geliebten Herrscher für die Kunst. Wer jedoch unvoreingenommen an die Kunstgeschichte herangeht, der wird zu einem anderen Ergebnis kommen. Schiller hat das Richtige geahnt, wenn er sagte, daß „keines Medizäers Güte der deutschen Kunst gelächelt“ habe. Am wenigsten finden wir wirkliches Kunstverständnis bei den Hohenzollern. Das ist um so tragischer, als gerade ihnen die besten Baumeister zu Gebote standen. Sie mußten nur leider diese Kräfte nicht zu nutzen. Andreas Schlüter fiel bei Friedrich I., dem Kunst nur ein Mittel war zur prunkvollen Verherrlichung seiner neuen Königswürde, in Ungnade, während er noch am Berliner Schloß baute, und wurde durch den viel schwächeren, aber in höflichen Ränken und Schmiedeleien erfahreneren Cosander von Goethe ersetzt, der ihm denn auch sein großartiges Projekt gründlich verpöchtelt hat. Noch verhängnisvoller ist die Abdankung Knobelsdorffs, der sich für den Potsdamer Fassadenschwindel Friedrich II. nicht hergeben mochte und deshalb in seinen besten Mannesjahren kaltgestellt wurde. Aber auch der dritte und letzte in der Reihe der großen preußischen Architekten, Friedrich Schinkel, ist von seinen Bauherren mehr gehemmt als gefördert worden. Auch ihm blieb der entscheidende Einfluß auf die städtebauliche Gestaltung Berlins verweigert.

Keufferlich betrachtet, ist Schinkels Laufbahn glänzend. Sie ist der des Bildhauers Rauch nicht unähnlich. Sohn eines Pastors in Neuruppin, der Geburtsstadt Fontanes, wird Schinkel ebenfalls von der Königin Luise begünstigt, für die er 1810 jenes antikisierende Mausoleum im Schloßpark von Charlottenburg erbauen hilft, das Verhältnis von Rauchs bekanntestem Denkmal. Von da an ist Schinkel Hofkünstler. Bezeichnenderweise hat er als Maler angefangen. Der romantische Uberschwang äußert sich bei ihm ganz unpreußisch nach einer dreijährigen Italienischen und französischen Studienreise in Phantasiebildnissen und Theaterdekorationen, darunter der noch heute erhaltenen zur „Sauberslöte“. Man erläßt ihm die vorgeschriebenen Examina und ernannt ihn 1810 zum „Baulehrer“. Mit 34 Jahren ist dieser Außenleiter — man könnte beinahe sagen: Diktator — Geheimere Oberbaumeister!

An Ruhm und Geld hat es Schinkel nie gefehlt. Was ihm fehlte, das war die sichere künstlerische Tradition und die freie Entfaltungsmöglichkeit seiner Persönlichkeit. In Paris und Rom in Wien und London hat der Architekt jener Zeit noch festen Boden unter den Füßen. Da ist die Kunst in der Aristokratie, ja, bereits im Bürgertum verankert. Nicht so in Preußen. Weder der rohe Landadel noch das unterdrückte, materiell ausgepumpte Bürgertum haben irgendwelchen Anteil an der von den Hohenzollern künstlich aufgepflanzten Kultur. Berlin ist, wie gesagt, städtebaulich verpfuscht und nicht mehr zu retten. In Potsdam sind gute Anlagen aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts durch die frieburgianische Großmannsucht erstickt worden. Arme Kleinbürger wohnen hinter

imitierten italienischen Renaissancefassaden, die auf Befehl des Königs errichtet worden sind.

Aus der Vergangenheit und aus dem Zustande hat man seine Vorbilder schon zu einer Zeit bezogen, die anderswo — in Dresden etwa oder in Würzburg — noch durchaus eigenhöpferisch gewesen sind. Um wieviel mehr mußte sich diese Unsicherheit, dieser Mangel eigener Formen bemerkbar machen, nachdem das Barock, der letzte originell abendländische Baustil, erloschen war? Das beste war, man griff zur Antike. Ihre Formen, die Goethe über alles verehrt hat, nachdem sie bei den Ausgrabungen von Pompeji wieder ans Licht gekommen und von Winkelmann als Vorbildlich erklärt worden waren, kamen den Bedürfnissen der schlichtbürgerlichen, nach der Erfindung durch die Napoleonischen Kriege notgedrungen sparsam gewordenen Epoche entgegen. So baute Schinkel die Neue Wache in Berlin als altgriechisches „Castrum“, d. h. als Wachenplatz mit vorgelegtem Tempelgiebel. Ähnlich die Hauptwache in Dresden. Das war eine wichtige, klare Formensprache, wie sie der große Knobelsdorff in seiner unergleichlichen Opernhausfassade hatte anklingen lassen. Die bürgerliche Sachlichkeit löst den höfischen Prunk und Pomp ab. An den großen Aufgaben des Alten Museums und des Schauspielhauses kommt sie voll zur Entfaltung. Es gibt keinen Museumsbau in der ganzen Welt, der sich mit der großen, ruhigen Säulenhalle am Lustgarten in Berlin messen kann. Der Schinkelsche Klassizismus strahlt in die Provinz aus: er ist außer in Dresden auch in Magdeburg nachweisbar.

Aber wie ein Kraut wuchert daneben die Romantik, die das deutsche Mittelalter neu beleben möchte. Der Sieg über Napoleon hat die unelendliche Deutschhümelei großgezogen. Vom Entwurf zum Siegesdenkmal auf dem Kreuzberg streicht Friedrich Wilhelm III., der ja auch dem armen Rauch das Konzept für sein Friedrich-Denkmal verdorben hat, den Unterbau, so daß nur eine ganz unsinnige gotische Kirchturmspitze übrig bleibt. Die Kirche auf dem Friedrichswerder wird „gotisch“ befohlen, und der Hofarchitekt hat zu gehorchen. Es ist schlechte Theatergotik. In Potsdam, wo das „Jubiläum“ und Schloßchen „Charlottenhof“ den Klassizismus vortrefflich vertreten, mußte Schinkel für den späteren König Friedrich Wilhelm IV. und dessen Bruder Wilhelm das englisch-gotische Schloß Babelsberg erbauen, das seiner unwürdig ist. Die Nikolai-Kirche in Potsdam mit ihrer herrlichen Kuppel, eine Erinnerung an die Peterskirche in Rom, ist nicht so geworden, wie ihr Schöpfer sie geplant hatte. Immer wieder hat ihm der König in seine Pläne hineingepfuscht. Die Ausregungen darüber mögen seine Geisteskrankheit gefördert haben, an der Schinkel, 8 Jahre vor der Vollendung der Kirche, 1841 gestorben ist.

Schinkels ausgezeichneten Ideen für die Gestaltung des Potsdamer Plages, des Spittelmarktes und des „Großen Sterns“ im Tiergarten, ferner der Entwurf eines überraschend modernen Warenhauses unter den Linden sind nicht verwirklicht worden. Das vor-märzliche Berlin hatte für so etwas kein Verständnis...

Aber vor allem möchte ich einem Vogel seine Ehre wiedergeben dem Raben. Ihn haben sie mit einer der häßlichsten Lügen verleumdet. Ihn haben sie die nichtswürdigsten, ja verbrecherischen Eigenschaften angehängt.

Ein kleines und tragisches Erlebnis mit einem Raben will ich erzählen, um zu beweisen, daß die Bezeichnung „Rabenmutter“ das Gegenteil von dem sein sollte, was sie unter den Menschen bedeutet. Wir wohnten in einer Gegend der Schweiz, wo es Sitte war, daß man junge Raben aus dem Nest nahm und sie aufzog. Auch uns brachte man eines Tages einen solchen und ich setzte ihn zunächst, um ihn an uns zu gewöhnen, unter einen großen Drahtkäfig. Diesen stellte ich in die Wiese am Haus.

Kaum war er dort, erschien auf der Spitze einer nahen Tanne ein alter Rabe und rief. Der Kleine wandte den Kopf dorthin, war eine Weile verwundert still und lärmte mit einemmal los. Der alte Rabe flog auf einen Obstbaum herunter, dann in die Wiese und kommt durchs Gras heran, indem er aufgeregte Krächzer ausstößt. Der Kleine schaute bald nach der Alten und bald angstvoll nach mir, als wollte er sagen: Laß mich zu ihr. Sie ist meine Mutter...

Da nahm ich ihn heraus. Die Alte flog mit erregtem Getöse auf und stürzte auf mich los. Aber die Bangigkeit trieb sie im leichten Augenblick wieder fort.

Ich setzte den Jungen in die Wiese. Die Alte schickte zu ihm hernieder. Sie umwirbelt ihn mit hundert zärtlichen Lodungen, mit Flügelgraseln, sie holt ihm Raupe und Käfer, lockt... lockt... weint... heult... schreit!

Am nächsten Tag geschieht dasselbe wie am ersten. Die Alte wirbelt mit süßem Getöse, mit erregtestem Flügelschlag um ihn. Weint... krächzt... lobt in den Bäumen und in der Luft.

So ging es ein paar Tage. Die Rabenmutter steigerte in ihnen die Erregung und Heftigkeit. Sie schloß mit jähornigen Verzweiflungslügen aufs Haus zu, wo der Käfig stand, wandte sich kurz davor mit verfluchendem Getöse wieder ab, kam zurück, ging hoch, fiel herab, streifte mit einer Flügelgebärde, die die Wildheit ihres Benehmens auf einmal auf ein paar Sekunden in todernehmige Zärtlichkeit verzauberte, den ohnmächtigen Leib ihres Sohnes, der im Gras lag und schwang sich heulend auf den nächsten Baum. Niemals hatte ich heißere Mutter Sorge, schmerzlichere Mutterbangigkeit und leidenschaftlicheren Mutterdrang gesehen als an der Mutter dieses jungen Raben. Dafür haben die Menschen dann das Wort „eine Rabenmutter“ gemacht, und jeder Reporter wendet es Duzende von Malen im Jahr in seiner Berichterstattung an, ohne zu wissen, wie oft und weshalb.

Diese Ausstellung ist keineswegs vollständig. Wer aber löst das Rätsel dieses menschlichen Verhaltens der Schöpfung gegenüber?

Das „Kari-Tier“.

Die „Erfindung“ neuer Tierarten durch Kreuzung ist schon häufig versucht worden und hat zu manchen glücklichen Ergebnissen geführt. Ein neues derartiges Haustier, auf das man große wirtschaftliche Hoffnungen setzt, ist jetzt in den Vereinigten Staaten erzielt worden. Dieses interessante Geschöpf, das nach fünfjährigen Versuchen auf der Insel Nunivak im Bering-Meer in der Nähe des Delta des Yukonflusses in Alaska geschaffen worden ist, führt den Namen „Kari-Tier“. Es ist nämlich eine Kreuzung aus dem Rentier und seinem in Amerika heimischen Verwandten, dem Karibu. Die Versuche wurden von der amerikanischen Biologischen Versuchsstation in der Wäldchen unternommen, eine Tierfamilie zu schaffen, die größer ist als das Rentier und ihm auch sonst in mancher Beziehung überlegen ist. Es gibt jetzt mehr als eine Million Rentiere in Alaska, die alle von den 1280 Tieren abstammen, die im Dezember 1897 des vorigen Jahrhunderts für 5 Dollar das Stück in Sibirien gekauft wurden. Diese Rentierherden haben die ganzen Lebensverhältnisse der Eingeborenen von Alaska umgewälzt und die Eskimos auf eine höhere Kulturstufe gehoben, denn es wurde ihnen ein Haustier geschenkt das sie mit Fleisch und Kleidung versorgt sowie als Jagdtier außerordentlich leistet.

Die Kreuzung war eine schwierige Aufgabe, denn zunächst mußten in den Wäldchen des oberen Yukon zehn junge und besonders fröhliche männliche Karibus gefangen werden. Dies geschah im Herbst 1924. Die Zuchttiere wurden in Einfriedungen getrieben, dann mit dem Rasso eingefangen und den Winter über in Gefangenschaft gehalten. Im folgenden Frühling wurden sie dann nach der Nunivak-Insel gebracht. Diese war bereits vorher mit einer Herde von 500 Rentieren ausgestattet worden, und zwar waren es lauter weibliche Tiere, die größten und fröhlichsten, die man hatte finden können. Sie wurden nun mit den Karibus gekreuzt, und jetzt sind als Ergebnis dieses Versuchs bereits mehrere 100 dieser Kreuzungen auf der Insel. Jedes Jahr werden etwa 50 der männlichen „Kari-Tiere“ nach dem Festland gebracht und unter die Rentierherden gemischt, um auf diese Weise die neue Art zu vermehren. Das Kari-Tier, das über ganz Alaska verbreitet werden soll, ist 50 Pfund schwerer als das durchschnittliche Rentier und in vieler Hinsicht ein ganz neues Geschöpf. Trotzdem es größer ist als das Rentier, verträgt es ausgezeichneter das strenge Klima von Alaska und nimmt auch mit magerer Nahrung vorlieb als Rentier und Karibu. Es soll besonders als Fleischlieferant dienen.

Das Datum der Kreuzigung Christi

Von den Schwierigkeiten, denen die Berechnung des Todesjahres Christi — vom genauen Datum zunächst ganz zu schweigen! — ausgeht ist, kann man sich nur schwerlich eine Vorstellung machen. Professor D. Oswald Gerhardt, Berlin, kam auf Grund der biblischen Angaben zu der Überzeugung, daß nur eines der fünf Jahre 29—33 in Betracht kommen kann. Gerhardt war in der Lage, den jüdischen Kalender der in Frage kommenden Jahre zu rekonstruieren und kam nach genauer Prüfung zu dem wohl unüberleglichen Resultat, daß die Kreuzigung am Freitag, dem 7. April 30, stattgefunden hat. Die Berechnung des Datums ist in ihrem Kern eine rein astronomische Aufgabe. Sie spitzt sich zu der Frage zu: Welchem Datum unseres Kalenders entspricht Freitag, der 15. Nisan? Denn Jesus starb am Freitag im Passah. Und dieses Fest begann, wie die Uebersetzung zu sagen weiß, am 14. Nisan. Jesus begann bekanntlich am späten Nachmittag dieses Tages mit den zwölf Jüngern das Passahmahl. Am folgenden Tag, am Freitag, dem 15. Nisan, wurde er gekreuzigt. Da nun der erste Tag des jüdischen Monats dann festgesetzt wurde, wenn nach dem Reimond die junge Sonne sich in der Abenddämmerung zuerst wieder zeigte, lautet die Kernfrage unseres hier aufgerollten Problems etwas genauer formuliert: In welchem der Jahre 29—33 fiel nach dem Reusicht der 1. Nisan so, daß der 15. ein Freitag war? Die Antwort auf diese Frage schickten wir bereits voraus.

Der größte aller Papageien ist der Eulenpapagei oder Anapo. Gleich den Eulen hat er ungewöhnlich weiche Federn, die eine Art Schiefer bilden. Der Schnabel ist von borstenartigen Federn teilweise verdeckt. Der Eulenpapagei lebt auf Neuseeland, und zwar nur auf der Südseite in abgelegenen Tälern.

Horbert Jacques: Die verkanteten Tiere

Es ist staunenerregend, wieviel falsches Zeug sich als festen Besitz in der Phantasie des Volkes herumtreibt. Wie es durch Geschlechter unverändert und als unveränderlich überkommener Besitz dem Nächsten weitergegeben, von diesem gebärentlos und ohne daß es jemals einer Kontrolle unterworfen würde, wiederum in die Phantasie aufgenommen und täglich in Redensarten herausgegeben wird, ja einen der hauptsächlichsten Balken im Gefüge der alltäglichen Sprache bildet.

So steht der Mensch z. B. den Wesen, die in der Schöpfung ihm die nächsten sind, den Tieren, und gerade denen, mit denen er sich umgibt, voller Vorurteile, voller falscher Wertanschätzung und mit einer durchaus falschen psychologischen Einordnung gegenüber.

Zwei Tiere, die er sogar gewürdigt hat, in die Gemeinsamkeit seiner Familie und seines Hauses aufzunehmen, sind Hund und Katze. Die Katze ist in der Scheidemünze der täglichen Unterhaltungssprache das Sinnbild der Falschheit.

Aber die Katze ist nicht falsch, durchaus nicht. Sie fragt nur, um sich zu wehren. Falsch aber ist in seiner innersten Veranlassung das Tier, das er zum Symbol der Treue gemacht hat — ich weiß, nun geht ein Sturm von Entrüstung und Protest der Besitzer und Besitzerinnen treuer, süßer Helfer, Louis und Fideles gegen mich los — der Hund. Welcher Hundebesitzer hat diese Erfahrung noch nicht gemacht? Welcher Hundebesitzer hat noch nicht die Hölle eines Mannes bezahlet, der dem treuen Caro nichts anderes antat, als sich zu erlauben, ahnungslos und harmlos über die für jedermann erlaubte Straße am Hause vorbeizugehen? Man frage bei den Haftpflichtversicherungen nach.

Welcher Hundebesitzer hat nicht mit Schokolade ein Kind trösten und beruhigen müssen, das ohne jeden Anlaß von einem Hund angefallen wurde? Dabei ist es merkwürdig, daß der in der Stadt in dichter Gemeinschaft mit dem Menschen lebende Hund diese Eigenarten weniger zeigt als der Landhund, der selbständiger, der Freiheit und altem Nativismus näher ist. Was eigentlich als ein Zeichen der Intelligenz und Entwicklungsfähigkeit des Hundes zu deuten ist.

Eine Redensart heißt: dem Hund auf den Schwanz treten. Damit soll gesagt werden, daß, läßt man den Nachbarn in Ruhe, er einen selber auch in Ruhe läßt; tritt man ihn aber, er einen zur Gegenbezahlung beißt. Das würde irgendwie auf die Katze passen. Tritt man aber einem Hund auf den Schwanz, klemmt er ihn zwischen die Beine und nimmt reichlich.

Buchstäblich könnte man diese Redensart auf ein anderes Tier anwenden, auf ein Tier, auf das durch einen angelegten Charakterfehler der Haß der ganzen Kreatur geladen wurde: die Schlange. Sie teilt mit der Katze die Wertanschätzung auf Falschheit und Hinterlist, deren Auswirkung durch die furchtbare Waffe ihres Giftes die Phantasie besonders befehen macht. Sie wurde von Menschen ausermählt, in der Tierwelt das Prinzip der Falschheit zu verkörpern; ja, an ihr ist dieses Prinzip durch die große symbolische Dichtung des ersten Sündenfalls der Menschen geradezu geheiligt worden. Nun kennt aber die Schlange dem Menschen gegenüber keine andere Eigenschaft als die übertriebener Neugierigkeit. Wittert sie den Menschen, gleitet sie davon. Sie könnte eher als Sinnbild der Feigheit dienen und schlägt wirklich buchstäblich nur, wenn sie schlafend im Gras liegt und der Mensch über sie hingehet, sie nicht bemerkt und ihr auf den Schwanz tritt.

Es ist ebenfalls die Bibel, die eins der zärtlichsten und unverwundlichsten Tiere auszeichnet. Nach in seiner Größe die Kunde zu bringen, daß die Elemente auf der Erde wieder Frieden halten. Ein zweites Mal benützt sie gar der heilige Geist, um Maria die

Platzbestucht zu befragen. Auf tausend Kunstwerken aller Zeiten und Völker ist die Taube als Bild des Friedens, der Sanftmut und zärtlichen Verliebtheit angebracht. Es ist wohl wahr, verliebt und zärtlich können die Tauben in ihren ehelichen Zeiten gegen die Auserwählte sein. Doch außerhalb des Zirkels der Liebe und des Umwerbens sehen wir in der Taube ein Tier, das durchaus nicht pazifistischen Neigungen huldigt, als deren Vertreterin sie bei den Menschen gefeiert wird. Nicht nur sind Tauben in einem ununterbrochenen zärtlichen Gekesse und neidischen Gebälge um ihr Futter, sondern sie zeichnen sich durch eine besondere, eigenartige Unbuddhamkeit gegen einzelne aus. Ich sehe oft an meinen Tauben, daß einer bestimmten von ihnen nicht erlaubt wird, zwischen den anderen sich frei zu bewegen. Sie wird nicht nur vom Futterplatz verjagt, sondern ununterbrochen verfolgt und geprügelt, bis sie nachgibt und die Schar vermeidet.

Es handelt sich dabei nicht etwa um aus fremden Schlägen zugelegene Tiere. Solche werden ohne weiteres aufgenommen. Ich konnte nie eine Ursache dieser Verfolgungen feststellen. Wahrscheinlich ist es nichts anderes wie bei den Menschen:

Die Nase paßt mir nicht!
Sanft wie eine Taube! Dumme wie eine Kuh! Im Gegensatz zu der freundlichen Falscheinrichtung der Taube irrt sich der Mensch psychologisch zugunsten des Tiers, dem er soviel verdankt, das so innig mit den Sorgen und Freuden von Millionen Menschen zusammenlebt wie die Kuh.

Dumm wie eine Kuh! Aber mit nichts. Eine Kuh ist durchaus nicht dumm! Sie hat sogar eine mit vielfältigen Möglichkeiten begabte Persönlichkeit. Eine Kuh hat zunächst eine burleske Intelligenz, die ihren Ausdruck in einer heftigen und unbeherrschbaren Neugier hat. Geschieht etwas auf der Straße, die an einer Weide entlang führt, so streckt die Kuh schon ihre Nase über den Haug, bevor selbst die Bäuerin Zeit gehabt hat, das Küchenfenster aufzuschließen.

Die Angriffslust, die von den Städtern in der Sommerfrische so oft bei den Kühen gefürchtet wird, ist bis auf geringe Ausnahmen nichts anderes wie brennendes Interesse für die neuartige Erscheinung einer roten Bluse oder eines blumigen Sonnenschirms.

Es gibt allerdings Kühe, vor denen gewarnt werden muß. Diese sind mit seltsamen Idiosyncrasien ausgestattet. Sie können Frauen oder Kinder nicht leiden und greifen sie gleich an. Während ich selber wiederholt solche Kühe sah und besah, ist mir kein Fall einer solchen Abneigung von Kühen gegen Männer bekannt geworden.

Dann hat die Kuh ein glänzendes Gedächtnis in dem allerdings engen Kreis ihrer Möglichkeiten. Sie erkennt in einem Stall, den sie Monate, ja Jahre nicht mehr betreten hat, kommt sie wieder hinein, ihren alten Platz.

Die besondere Eigenart der Gans. Es ist ebenfalls nicht Dummheit, sondern, was die Römer in ihrer Erzählung der Gänse, die das Kapitäl retteten, viel richtiger anerkannten: Wachsamkeit. Es ist eine Wachsamkeit, gesteigert an einer jähornigen Angriffslust, die aber nie die Situation zu Ende führt, sondern mitten darin aufhört.

Es ist vielleicht grotesk zu nennen, in welcher Weise der Mensch die Tiere verkent, die in seinem täglichen Leben hundertmal mit ihm die Wege kreuzen, ja, auf die er angewiesen ist, und es gibt keine unmittelbare Erklärung dafür. Was für ein Interesse kann er gehabt haben, z. B. den Namen Glucke zum Spottnamen für eine gutmütige, dickfellig das Leben vorüberredende Matrone zu wählen, wo er doch tausendmal gesehen haben muß, mit welchem Jupiterhaften Jähorn, mit welchem mordlustigen Fanatismus gerade eine Glucke ihre Zungen ins Leben führt und im Fall der Gefahr verteidigt.